

MASTERARBEIT | MASTER'S THESIS

Titel | Title

Aid (f)or trade? Soziale Kräfteverhältnisse in der der Aid for
Trade Politik der EU – eine neogramscianische Analyse des EPA
zwischen der EU und Madagaskar

verfasst von | submitted by
Lara Schmidt BA

angestrebter akademischer Grad | in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien | Vienna, 2024

Studienkennzahl lt. Studienblatt | Degree
programme code as it appears on the
student record sheet:

UA 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt | Degree
programme as it appears on the student
record sheet:

Masterstudium Politikwissenschaft

Betreut von | Supervisor:

Mag. Dr. Benjamin Opratko

Abstract

Anhand des Economic Partnership Agreements (EPA) mit Madagaskar untersucht die vorliegende Arbeit Machtasymmetrien in der Europäischen Aid for Trade Politik. Dazu werden entlang der Historisch Materialistischen Politikanalyse der Kontext des Abkommens, die beteiligten AkteurInnen und ihre Machtressourcen sowie der Verhandlungsprozess untersucht. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf den historisch gewachsenen Beziehungen der EU mit den Afrikanischen, Karibischen und Pazifischen Staaten sowie den bestehenden Abhängigkeiten und Vulnerabilitäten Madagaskars. Ausgehend von einer neogramscianischen Perspektive wird das Abkommen in der globalen Wirtschafts- und Lebensweise des Neoliberalismus verortet. Es wird argumentiert, dass die EU ihre Interessen und das neoliberale Dogma durch verschiedene Zwangselemente durchsetzt und gleichzeitig ideologische Ressourcen und Anpassungen im Sinne des Trasformismo nutzt, um Konsens zu kreieren. Das EPA wird als Form des neuen Konstitutionalismus verstanden, der die neoliberale Hegemonie festschreibt und reproduziert.

Examining the Economic Partnership Agreement (EPA) between the EU and Madagascar, this paper explores power asymmetries in the European aid for trade policy. Using historical materialist policy analysis, the context of the agreement, the actors involved and their power resources as well as the negotiation process are being analysed. Special attention is given to the historically grown relationship between the EU and the African, Caribbean and Pacific States and existing dependencies and vulnerabilities of Madagascar. Taking a neogramscian perspective, the agreement is conceptualised in the global neoliberal economic and lifestyle. This study argues that the EU enforces its interest and the neoliberal dogma using elements of coercion, while at the same time creating consensus using ideological resources and adjustments in the sense of trasformismo. The EPA is understood as a form of new constitutionalism, consolidating and reproducing neoliberal hegemony.

Inhaltsverzeichnis

I.	Abbildungsverzeichnis	3
II.	Abkürzungsverzeichnis	4
1	Europäische Entwicklungshilfe im Kontext einer neoliberalen Hegemonie	5
1.1	Problemaufriss und Forschungsfrage	6
1.2	Aufbau der Arbeit	9
2	Forschungsstand	11
3	Theoretischer Rahmen	15
3.1	Entstehungsgeschichte des Neogramscianismus und Adaptionen	16
3.2	Zentrale Konzepte	17
3.2.1	Soziale Kräfte	17
3.2.2	Staats-Zivilgesellschaftskomplex	19
3.2.3	Hegemonie	20
3.2.4	Trasformismo	22
3.2.5	Neuer Konstitutionalismus	22
3.3	Kritische Konzeptionalisierung von Entwicklung und Entwicklungspolitik	23
4	Methoden und Quellen	26
4.1	Methoden	26
4.1.1	HMPA	26
4.1.2	Literaturrecherche	27
4.1.3	ExpertInneninterview	29
4.1.4	Inhaltsanalyse	30
4.2	Quellen	31
4.2.1	Primärquellen	31
4.2.2	Quellenkritik	32
5	Aid for Trade in der EU-Handels- und Entwicklungspolitik	35
5.1	Historische Entwicklung	35
5.2	Institutionen, Kompetenzen und rechtlicher Rahmen	37
5.3	Inhaltliche Ausrichtung und Zielsetzungen seitens der EU	38
5.4	Aid for Trade in Zahlen: Umfang und Partnerstaaten	39
6	Fallbeispiel: Das EPA zwischen der EU und Madagaskar	43
6.1	Madagaskar als LDC	43
6.2	Madagaskar, EU und ESA – internationale Beziehungen	45
6.3	EPA: Entstehung und Inhalt	46
6.3.1	Zielsetzungen	47
6.3.2	Güter- und Warenverkehr	49

6.3.3	Neuverhandlungen	50
7	Analyse.....	51
7.1	Kontextanalyse	51
7.1.1	Vulnerabilität Madagaskars	52
7.1.2	Die EU und ihre AKP-Politik.....	53
7.1.3	Neoliberales Weltwirtschaftssystem	55
7.1.4	Zwischenfazit	56
7.2	Akteursanalyse.....	56
7.2.1	AkteurInnen und Interessen auf Seiten der EU	57
7.2.2	Akteure und Interessen auf Seiten Madagaskars	60
7.2.3	Interpretation: Erwartungen an das EPA und Machtressourcen	62
7.3	Prozessanalyse	68
7.3.1	Verhandlungen zum IEPA und Vertiefung	69
7.3.2	Verankerung konkreter Interessen im iEPA.....	72
7.3.3	Auswirkungen des IEPAs bisher	73
7.3.4	Zwischenfazit: Interpretation des EPAs.....	74
8	Ergebnisdiskussion.....	77
9	Conclusio	80
	EXKURS: Kritik an EPAs	80
10	Literaturverzeichnis	86

I. Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: EPAs zwischen der EU und den AKP-Staaten nach Region.....	41
Abbildung 2: AFT der EU und der EU-Mitgliedsstaaten an AKP-Staaten 2019.....	42
Abbildung 3: Exporte Madagaskars nach Warengruppe (2019).....	45
Abbildung 4: Exporte Madagaskars nach Zielland/-region.....	46
Abbildung 5: Importe Madagaskars nach Herkunftsland/-region.....	46

II. Abkürzungsverzeichnis

AFT	–	Aid for Trade
AKP	–	Afrikanische, Karibische und Pazifische Staaten
COMESA	–	Common Market for Eastern and Southern Africa
DG	–	Directorate-General
EBA	–	Everything but Arms
ECOWAS	–	Economic Community of West African States
EDF	–	European Development Fund
EEAS	–	European External Action Service
EPA	–	Economic Partnership Agreement
ESA	–	Eastern and Southern Africa
EU	–	Europäische Union
FTA	–	Freihandelsabkommen
GATT	–	General Agreement on Tariffs and Trade
GSP	–	Generalised System of Preferences
HMPA	–	Historisch materialistische Politikanalyse
IMF	–	Internationaler Währungsfonds
IPÖ	–	Internationale Politische Ökonomie
LDC	–	Least Developed Country
NGO	–	Nicht-Regierungs-Organisation
SADC	–	Southern African Development Community
SDGs	–	Sustainable Development Goals
WTO	–	Welthandelsorganisation

1 Europäische Entwicklungshilfe im Kontext einer neoliberalen Hegemonie

„Die Entwicklungspolitik nimmt in der Außenpolitik der Europäischen Union eine Schlüsselstellung ein. Sie zielt darauf ab, die Armut zu verringern und letztlich zu beseitigen, und ist ein zentrales Element der Reaktion der EU auf die Agenda 2030 der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung (Agenda 2030). Ihre Ziele beinhalten unter anderem, ein nachhaltiges Wachstum zu fördern, die Menschenrechte und die Demokratie zu verteidigen, die Gleichstellung der Geschlechter zu verwirklichen, friedliche und inklusive Gesellschaften zu fördern und die Herausforderungen in den Bereichen Umwelt und Klima zu bewältigen. Die EU agiert auf internationaler Ebene und ist der weltweit größte Geber von Entwicklungshilfe. Die Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten der EU und eine Ausrichtung an der Agenda 2030 erleichtern die effiziente Bereitstellung von Hilfe“ (Padurariu 2021).

Diese Kurzdarstellung des Europäischen Parlaments skizziert die Zielsetzungen europäischer Entwicklungspolitik. Die Strategien zur Umsetzung und Erreichung dieser Ziele haben sich jedoch in den letzten Jahrzehnten gewandelt. Ein wichtiges Instrument der europäischen Entwicklungspolitik sind heute die sog. Economic Partnership Agreements (EPAs). Welche und wessen Interessen diese verfolgen und was das für die Entwicklungshilfe selbst bedeutet, ist Gegenstand dieser Arbeit. Denn die Eigendarstellung der EU ist keineswegs unwidersprochen. Wie weit Selbst- und Fremdwahrnehmung mitunter auseinanderklaffen können, verdeutlicht beispielsweise folgende Aussage:

„Die Wirtschaftlichen Partnerschaftsabkommen sind ein Lehrstück darüber, wie die EU ihre entwicklungspolitischen Verpflichtungen nicht nur ignoriert, sondern offen konterkariert. Mit einer entwicklungsförderlichen Partnerschaft auf Augenhöhe haben sie nichts gemein. Im Gegenteil: Eine Analyse zeigt, warum die Durchsetzung der Wirtschaftsinteressen europäischer Unternehmen durch die Ausübung der EU Machtpolitik gegenüber schwächeren Staaten [...] als skrupellos empfunden wird“ (Fritz 2017).

Ebendieses Spannungsfeld soll in der vorliegenden Arbeit untersucht werden und eröffnet ein ebenso breites wie fundamentales Feld an Fragen: Welche AkteurInnen sind beteiligt und welche Interessen und Machtressourcen zu deren Durchsetzung bringen sie mit? Welche

Begriffe von Entwicklung liegen den Strategien der AkteurInnen zugrunde? Und daraus resultierend: Wie sind Entwicklungs- und Handelspolitik miteinander verknüpft oder gegeneinander gewichtet – also *aid (f)or trade*?

1.1 Problemaufriss und Forschungsfrage

Die außenpolitischen und ökonomischen Beziehungen der Europäischen Union (EU) mit den Afrikanischen, Karibischen und Pazifischen Staaten (AKP) waren lange bestimmt vom imperialen Erbe europäischer Staaten und zielten primär auf die Unterstützung ehemaliger europäischer Kolonien (vgl. Young und Peterson 2013). Die Grundsätze der gemeinsamen Entwicklungszusammenarbeit zwischen der EU und den AKP-Staaten wurden in verschiedenen internationalen Verträgen fixiert. Die in den 1960er Jahren verabschiedeten Yaoundé Konventionen stellten praktisch eine Fortführung der post-kolonialen Beziehungen dar (vgl. Hurt 2003). Der erste Lomé Vertrag wurde 1975 beschlossen und in den folgenden Jahren mehrfach in weiteren Verhandlungen modifiziert. Obwohl im Zuge dieser Verhandlungen zunehmend neoliberale Ideen und Konzepte in die Verträge aufgenommen wurden, zeichneten sie sich dennoch durch Kernelemente wie non-reziproke Handelspräferenzen, einseitige Marktliberalisierungen der EU und Preisgarantien für Importe aus den AKP-Staaten aus. Auch Zahlungen von Entwicklungshilfegeldern aus dem European Development Fund (EDF) waren zentraler Bestandteil der Verträge (vgl. Hurt 2012).

Das im Jahr 2000 beschlossene Cotonou Agreement wird in der Literatur vielfach als Wendepunkt oder Paradigmenwechsel in der Beziehung zwischen der EU und den AKP-Staaten verstanden. Es beinhaltete weitreichende Veränderungen in der inhaltlichen Ausrichtung und der institutionellen Basis, indem auf Seiten der EU die Kompetenzen über Verhandlungen mit den AKP-Staaten von der Directorate-General (DG) Development auf die DG Trade übergingen. Kernargument für die Neuformulierung der Beziehungen im Cotonou Abkommen war die Notwendigkeit, bisherige Praxen in Einklang mit den Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) zu bringen. Inhaltlich war eine der zentralen Neurungen das Ziel der Armutsreduktion, das die Zielgruppe entsprechender Politiken und Verträge auf alle Entwicklungsländer ausweitete und somit die privilegierte Stellung der AKP-Staaten am EU-

Markt beendete. Außerdem umfassten sie eine Abkehr von non-reziproken hin zu wechselseitigen Liberalisierungen (vgl. u.a. Hurt 2012; Young und Peterson 2013). Die im Rahmen des Cotonou Abkommens verhandelten Economic Partnership Agreements (EPAs) stellen einen bedeutenden Aspekt der Europäischen Aid-for-Trade-Strategie (AFT) dar (vgl. Europäische Kommission, Directorate-General for International Partnerships 2021).

Die Relevanz der Europäischen AFT-Politik liegt zum einen in dem Stellenwert von AFT allgemein in der globalen Entwicklungszusammenarbeit. Zum anderen sind die EU und ihre Mitgliedsstaaten zusammengenommen die weltweit größten Geldgeber (vgl. Padurariu 2021, S. 2). Gleichzeitig verfolgt die EU einen neoliberalen handelspolitischen Kurs, der noch über die Vorgaben der WTO hinaus geht (WTO-Plus-Agenda) (vgl. Hurt 2012). Außerdem ist die EU einer der wichtigsten Absatzmärkte für Exporte aus den AKP-Staaten (vgl. Hurt 2003, S. 161).

Am Beispiel Madagaskars zeigen sich diese wirtschaftlichen Verflechtungen besonders gut. Die EU ist der Haupthandelspartner Madagaskars im Warenverkehr und mit 35,6% im Jahr 2019 Madagaskars wichtigstes Exportziel. Exportiert werden vor allem Rohstoffe aus Landwirtschaft, Bergbau und Brennstoffe sowie verarbeitete Güter, vorrangig Textilien. Mit einem Anteil von 21,1% ist die EU gleichzeitig wichtigste Importquelle Madagaskars (vgl. World Trade Organization 2019).

Als AKP-Staat ist auch Madagaskar Teil des Cotonou Abkommens und hat 2009 (zusammen mit Mauritius, den Seychellen und Simbabwe) das erste EPA zwischen der EU und afrikanischen Staaten unterzeichnet (die Komoren traten dem Abkommen 2017 bei) (vgl. Zamfir 2018, S.4). Obgleich Madagaskar als Least Developed Country (LDC) (vgl. Europäische Kommission, Directorate-General for International Partnerships 2021, S. 212) bereits durch das Handelsregime der everything but arms (EBA) nicht-reziproke Handelspräferenzen mit der EU gewährt wurden (vgl. ebd., S. 211), wurde das EPA 2009 ratifiziert. Seit 2012 ist es interimistisch in Kraft und wird seit 2019 neu verhandelt, mit dem Ziel, das bestehende EPA um die Bereiche Handel mit Dienstleistungen, Investitionen, nachhaltige Entwicklung und Wettbewerb zu erweitern (Europäische Kommission o. J.). Im Rahmen des bestehenden Abkommens ist Madagaskar unter den 10 Hauptempfängern von AFT-Hilfen der EU-Institutionen (vgl. Europäische Kommission 2021b; Europäische Kommission, Directorate-General for International Partnerships 2021, S. 161).

Vor dem Hintergrund dieses Abhängigkeitsverhältnisses und den strukturellen Machtgefällen muss die Partnerschafts-Rhetorik, die den offiziellen Diskurs um die EU-AKP-Beziehungen dominiert, kritisch hinterfragt werden. Aus dem neuen Kurs der europäischen Entwicklungshilfe seit dem Cotonou Abkommen ergeben sich weitere Fragen und (mögliche) Interessenskonflikte. Unter anderem geht mit der Einordnung von AFT als Handelspolitik auch ein spezifischer Begriff von Entwicklung einher, der Entwicklung primär ökonomisch (und in der Ausrichtung neoliberal) versteht und an Indikatoren wie Wirtschaftswachstum, Exportvolumen, Bruttoinlandsprodukt etc. misst. Nicht-ökonomische Faktoren von Entwicklung wie etwa Demokratisierung, soziale und ökologische Nachhaltigkeit, Armutsbekämpfung, Bildung, Gleichberechtigung etc., aber auch schwerer zu quantifizierende wirtschaftliche Aspekte wie Diversifizierung geraten somit womöglich aus dem Blickfeld – sowohl von politischen Entscheidungsträgern als auch der akademischen Forschung.

In der politischen Praxis sowie in der akademischen Debatte gibt es strake Kontroversen über die europäische AFT-Politik, wie sich unter anderem in der Einordnung der EPAs zeigt, die von Befürwortern als nachhaltige Entwicklungsstrategie gelobt werden (vgl. z.B. Curran, Nilsson, und Brew 2008), während Kritiker sie als Freihandelsabkommen unter anderem Namen und dem Deckmantel der Entwicklungshilfe verstehen (vgl. z.B. Hurt 2003).

Insgesamt herrscht großer Dissens zwischen beteiligten politischen AkteurInnen (den Regierungen der AKP-Staaten, der Europäischen Kommission, der DG Trade und Development, den europäischen Mitgliedsstaaten, Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs) und anderen zivilgesellschaftlichen AkteurInnen) und in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung über die Motive, Auswirkungen und Nutzen der EPAs.

Ausgehend von der geschilderten Problematik widmet sich diese Arbeit folgender Forschungsfrage: Wie manifestieren sich soziale Kräfteverhältnisse in der AFT-Politik der EU am Beispiel des EPAs zwischen der EU und Madagaskar? Dies beinhaltet drei Unterfragen: 1) Welche sozialen Kräfte sind an der Ausgestaltung der europäischen AFT-Politik und des konkreten EPAs beteiligt? 2) Welche Interessen versuchen diese Kräfte durchzusetzen? Und 3) Welche Interessen finden Eingang in Kontext, Prozesse und das EPA selbst und welche Rückschlüsse lassen sich daraus auf zugrundeliegende soziale Kräfteverhältnisse ziehen?

Im Zuge der dritten Unterfrage soll die europäische AFT-Politik auch im breiteren Kontext einer neoliberalen Hegemonie der globalen Wirtschafts- und Entwicklungspolitik eingebettet

werden. Als theoretische Perspektive dient hierzu der Neogramscianismus, der sich unter anderem besonders dazu eignet, die Konflikthaftigkeit von Handelsbeziehungen zu analysieren. Dieser Zugang wird mittels einer historisch materialistischen Politikanalyse operationalisiert und auf das gegenständliche EPA angewandt.

1.2 Aufbau der Arbeit

Zur Beantwortung dieser Frage gliedert sich die vorliegende Arbeit in folgende acht Kapitel. Der Abschnitt 2. beleuchtet den Forschungsstand zum Thema der AFT-Politik, zeigt eine Forschungslücke auf und platziert die vorliegende Arbeit im wissenschaftlichen Diskurs. Nachfolgend wird 3. die theoretische Perspektive erläutert. Hierzu sollen die neogramscianischen Ansätze in der Theorienlandschaft der Internationalen Politischen Ökonomie (IPÖ) verortet und einige zentrale Konzepte im Detail vorgestellt werden. Der 4. Teil der Arbeit legt das methodische Vorgehen dar und beleuchtet die verwendeten Quellen. Als solche werden sowohl wissenschaftliche Publikationen herangezogen als auch Primärquellen wie Zeitungsartikel und Publikationen (Absichts- und Presseerklärungen etc.) der beteiligten AkteurInnen. Als empirisches Datenmaterial wird weiters auf dem Vertragstext des EPAs zwischen Madagaskar und der EU, sowie auf den Protokollen Vertiefungsverhandlungen aufgebaut. Außerdem werden in diesem Kapitel die Methoden zur Gewinnung und Auswertung des Materials sowie der verwendete Forschungsansatz der historisch materialistischen Politikanalyse (HMPA) skizziert. Der anschließende 5. Teil beleuchtet den breiteren Kontext dieser Arbeit und liefert einen Überblick über die europäische AFT-Politik, ihre historische Entwicklung, institutionelle und rechtliche Rahmenbedingungen und ihren heutigen Umfang. Das folgende 6. Kapitel widmet sich dem konkreten Fallbeispiel und umfasst neben einer Begründung für die Auswahl, Hintergrundinformationen zum politischen System und der sozio-ökonomischen Struktur Madagaskars. Weiters werden die internationalen Beziehungen Madagaskars und die Entstehung sowie der Inhalt des EPAs mit der EU behandelt. Die anschließende Analyse im 7. Teil erfolgt entsprechend der HMPA in drei Schritten, einer Kontextanalyse, die sich vor allem auf die Kapitel 5 und 6 bezieht, der Identifizierung relevanter AkteurInnen sowie dem Herausarbeiten ihrer jeweiligen Interessen und Machtressourcen sowie der Evaluierung der

Durchsetzung dieser Interessen in der Prozessanalyse. In der Ergebnisdiskussion in Kapitel 8. werden die daraus gewonnen Erkenntnisse zusammengefasst. Abschließend wird 9. in der Conclusio das EPA im Kontext einer neoliberalen Hegemonie interpretiert, um Rückschlüsse auf zugrundeliegende soziale Kräfteverhältnisse zu ziehen. Außerdem werden Kritikpunkte an EPAs der bisherigen Forschung den Ergebnissen dieser Arbeit gegenübergestellt und Anknüpfungspunkte für zukünftige Analysen dargelegt.

2 Forschungsstand

Unter dem Schlagwort AFT werden eine Reihe politischer Initiativen subsumiert, die Handels- und Entwicklungspolitik miteinander verknüpfen (vgl. Cameron und Njinkeu 2008). Demensprechend breit gefächert sind wissenschaftliche Arbeiten zu diesem Themenfeld. Publikationen fokussieren sich teils auf die ökonomischen Aspekte (vgl. z.B. OECD und World Trade Organization 2013; Vijil und Wagner 2012), teils auf Entwicklung im weiteren Sinne (vgl. z.B. Christopher D. Wraight 2011; Curran, Nilsson, und Brew 2008), differenziert wird dabei zumeist nach Geberländern (vgl. z.B. Lemi 2018) oder Empfängerstaaten und/oder -regionen (vgl. z.B. Asian Development Bank 2017; C. Kim, Chae, und Oh 2020; Lee und Oh 2022; Nathoo et al. 2021). Ein anderer Schwerpunkt wird auch bei der Rolle beteiligter internationaler Organisationen, wie etwa der WTO oder dem Internationalen Währungsfonds (IMF) gesetzt (vgl. z.B. Mshomba 2009).

Auch die europäische AFT-Politik wurde in der Wissenschaft sowohl als Thematik internationaler Entwicklungspolitik als auch mit ökonomischem Fokus breit behandelt. Da es sich um ein sehr weites und schwer einzuordnendes Feld handelt, variieren auch hier die Schwerpunkte wissenschaftlicher Publikationen teils stark.

Ein großer Teil beschäftigt sich ausgehend von empirischen Untersuchungen mit den Auswirkungen der AFT-Politik auf die Länder des globalen Südens (vgl. z.B. Cali und te Velde 2011; Kim 2021). Hierzu werden meist quantitativen Analysen zu den wirtschaftlichen Entwicklungen der entsprechenden Staaten und/oder Regionen durchgeführt, mit dem Ziel, die Auswirkungen und die Effektivität von AFT-Maßnahmen zu evaluieren. Hauptindikator für die Effektivität von AFT ist meist das Exportvolumen der Empfängerstaaten. Manche Arbeiten beziehen auch die Auswirkungen auf Seiten der Geberländer mit ein, um abzuwägen, welche Vertragsseite wie stark von einem bestimmten Abkommen profitiert (vgl. z.B. Hühne, Meyer, und Nunnenkamp 2014; Pettersson und Johansson 2013). Auch hier dominieren quantitative empirische Indikatoren, wie Import- und Exportvolumen. Aber auch nicht-ökonomische Entwicklungsfaktoren werden in einigen Arbeiten dezidiert berücksichtigt (vgl. z.B. Curran, Nilsson, und Brew 2008).

Diese empirischen Fallstudien umfassen einen breiten geographischen und zeitlichen Rahmen. Während die meisten dieser Studien einen bestimmten Empfängerstaat (vgl. z.B. Kim, Chae, und Oh 2020) oder eine -region (vgl. z.B. Aurre, Jaén, und Tola 2014) behandeln,

unterscheiden andere nach Geberländern (vgl. z.B. Lemi 2018). Empirische Untersuchungen einzelner Abkommen kommen in ihrer Beurteilung zu teils sehr unterschiedlichen Ergebnissen. Benziane et al. (2022) geben in ihrem Artikel eine Literaturübersicht über eine Stichprobe von 55 Studien, trotz der gemischten Resultate ergaben

„[k]ey findings [...] that AfT has overall produced a successful impact as reported by most studies. Moreover, it has been highlighted that the effectiveness of AfT may differ relying on multiple indicators: the category of AfT disbursements; income of the recipient country; the recipient country's geographical region; the amount of aggregate AfT as well as its main categories; the policy regulation and institutional quality of the recipient country; and the degree of liberalisation in the recipient country“ (Benziane et al. 2022, S. 79).

Ein weiterer Strang an Studien stellt eben diese Bedingungen für eine maximale Effektivität von AFT (und Entwicklungshilfe allgemein) in das Zentrum ihrer Forschung (vgl. z.B. Bourguignon und Sundberg 2007; Burnside und Dollar 2022).

Diese empirischen Studien können in den meisten Fällen jedoch nur eingeschränkte Aussagen über die tatsächlichen Auswirkungen und die Effektivität des AFT allgemein, bzw. bestimmter EPAs treffen. Zum einen da – außer den karibischen Ländern (CARIFORUM) – noch keine andere Region oder auch einzelne Länder der AKP-Gruppe ein vollumfängliches EPA verabschiedet haben. Mit den afrikanischen und pazifischen Mitgliedern der AKP-Gruppe wurden bisher nur Interims-EPAs (iEPAs) unterzeichnet, die sich auf die Liberalisierung des Wareverkehrs beschränken, allerdings auch die Zusage zu Neuverhandlungen und weitgehendere Liberalisierungen im Rahmen eines vollen EPAs beinhalten. Darüber hinaus beinhalten die Interims-EPAs teils lange Übergangsfristen für die Liberalisierungsmaßnahmen auf Seiten der AKP-Staaten (vgl. Young und Peterson 2013). Auch dies ist ein Grund, weshalb Resultate der EPAs noch nicht in allen Fällen vollumfänglich abgeschätzt werden können.

Durch die starke Outcome-Orientierung solcher Untersuchungen geraten außerdem Aspekte des Entstehungsprozesses von EPAs aus dem Blickfeld. Auch Arbeiten, die sich mit den Auswirkungen auf beiden Seiten beschäftigen – teils mit dem Ziel, Vorwürfe des Eigennutzes der EU zu entkräften –, vernachlässigen dabei langfristige und strategische Interessen der beteiligten AkteurInnen (vgl. Hühne, Meyer, und Nunnenkamp 2014). Durch die starke

Outcome-Orientierung dieser Studien werden darüber hinaus Machtasymmetrien im Entstehungsprozess nicht mitreflektiert.

Kritische Arbeiten zu AFT wählen häufig die Verhandlungen zwischen der EU und den AKP-Staaten als Ansatzpunkt, um strukturelle Machtasymmetrien aufzuzeigen (vgl. z.B. Delputte und Williams 2016; Goodison 2009; Grumiller et al. 2018). Ausgehend davon wird auch kritische Begriffsarbeit um Konzepte wie „Entwicklung“ und die „Partnerschafts“-Rhetorik geleistet (vgl. z.B. Aurre, Jaén, und Tola 2014). Gerade in Bezug auf die Verhandlungen stellen manche Theoretiker die Perspektive und spezifischen Herausforderungen der AKP Seite in den Vordergrund, häufig mit besonderem Fokus auf die regionale Integration (vgl. z.B. Krapohl und Van Huut 2020; Meyn 2008).

Ein weiterer Strang kritischer Arbeiten beschäftigt sich mit der EU als Akteurin innerhalb einer spezifischen weltwirtschaftlichen Ordnung. Hierbei stehen häufig die historische Entwicklung und Veränderungen in der Strategie und Zielsetzung der europäischen Entwicklungspolitik im Zentrum. AFT wird hier im Kontext historischer Nord-Süd-Beziehungen (vgl. z.B. Brown 2000) bzw. im breiteren Kontext der Verknüpfung von Handel und Entwicklung (vgl. z.B. Carbone und Orbie 2014) betrachtet. Die EU wird dabei zumeist als (nach außen) einheitliche Akteurin behandelt. Dementsprechend wird eher auf grundlegende Interessen der EU bei der Gestaltung des Welthandelssystems eingegangen, während konkrete Interessen gegenüber einzelnen Vertragspartnern weitestgehend unberücksichtigt bleiben. Eine grundlegende These dieser Artikel ist, dass es das zentrale Ziel der EU (unter anderem) durch Abkommen im Rahmen ihrer AFT-Politik sei, den Weltmarkt auszuweiten und die neoliberale Weltwirtschaftsordnung vertraglich zu festigen und zu stabilisieren (vgl. z.B. Hurt 2012; Price und Nunn 2016). Ein wichtiger Aspekt, den diese Arbeit aufgreifen möchte, sind diese langfristigen Ziele der EU. Die Arbeit stützt sich bei diesen Punkten besonders auf die Werke von Hurt (2003; 2012), Price und Nunn (2016), hat jedoch das Ziel, diese mit den im konkreten Abkommen festgeschriebenen Interessen anzureichern und auch divergente Interessen innerhalb der EU zu berücksichtigen.

Carbone und Orbie stellen in ihrem Artikel fest, dass

„further research would be needed to provide a more theoretically informed picture of how interests, institutions, and ideas interact in shaping the trade development nexus within the EU’s external relations“ (Carbone und Orbie 2014, S.6).

Die neogramscianischen Ansätze können dazu beitragen, diese Lücke zu schließen, da ihre Theoretisierung von Macht und Hegemonie eben diese Verwobenheit von Interessen, Institutionen und Ideen konzeptionell fassbar macht. Diese Arbeit hat dabei nicht nur das Ziel, sowohl langfristige (abstraktere) Interessen in Bezug auf eine weltwirtschaftliche Ordnung und unmittelbare Interessen eines konkreten Abkommens in den Blick zu nehmen, sondern darüber hinaus eine herrschaftskritische Analyse dieser Interessen vorzunehmen. Dabei sollen sowohl die Interessen innerhalb der EU, die nicht als in sich kohärente Akteurin zu verstehen ist, als auch die Interessen des Vertragspartners Madagaskars berücksichtigt werden. Zu diesem Ziel sollen entlang der Forschungsfrage „Wie manifestieren sich soziale Kräfteverhältnisse in der AFT-Politik der EU am Beispiel des EPAs zwischen der EU und Madagaskar?“ Kontext, AkteurInnen und Interessen identifiziert und die konflikthafte Entstehung, Durch- und Umsetzung des EPAs analysiert werden. Diese Arbeit fokussiert sich zunächst auf die theoretische und methodische Herangehensweise, nach der der spezifische Kontext, der Aushandlung des EPAs beleuchtet, anschließend relevante AkteurInnen und AkteurInnengruppen auf beiden Seiten identifiziert und ihre jeweiligen Interessen herausgearbeitet werden. Anhand der Entwicklungen innerhalb der Verhandlungen und dem tatsächlichen Resultat, dem EPA, soll evaluiert werden, welche und wessen Interessen sich in welchem Maße und auf welche Weise durchsetzen konnten. Daraus wiederum lassen sich Rückschlüsse auf zugrundeliegende soziale Kräfteverhältnisse und Machtstrukturen ziehen.

3 Theoretischer Rahmen

Das folgende Kapitel beschäftigt sich mit der theoretischen Perspektive der vorliegenden Arbeit. Diese basiert im Wesentlichen auf den neogramscianischen Ansätzen, vor allem nach Robert Cox und Stephen Gill. Geht aber in einigen Punkten darüber hinaus und greift auch Aspekte der HMPA auf.

Der Neogramscianismus wurde von Robert Cox ausgehend von den Schriften Antonio Gramscis entwickelt und wird in der politikwissenschaftlichen Theorielandschaft den kritischen Theorien der internationalen Beziehungen zugeordnet, umfasst aber das thematisch breitere Feld der IPÖ (vgl. Herkenrath 2011, S. 89; Opratko und Prausmüller 2011, S. 12ff).

Gramsci selbst sowie die TheoretikerInnen des Neogramscianismus vertreten im Kern eine historisch-materialistische Staatstheorie. Allerdings verfolgen die Ansätze einen weniger strikten und reduktionistischen Begriff des Materialismus, in dem

„ideas and material conditions are always bound together, mutually influencing one another, and not reducible one to the other. Ideas have to be understood in relation to material circumstances. Material circumstances include both the social relations and the physical means of production. Superstructures of ideology and political organisation shape the development of both aspects of production and are shaped by them“ (Cox 1996, S. 131f.).

Die HMPA versteht sich als Forschungsansatz zur Operationalisierung materialistischer Staatstheorien für empirische Untersuchungen (vgl. Buckel et al. 2014, S. 55). Sie greift dementsprechend wesentliche Elemente materialistischer Staatstheorien – wie dem Neogramscianismus – auf, geht aber in einigen Punkten darüber hinaus. Im Zuge dieser Arbeit wird die HMPA als Erweiterung des Neogramscianismus verstanden und angewendet. Sie liefert damit die theoretische Basis für die nachfolgende, dreischrittige Analyse und hilft so, das Material entsprechend zu ordnen.

Auch bei der kritischen Konzeptionalisierung des Entwicklungsbegriffs geht das folgende Kapitel über den theoretischen Rahmen des Neogramscianismus hinaus. Ausgehend vom neogramscianischen Hegemoniebegriff wird die Interpretation von Entwicklung und Entwicklungspolitik mit post-development Blickwinkeln angereichert.

Die folgenden Abschnitte liefern nun einen Einblick in die Entstehungsgeschichte der verwendeten Theorien, stellen einige zentrale Konzepte detaillierter vor und bieten eine kritische Betrachtung des Entwicklungsbegriffes.

3.1 Entstehungsgeschichte des Neogramscianismus und Adaptionen

Die neogramscianischen Ansätzen basieren auf den posthum als „Gefängnishefte“ veröffentlichten Schriften des italienischen Theoretikers Antonio Gramsci. Gramsci beschäftigte sich darin unter anderem mit der Frage nach der Krisenfestigkeit und Stabilität des kapitalistischen Systems (vgl. Opratko und Prausmüller 2011, S. 16).

In den 1980er Jahren griff Robert Cox die theoretischen Konzepte Gramscis auf und entwickelte diese weiter, um sie für die Analyse internationaler Systeme nutzbar zu machen. Er formulierte seine Theorie entlang einer Kritik des Neorealismus, der (damals) in den Internationalen Beziehungen dominanten Theorie. Seine vier Hauptkritikpunkte waren dabei die Ahistorizität der neorealistischen Theorien und eine Überbetonung von (militärischer) Gewalt. Außerdem kritisierte er die Fokussierung auf Nationalstaaten als einzig relevante AkteurInnen im internationalen Raum und die Produktion von Herrschaftswissen. Ziel war es unter Berücksichtigung bzw. Umgehung dieser Kritikpunkte einen Erklärungsansatz sowohl für Wandel als auch für Stabilität von Weltordnungen zu liefern. (vgl. ebd., S. 14)

Seitdem hat es zahllose konzeptionelle Adaptionen und Weiterentwicklungen gegeben, sodass es sich mittlerweile um einen breiten, heterogenen Theoriestrang handelt, der sich mit einer Vielzahl verschiedener Themen auseinandersetzt. In dieser Arbeit soll dabei besonders auf Stephen Gill und sein Konzept des „neuen Konstitutionalismus“ eingegangen werden.

Eine weitere Adaption mit Fokus auf die Nutzbarmachung für empirische Forschung stellt die HMPA dar. Die HMPA befasst sich zwar allgemeiner mit materialistischen Staatstheorien, übernimmt dabei aber viele zentrale Konzepte und Begriffe des Neogramscianismus, allen voran den neogramscianischen Hegemoniebegriff (vgl. Buckel et al. 2014b, 2014a). Die theoretische Basis der HMPA geht zurück auf Ulrich Brand. Darauf aufbauend haben besonders TheoretikerInnen im Rahmen des Staatsprojekts Europa eine Operationalisierung der HMPA für empirische Untersuchung spezifischer Policy-Projekte entwickelt (vgl. Brand et

al. 2022, S. 279f.). Sie schlagen dafür eine dreischrittige Analyse vor, die je nach Forschungsschwerpunkt unterschiedlich ausformuliert und gewichtet werden können: die Kontext-, Akteurs- und Prozessanalyse. Die HMPA nach Buckel et al. (2014a, 2014b) liefert damit einen strukturierenden, aber variablen Leitfaden für eine kritische Sozialforschung, der auf unterschiedlichste Fragestellungen und in Kombination mit verschiedenen sozialwissenschaftlichen Methoden unter Einbeziehung einer historisch-materialistischen Perspektive angewendet werden kann (vgl. Buckel et al. 2014a).

3.2 Zentrale Konzepte

Für die Analyse der sozialen Kräfteverhältnisse in der Entstehung und Umsetzung des EPA zwischen der EU und Madagaskar sowie für eine Interpretation dessen im Kontext einer neoliberalen Handels- und Lebensweise sind folgende Konzepte besonders relevant: soziale Kräfte, der neogramscianische Staatsbegriff, Hegemonie und der neue Konstitutionalismus nach Stephen Gill. Die nachstehenden Unterpunkte beleuchten diese neogramscianischen Begriffe und setzen sie jeweils in Beziehung zu den entsprechenden Weiterentwicklungen der HMPA. Das nachfolgende Kapitel soll diese Konzepte nur kurz skizzieren, sie werden im Analyseteil der Arbeit weiter vertieft, denn

„[a] concept, in Gramsci's thought, is loose and elastic and attains precision only when brought into contact with a particular situation which it helps to explain, a contact which also develops the meaning of the concept. This is the strength of Gramsci's historicism and therein lies its explanatory power“ (Cox 1996, S. 125).

3.2.1 Soziale Kräfte

Der Neogramscianismus verfolgt einen akteurszentrierten Ansatz und bezeichnet zentrale AkteurInnen als „soziale Kräfte“. Diese umfassen Klassen, Klassenfraktionen und Gruppen, die sich sowohl innerstaatlich als auch darüber hinaus im internationalen Raum manifestieren (vgl. Cox 2011 [1981], S. 64; Opratko und Prausmüller 2011, S. 17).

Sowohl bei Gramsci als auch später bei Cox war das Konzept der sozialen Kräfte noch stark an den Begriff des Nationalstaates gekoppelt. Soziale Kräfte werden (primär) durch die Produktionsverhältnisse geformt, stehen aber auch in wechselseitigem Verhältnis zu Institutionen und Ideen und formen die Zivilgesellschaft. Im Staat ringen verschiedene soziale Kräfte um Durchsetzung ihrer Interessen. Staatliche Institutionen sind Ausdruck eines historisch spezifischen sozialen Kräfteverhältnisses, das wiederum in Wechselwirkung auf die sozialen Kräfte einwirkt. Soziale Kräfte und Staaten können somit nicht als voneinander isolierte Sphären betrachtet werden. Diese Kombination aus formal staatlichen Apparaten und sozialen Kräften beschreibt Cox als „integralen Staat“ (vgl. Opratko und Prausmüller 2011, S. 17) (siehe Kapitel 3.2.2.).

„Im Unterschied zu Cox löst Gill jedoch die Entstehung sozialer Kräfte weit stärker als dieser vom nationalstaatlichen Rahmen und plädiert stattdessen „für eine umfassende konzeptionelle Entkoppelung sozialer Kräfte vom Prinzip der Territorialität““ (ebd., S. 20).

Eine dominante Klasse oder Gruppe etc. kann sich zur Konsolidierung ihrer Vormachtstellung und Erreichung von Hegemonie (siehe Kapitel 3.2.3.) mit weiteren sozialen Kräften zu einem sogenannten „historischen Block“ zusammenschließen. Herkenrath beschreibt das als

„ein Konglomerat sozialer Kräfte, die gemeinsam in der Lage sind, tragfähige zivilgesellschaftliche Institutionen zu etablieren. Was diese verschiedenen Gruppen zusammenschmieden kann, sind Ideen – insbesondere gemeinsame Zukunftsvisionen sowie Mythen, welche eine kollektive Identität begründen. Historische Blöcke, die eine hegemoniale Ordnung tragen, und solche, die eine bestehende Ordnung herausfordern, haben somit für Gramsci sowohl eine materielle als auch eine ideelle Komponente: Die Produktionsverhältnisse in einer Gesellschaft schaffen verschiedene soziale Gruppen mit je eigenen „objektiven“ Interessen, wohingegen es ideologische Konstruktionen sind, die diese Gruppen zu Klassen und darüber hinaus zu Klassenallianzen verbinden“ (Herkenrath 2011, S. 94).

Auch die HMPA befasst sich mit sozialen Kräften als AkteurInnen. Ausgehend von einer konkreten Situation untersucht sie – unter Berücksichtigung der internen Heterogenität der verschiedenen Beteiligten – Arten und Motive für unterschiedliche Reaktionen beteiligter AkteurInnen. Indem sie bestimmte Strategien identifiziert, kann einerseits der Heterogenität

Rechnung getragen und andererseits die Komplexität von prinzipiell unendlichen AkteurInnen auf ein bearbeitbares Maß reduziert werden.

„In der Akteursanalyse werden Thesen aufgestellt über die spezifische Konstellation von sozialen Kräften, die in einem spezifischen Kontext aufeinandertreffen, sich verbünden, bekämpfen und Kompromisse schließen“ (Buckel et al. 2014, S. 55).

3.2.2 Staats-Zivilgesellschaftskomplex

Wie im vorangegangenen Abschnitt dargestellt, sind im Neogramscianismus soziale Kräfte und nicht (National-)Staaten die zentralen AkteurInnen. Der Staat ist demnach keine eigenständige Entität, sondern eine „sozial strukturierte und umkämpfte Arena mit eigener institutioneller Materialität“ (Opratko und Prausmüller 2011 nach Bieling, Deppe und Tidow (1998), S. 17). Um dies zu verdeutlichen, verwenden Gramsci und Cox den Begriff des „integralen Staates“ oder „Staats-Zivilgesellschaftskomplex“. Der Staat im (neo)gramscianischen Sinne umfasst somit gleichzeitig die formal staatlichen Institutionen etc. als auch die Zivilgesellschaft, die sich gegenseitig bedingen und durchdringen. (vgl. ebd., S. 16f.)

„Im Denken Gramscis finden wir ein Verständnis der wechselseitigen Beziehung zwischen Struktur (ökonomische Verhältnisse) und Superstrukturen (ethischpolitische Sphäre), in dem das Potenzial dafür angelegt ist, die Komplexe von Staat und Gesellschaft als konstituierende Einheiten einer Weltordnung zu betrachten und die besonderen historischen Formen zu erklären, die diese Komplexe annehmen“ (Cox 2011 [1981], S. 52f.). „So gesehen ist Staatsmacht nicht mehr der einzige Erklärungsfaktor, sondern wird eher Teil des zu Erklärenden“ (ebd., S. 62).

Der integrale Staat, kann je nach Untersuchungsgegenstand und -schwerpunkt in einer HMPA Teil der oben beschriebenen Akteursanalyse oder Teil einer Kontextanalyse sein.

„Die Kontextanalyse hat das Ziel, den historisch-dynamischen und strukturellen Kontext des jeweils untersuchten Konfliktes herauszuarbeiten. Es geht darum, jene Elemente einer historischen Struktur zu identifizieren, auf die soziale Kräfte und politische Akteur_innen unterschiedlich und gegensätzlich reagieren. Die Kontextanalyse muss die formbestimmte und institutionelle Pfadabhängigkeit

verstehbar machen, die die strategischen Reaktionen innerhalb von Konflikten nicht determinieren, aber ko-konstituieren und strukturieren“ (Buckel et al. 2014, S. 54).

3.2.3 Hegemonie

Hegemonie im (neo)gramscianischen Sinne beschreibt kein (rein) gewaltvolles Dominanz- oder Herrschaftsverhältnis. „Hegemonie wird von Gramsci [...] als konsensbasierte und kompromissvermittelte Form der Machtausübung unter kapitalistischen Bedingungen bestimmt“ (Opratko und Prausmüller 2011, S. 16).

Hegemonie beschreibt folglich nicht die (globale) Vormachtstellung eines Akteurs (Nationalstaates), sondern, einen „Herrschaftsmodus, der hauptsächlich den Interessen der dominanten (bürgerlichen) Eliten entspricht, aber auch von den beherrschten und materiell benachteiligten Gesellschaftsgruppen akzeptiert und mitgetragen wird“ (Herkenrath 2011, S. 91). Hans-Jürgen Bieling fasst diesen Gedanken wie folgt zusammen: „Hegemonie – verstanden als eine auf dem Konsens der Beherrschten basierende Herrschaftsform“ (Bieling 2018, S. 167). Um diesen Konsens zu erreichen und aufrechtzuerhalten, muss Hegemonie als ethisch-politische Führung das bestehende System durch ökonomische, politische und ideologische Faktoren regulieren und reproduzieren (vgl. Opratko und Prausmüller 2011, S. 18).

Viele TheoretikerInnen des Neogramscianismus identifizieren für die heutige Zeit eine neoliberale Hegemonie (vgl. ebd., S. 23). Auch Stephen Gill hat sich mit dem globalisierten Neoliberalismus seit den 1970er Jahren auseinandergesetzt und ihm eine globale Vorherrschaft attestiert. Er betont allerdings Zwangselemente, die zur Durchsetzung und Aufrechterhaltung des neoliberalen Systems nötig sind und spricht daher entgegen der neogramscianischen Definition von Hegemonie an dieser Stelle von „Zwang gepanzert mit Konsens“. Um diesen Zwang analytisch greifbar zu machen, führt er Begriffe wie „Marktzivilisation“, „disziplinierender Neoliberalismus“ und „neuer Konstitutionalismus“ (siehe Kapitel 3.2.4.) ein (vgl. ebd., S. 20f.).

Ohne Gills Kritik zurückzuweisen, lässt sich doch beobachten, wie die neoliberale Ideologie sämtliche Lebensbereiche prägt und dabei von der Mehrheit der Bevölkerung zumindest

passiv oder aus (gefühltem/vermittelten) Mangel an Alternativen mitgetragen wird. (vgl. ebd., S. 23)

Ökonomisches Kernelement des Neoliberalismus ist eine weitreichende Liberalisierung von Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr. Dies wird auf politischer Ebene durch Deregulierung und Privatisierung durchgesetzt, wobei vor allem die Finanzmärkte an Bedeutung und (Gestaltungs-)Macht gewinnen (vgl. Cox 2022, S. 50). Gleichzeitig verbreitet sich ein Freiheitsbegriff, der sich insbesondere in einer neuen Form des Individualismus, der individuelle Leistung, Selbstoptimierung etc. manifestiert und von weiten Teilen der Gesellschaft verinnerlicht wird. Ein Kernargument neoliberaler Logik besteht darin, dass individuelle Freiheit (nur) durch die Markt- und Handelsfreiheit geschaffen werden kann (vgl. Harvey 2007, S. 7). Begleitet und unterstützt werden diese Prozesse auf politischer Ebene wiederum durch Einsparungen im öffentlichen Bereich, allen voran bei Sozialleistungen (vgl. ebd., S. 65). Dabei zeichnet „die“ neoliberale Hegemonie keineswegs ein einheitliches Bild. Durch unterschiedliche politische und ökonomische Voraussetzungen in Staaten/Regionen wurden neoliberale Politiken ungleichzeitig, in verschiedenem Ausmaß und in verschiedener Art und Weise implementiert. Da aber der Grad der Neoliberalisierung international zunehmend als maßgebend für die Bereitschaft für Investitionen wurde, erhöhte sich der Druck auf Staaten, neoliberale Reformen durchzusetzen, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Die ungleiche geographische Entwicklung des neoliberalen Systems bestärkte somit letztlich seine Ausbreitung und Vertiefung (vgl. ebd., S. 87ff.).

Auch die HMPA arbeitet mit dem (neo-)gramscianischen Hegemoniebegriff. Sie unterscheidet zu analytischen Zwecken zwischen „Hegemonieprojekten“ und „hegemonialen Projekten“. Hegemonieprojekte bezeichnen dabei Strategien sozialer Kräfte/AkteurInnen, ihre Interessen durchzusetzen und gesamtgesellschaftlich als hegemonial zu etablieren. Tatsächlich „hegemoniale Projekte [werden dadurch] unterscheidbar [...] von jenen Projekten, die Hegemonie zwar anstreben, diese jedoch nicht erreicht haben“ (Buckel et al. 2014, S. 45). Hegemoniale Projekte sind daher besonders relevant für die Kontextanalyse, je nach Fragestellung können sie aber auch in die Akteursanalyse einfließen. Hegemonieprojekte als Bündel von Strategien sozialer Kräfte sind elementarer Bestandteil der Akteursanalyse (vgl. ebd. 53ff.).

3.2.4 Trasformismo

Trasformismo beschreibt eine Technik/Strategie, die hegemoniale Ordnung zu schützen, zu stabilisieren und zu reproduzieren, indem (potentiell) gegenhegemoniale Forderungen aufgegriffen und in die vorherrschende hegemoniale Logik integriert werden. Dies hat zum einen den Effekt, dem System (potentiell) gefährliche Ideen abzuschwächen. Zum anderen dient die teilweise Übernahme von Argumenten und Forderungen der Legitimierung der bestehenden Hegemonie. Beides hat wiederum zur Folge, die Formierung gegenhegemonialer Gruppen zu be-/verhindern und dient letztendlich dem Machterhalt des bestehenden Systems und seiner Eliten (vgl. Cox 1983, S. 130). Vor dem Hintergrund einer neoliberalen Hegemonie dienen Anpassungen in Form eines trasformismo dazu, „to ensure that politics and policy reinforce a market liberal approach to transitions *within* capitalism as opposed to more sweeping transformations of it“ (Newell 2019, S. 29).

3.2.5 Neuer Konstitutionalismus

Das Konzept des neuen Konstitutionalismus geht zurück auf Stephen Gill und beschreibt eines der Zwangselemente zur Aufrechterhaltung der globalen neoliberalen Vormachtstellung. Es meint die Institutionalisierung und juristische Festschreibung neoliberaler Prinzipien. Dies umfasst Umstrukturierungen von Nationalstaaten und der internationalen Ordnung durch Organisationen wie die WTO oder den IMF und internationale Verträge, allen voran Freihandelsabkommen (vgl. Opratko und Prausmüller 2011, S. 21).

Kernelement der Strategie im Rahmen des neuen Konstitutionalismus ist das Recht auf Privateigentum. Auf Basis dieser Prämisse werden ökonomische Prozesse und Entscheidungen auf die Ebene der Gerichtsbarkeit verschoben und dadurch entpolitisiert. Dies hat zwei vorrangige Effekte: Zum einen werden ökonomische Fragen damit zu rein „technischen“ Fragen, die durch „Expertengremien“, wie etwa Zentralbanken, die unabhängig von politischen Institutionen operieren, bearbeitet werden (vgl. Gill 2014). Darin zeigt sich auch der entdemokratisierende Effekt des neuen Konstitutionalismus, „durch den insbesondere

wirtschafts- und finanzpolitische Entscheidungen demokratischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen entzogen werden“ (Opratko und Prausmüller 2011, S. 21).

Die Institutionalisierung und Verrechtlichung neoliberaler Prinzipien haben das Ziel, die neoliberale Hegemonie zu stabilisieren und dauerhaft zu verankern, indem sie den Neoliberalismus als einzige/einzig mögliche Form zukünftiger Entwicklung festschreiben. Dies erreicht der neue Konstitutionalismus im Konkreten durch die Ausweitung des Marktes und durch die Stärkung der Rechte und der Macht des Kapitals gegenüber dem Staat/der Zivilgesellschaft, etwa durch den Schutz vor staatlicher Enteignung. Diese Einschränkungen politischer Handlungsspielräume bei ökonomischen Entscheidungen stärkt wiederum die neoliberale Hegemonie (vgl. Brenner et al. 2014; Gill 2014).

3.3 Kritische Konzeptionalisierung von Entwicklung und Entwicklungspolitik

Der Entwicklungsbegriff ist seit jeher umkämpft in seiner Bedeutung, er wird kritisiert und es wird um inhaltliche Verbesserung des Konzepts gerungen. Die Post-Development-Theorie führt noch einen Schritt weiter, indem das Konzept ‚Entwicklung‘ als solches abgelehnt wird. Als Begründung werden folgende fünf Kritikpunkte ins Feld geführt: Erstens wird Entwicklung als „Ideologie westlicher Staaten [verstanden], die den [ehemaligen Kolonien] materiellen Wohlstand verspricht, um diese davon abzuhalten, sich dem kommunistischen Lager anzuschließen und um eine koloniale Arbeitsteilung aufrecht zu erhalten“. Zweitens wird Entwicklung „als fehlgeschlagenes Projekt der Universalisierung“ des westlichen bzw. „entwickelten“ Lebensstils begriffen, welches in der Realität für einen Großteil der Menschen zu einer "fortschreitenden Modernisierung der Armut" führt. Drittens liegt dieser eurozentrischen Sicht von Entwicklung ein Linearitätsgedanke zugrunde, der eine stete Verbesserung, Fortschritt bzw. „Höherentwicklung“ (hin zu den eigenen Standards) impliziert. Dadurch wird eine Hierarchie etabliert, die andere Lebensarten als die eigene als „unterentwickelt“ abwertet und keine Gleichzeitigkeiten von Entwicklungen oder alternative Modelle zulässt. Viertens wird die ökonomische Logik des Entwicklungsbegriffes kritisiert, die kapitalistische – und neoliberale – Praktiken bevorzugt. Fünftens folgt aus den zuvor genannten Punkten eine (vermeintliche) Legitimation, Einfluss auf die „weniger entwickelten“

Staaten zu nehmen. Diese wird häufig z.B. durch einen Wissensvorsprung der „entwickelten Länder“ gerechtfertigt (Ziai 2017).

Diese Kritikpunkte lassen sich auch auf die AFT-Politik der EU und die EPAs übertragen, denn in der politischen Praxis und im breiten gesellschaftlichen Diskurs hat sich der Begriff Entwicklung gehalten, wobei die Konnotation sowie damit verbundene Ziele und Methoden einem stetigen historischen Wandel unterworfen sind (siehe dazu auch Kapitel 5.1.).

Ausgehend von der Hegemonie des Neoliberalismus lässt sich auch ein derzeit hegemoniales Verständnis von Entwicklung ableiten. Die (scheinbare) Alternativlosigkeit und durch den neuen Konstitutionalismus für zukünftige Projekte festgeschriebene Ausrichtung neoliberaler Praktiken prägen ebenso den Entwicklungsdiskurs. Entwicklung wird dabei primär ökonomisch verstanden. So wurde im Jahr 2011 in Busan beschlossenen „Global Partnership Agreement“ Entwicklung als BIP-Wachstum definiert, das durch Integration in den Weltmarkt und Wettbewerbsfähigkeit etc. erreicht werden kann (vgl. Morvaridi und Hughes 2018, S.882). Die Freihandelsdoktrin und ihr Ziel einer umfänglichen Weltmarktintegration sind dabei besondere neoliberale Charakteristika, die den neoliberalen Entwicklungsbegriff auch von früheren kapitalistischen Verständnissen abgrenzen. Die Betonung der Rolle des freien Marktes als bedingende Grundvoraussetzung für Entwicklung führt auch zu einer veränderten Rolle des Staates. Dessen Hauptaufgaben sollen sich nach neoliberalen Verständnis vor allem auf die Sicherung individueller Rechte (Recht auf Privateigentum), Rechtsstaatlichkeit und die institutionelle Basis für Freihandel und einen freien Markt konzentrieren und möglichst darauf beschränken. So sind etwa Strukturanpassungen in der Entwicklungspolitik ein zentraler Mechanismus neoliberaler Hegemonie, indem u.a. Privatisierungen, Liberalisierung, Deregulierung, Akzeptanz der WTO-Regeln etc. als Bedingungen an Kreditvergaben geknüpft werden (vgl. David Harvey 2007, S. 40, 64ff.).

Die Liberalisierung als Ziel der Entwicklung wird hier also zum Versprechen materiellen Wohlstands. Das EPA soll die (für die EU vorteilhaften) Handelsbeziehungen festschreiben und wird gleichzeitig als „Hilfestellung“ zur Entwicklung der AKP-Staaten gerechtfertigt.

Soziale Entwicklung folgt der Logik dieses Entwicklungsbegriffes nach quasi automatisch aus wirtschaftlichem Fortschritt (z.B. durch höhere Beschäftigungszahlen, Investitionen in Bildung, sinkende Armut etc.). Zentral ist auch hierbei der neoliberale Freiheitsbegriff, der vermehrt die Eigenverantwortung der „Entwicklungsländer“ ins Zentrum stellt und eine

gleichrangige Partnerschaft zwischen Entwicklungshilfegebern und -empfängern propagiert. Dies ist ein häufiger Kritikpunkt, da dadurch tatsächliche Machtgefälle, Ungleichheiten und Abhängigkeiten verschleiert werden (vgl. Morvaridi und Hughes 2018, S. 869). Hand in Hand mit der Betonung der Eigenverantwortung geht eine Entpolitisierung des Entwicklungsbegriffes einher:

„The neoliberal turn in the late 1970s and the violence of structural adjustment disempowered the state in the South vis-à-vis a constructed ideal of the free market, thereby promoting a depoliticized approach to development as a technical agenda“ (ebd., S. 868).

Das führt zu

„a neoliberal framing of development problems as technical matters that can be resolved through appropriate strategies of domestic reform and capacity building combined with embrace of liberal property rights and free trade. A new role is envisaged for the state but it is specifically apolitical, with the key objective being the fostering of growth through efficient allocation of resources in order to meet human development goals. The exercise of political power in the interest of justice no longer features.“ (ebd., S. 886)

Für die kritische Analyse des EPAs zwischen der EU und Madagaskar, das die EU dezidiert als entwicklungspolitisches Projekt deklariert, ist es wichtig den zugrunde liegenden Entwicklungsbegriff zu explizieren. Weiterführende Kritikpunkte am hegemonialen Verständnis von Entwicklung und mögliche Alternativen werden in der Conclusio erneut aufgegriffen.

4 Methoden und Quellen

Die vorliegende Arbeit verfolgt einen theoriegeleitet-empirischen Ansatz. Die theoretischen Überlegungen werden durch empirische Beobachtungen untermauert. Das folgende Kapitel legt die dabei angewandten Methoden und verwendeten Quellen dar. Da die vorliegende Arbeit sich vor allem auf wissenschaftliche Literatur stützt, wurden als Methode die Literaturrecherche gewählt. Für die untersuchten Primärquellen kam die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring (vgl. Mayring 2010; Mayring und Fenzl 2019) zum Einsatz. Die genaue Vorgehensweise wird in den folgenden Unterkapitel erläutert.

Die für diese Arbeit herangezogenen Quellen werden im folgenden Kapitel offengelegt. In dem Unterpunkt Quellenkritik werden Schwierigkeiten im Umgang mit dem Material reflektiert und Beurteilungskriterien auseinandergesetzt.

4.1 Methoden

Die vorliegende Arbeit ist eine literaturbasierte Arbeit mit starkem theoretischem Fokus. Zur empirischen Untersuchung der Fragestellung und Unterfütterung der Argumentation in der Analyse wurden vor allem qualitative sozialwissenschaftliche Methoden herangezogen. Auch die HMPA wird im Methodenkapitel erneut aufgegriffen und ihre methodischen Implikationen expliziert.

4.1.1 HMPA

Die HMPA wird im Rahmen dieser Arbeit primär als Ergänzung der theoretischen Perspektive des Neogramscianismus verstanden. Gleichzeitig liefert sie jedoch wichtige Implikationen für die Auswahl und den Umgang mit Quellen, Material und Methoden. Auch der HMPA-Leitfaden zur Operationalisierung hegemonie-theoretischer Fragestellungen (vgl. Buckel et al. 2014a) kann durchaus als Teil der Methodik begriffen werden und soll daher an dieser Stelle nochmals ausführlicher erläutert werden.

Die HMPA liefert eine für die Beantwortung der Forschungsfrage geeignete Gliederung der Analyseschritte. Die Unterteilung in Kontext-, Akteurs- und Prozessanalyse erlaubt einerseits verschiedene Facetten der sozialen Kräfteverhältnisse in der Beziehung zwischen der EU und Madagaskar zu berücksichtigen (historisch gewachsenes, verändertes Verhältnis zwischen der EU und Madagaskar, Interessen und Machtressourcen einzelner AkteurInnen etc.). Außerdem ermöglicht sie es, all diese Aspekte auf die Beantwortung der Forschungsfrage zielgerichtet zu ordnen und potentiell unendliche Einflussfaktoren auf ein bearbeitbares Maß zu reduzieren. (vgl. ebd.) Neben der methodologischen Gliederung der Analyseschritte und Operationalisierung des breiten Untersuchungsfeldes liefert die HMPA (zusammen mit dem Neogramscianismus) eine theoretische Unterfütterung für den Leitfaden zur Beantwortung der Forschungsfrage.

Ausgehend von ontologischen und epistemologischen Grundannahmen des Neogramscianismus sowie der HMPA ergeben sich bestimmte Methoden als geeignet zur Bearbeitung der Forschungsfrage. Neben dem theoretischen Schwerpunkt, der primär mittels Literaturrecherche erarbeitet wurde, kamen für den empirischen Teil dieser Arbeit weitere qualitative Methoden zum Einsatz, allen voran die qualitative Inhaltsanalyse.

4.1.2 Literaturrecherche

Die Literaturrecherche ist für verschiedene Teile dieser Arbeit relevant und verfolgt daher je nach Anwendungsgebiet unterschiedliche Zielsetzungen: Zum einen die Darstellung des Stands der Forschung und die Verortung der eigenen Arbeit in der bestehenden Literatur; zum anderen wurden die Ergebnisse der Literaturrecherche im Bereich der Analyse teils selbst zum Untersuchungsmaterial. Drittens wurde auch der theoretische Hintergrund mittels Literaturrecherche erarbeitet. Durch die umfangreiche Einbindung der erhobenen Literatur in die gesamte Arbeit, ergibt sich eine hohe Relevanz der Methode.

In dieser Arbeit wurde eine traditionelle Literaturrecherche durchgeführt, die je nach konkreter Verwendung in dieser Arbeit einen konzeptionellen oder einen kritischen Ansatz verfolgt (vgl. Jesson 2011, S. 73ff.). Ausgehend von der Forschungsfrage wurden Thematiken für die Suche identifiziert. Konkret beinhaltete die Literaturrecherche drei thematische

Schwerpunkte: die europäische AFT-Politik (von der geschichtlichen Entwicklung der Beziehungen zu den AKP-Staaten allgemein bis hin zu den EPAs als konkretes Anwendungsbeispiel), die Beziehungen zwischen der EU und Madagaskar (mit dem expliziten Versuch, die madagassische Perspektive angemessen zu berücksichtigen) und die Theorie. Für jeden dieser Bereiche wurden verschiedene Suchbegriffe festgelegt und im Verlauf der Recherche verfeinert (vgl. Fink 2005).

Die Auswahl der wissenschaftlichen Artikel erfolgte einerseits nach deren Qualitätsmerkmalen, indem etwa darauf geachtet wurde, anerkannte Publikationen nach wissenschaftlichen Standards (z.B. Peer-Review) zu verwenden. Andererseits wurden verschiedene inhaltliche Ein- bzw. Ausschlusskriterien festgelegt; darunter der Veröffentlichungszeitraum, dieser spielt bei den EPAs insofern eine große Rolle, da diese noch nicht sehr lange in der Praxis umgesetzt werden und mögliche Folgen außerdem zeitverzögert auftreten können, daher wurden v.a. hier Veröffentlichungen von größtmöglicher Aktualität herangezogen. Auch der geographische Fokus war ein wesentliches Kriterium, so ist z.B. die Vergleichbarkeit Madagaskars mit anderen LDCs und/oder afrikanischen Staaten eher gegeben als mit den CARIFORUM-Staaten oder den süd-ost-asiatischen Schwellenländern. Darüber hinaus wurden Artikel mit Verwendung relevanter Theorien und Konzepte bevorzugt (vgl. ebd.).

Bei der Theorielektüre und den inhaltlichen Artikeln kamen teils verschiedene Techniken der Literaturrecherche zum Einsatz. Basierend auf einer Schlagwortsuche mit unterschiedlichen Suchbegriffen und Kombinationen wurde zunächst eine umfangreiche Sammlung von peer-reviewed Journal-Artikeln erstellt und diese anschließend thematisch geclustert. Ausgehend von besonders relevanten Artikeln wurde die Recherche mittels Schneeballsystems vertieft. Hierbei wurden sowohl zitierte Artikel, weitere Arbeiten desselben Autors als auch Artikel mit Bezug zum Ursprungstext berücksichtigt. Diese Art der Literatursuche und eine daraus resultierende eher breite Analyse kam vorrangig für die Themen der AFT-Politik und EPAs allgemein, wie etwa im Forschungsstand dargestellt, zum Einsatz. Abschließend erfolgte eine (erneute) thematische Analyse der gesammelten Literatur, wobei die Quellen verglichen und entlang von thematischem, methodischen und theoretischen Mustern in verschiedene Kategorien eingeteilt wurden (vgl. Galvan und Galvan 2017).

Auch zur Theorielektüre wurde das Schneeballsystem angewendet. Hier allerdings mit dem Fokus auf bestimmte Autoren, Hauptwerke und weiterführende, für diese Arbeit relevante Konzepte. Die daraus gewonnene Literatur ist im Vergleich zur Inhaltlichen weniger breit angelegt, geht dafür in den wesentlichen Punkten in die Tiefe.

4.1.3 ExpertInneninterview

Um das Ungleichgewicht zwischen Informationen von Seiten der EU und von Seiten Madagaskars (siehe dazu auch Kapitel 4.2.3.) etwas auszugleichen wurde gezielt bei madagassischen VertreterInnen und ExpertInnen angefragt.

(Eine Anfrage bei der madagassischen Niederlassung der Friedrich Ebert Stiftung blieb unbeantwortet.)

Zunächst erfolgte eine schriftliche Bitte um Auskünfte bei der madagassischen Botschaft in Berlin. Da die Botschaft in Berlin jedoch nur für die bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Madagaskar verantwortlich ist und daher über keine Kompetenzen im Bereich des EPAs verfügt, wurde seitens der Botschaft auf die multilaterale madagassische Botschaft in Brüssel verwiesen. Eine allgemeine schriftliche Anfrage wurde von Frau Volatiana Andriamanalina, Wirtschaftsberaterin für "Handel, Investitionen und Privatsektor" der madagassischen Botschaft in Brüssel, beantwortet. Als Informationsmaterial wurde außerdem ein internes Positionspapier der fünf Eastern and Southern Africa (ESA-5) Staaten zur Verhandlungsrunde im März 2023 übermittelt. Da dieses Dokument jedoch als vertraulich eingestuft wurde, konnte es schlussendlich für diese Masterarbeit nicht als Quelle herangezogen werden, gab aber wertvolle Einblicke in den Verhandlungsprozess. Um dennoch zitierfähige Informationen zur madagassischen Perspektive auf das EPA und die Verhandlungen zu erhalten, stimmte Frau Andriamanalina der Teilnahme an einem Experteninterview zu. Aufgrund ihrer Position können für die Beantwortung notwendiges Fachwissen und Berufserfahrung vorausgesetzt werden. Als offizielle Vertreterin Madagaskars spiegeln ihre Antworten außerdem die Position der madagassischen VerhandlungsführerInnen wider, die als AkteurInnen im Rahmen dieser Arbeit von besonderem Interesse sind.

Zu diesem Zweck wurde ein Interviewleitfaden mit semi-strukturierten Fragen erstellt. Die Fragen ergaben sich ausgehend von der Forschungsfrage und der verwendeten Theorie, v.a. strukturiert durch die HMPA. Diese Form des Interviews wurde gewählt, um gezielt spezifische Themen ansprechen zu können, dabei aber gleichzeitig genug Raum für detaillierte und individuelle Antworten zu lassen (vgl. Helfferich 2010).

Der Leitfaden gliedert sich in drei Themenbereiche, die für die vorliegende Arbeit von besonderer Relevanz sind: das interim-Abkommen, das vollumfängliche EPA und die Verhandlungen. Diese Themenblöcke wurden wiederum in thematische Unterpunkte gegliedert (z.B. die Positionen zu und Erwartungen an das iEPA sowie eine kurze Evaluierung der bisherigen Auswirkungen für Madagaskar (speziell auch für die regionale Integration); AkteurInnen und treibende Kräfte der Vertiefung zu einem vollumfänglichen EPA und den Verhandlungen, insbesondere zu gemeinsamen Interessen und Konflikten mit der EU und den übrigen beteiligten ESA-Staaten). Die Fragen decken vor allem jene Bereiche ab, zu denen keine anderweitigen Quellen gefunden wurden und zielen dezidiert auf die madagassische Sicht auf das EPA mit der EU.

Aufgrund der geographischen Entfernung, knappen zeitlichen Ressourcen von Frau Andriamanalinas und möglicher Sprachbarrieren wurde übereingekommen, das Interview in schriftlicher Form durchzuführen. Hierzu wurde der Leitfaden ins Englische übersetzt.

Die Beantwortung erfolgte auf Französisch, in kurzen und stichpunktartigen Sätzen. Zur Auswertung wurde das gesamte Dokument ins Deutsche übersetzt und die Antworten nach Mayring codiert und kategorisiert (vgl. Mayring 2010; Mayring und Fenzl 2019).

Das Interview wird vor allem als komplementäre Quelle zu den Darstellungen seitens der EU verstanden. Das Risiko eines Bias der Antworten wurde bewusst eingegangen, da ein Ziel des Interviews war, die subjektive Deutung des EPAs durch madagassische Akteure abzubilden.

4.1.4 Inhaltsanalyse

Je nach Dokumentenart unterscheidet sich die genaue Durchführung und Schwerpunktsetzung der Inhaltsanalyse. Bei den Journal-Artikeln wurde vor allem ein

Exzerpieren und Gruppieren von Artikeln nach Themenschwerpunkt und Argumentation vorgenommen.

Die Primärquellen wurden mittels einer strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring untersucht. So wurde der EPA-Vertragstext, „initial text proposals“ sowie die Berichte zu den einzelnen Verhandlungsrunden in wiederkehrende Kategorien gegliedert und auch die quantitative Verteilung dieser in der Analyse berücksichtigt. Die Kategorien wurden dabei induktiv aus dem vorliegenden Textmaterial abgeleitet und im Anschluss an die Codierung und Zuordnung der codierten Textstellen in die Kategorien erneut überprüft. Die Ergebnisse wurden im Kontext der Forschungsfrage interpretiert. Ein Kernergebnis dieser Untersuchung war, dass viele Kategorien dem Bereich Wirtschaftsliberalisierung zuzuordnen sind und diese gegenüber anderen Kategorien sowohl sehr spezifisch formuliert sind als auch häufiger genannt werden. Die Erkenntnisse durch die qualitative Inhaltsanalyse umfassen inhaltliche Schwerpunkte des Abkommens sowie die Gewichtung der einzelnen Thematiken (z.B. durch Häufigkeit und konkrete Formulierung) (vgl. Mayring 2010; Mayring und Fenzl 2019).

Bei den „initial text proposals“ und den Berichten zu den einzelnen Verhandlungsrunden wurde zusätzlich ein Vergleich zwischen den einzelnen Dokumenten durchgeführt, um die Veränderungen von Verhandlungsrunde zu Verhandlungsrunde nachzuvollziehen.

4.2 Quellen

Das folgende Unterkapitel legt dar, welche Primärquellen als Grundlage für diese Arbeit herangezogen wurden. Diese werden anschließend aus einer herrschaftskritischen Perspektive und in Hinblick auf ihre Belastbarkeit kontextualisiert.

4.2.1 Primärquellen

Die zentralste Primärquelle und Gegenstand einer ausführlichen Inhaltsanalyse stellt der Gesetzestext des interims-EPAs zwischen der EU und Madagaskar dar.

Als Primärquellen stützt sich diese Arbeit insgesamt vor allem auf Publikationen von öffentlicher Seite, Reporte, Pressenaussendungen, Statements etc. von den EU-Institutionen (vorrangig der Europäischen Kommission). Sämtliche dieser Quellen sind über die verschiedenen Kanäle der EU und ihrer Institutionen online abrufbar.

In einem weiteren Versuch, vermehrt die madagassische Perspektive auf das EPA zu inkludieren wurde auch öffentlich getätigte Äußerungen von Politiker*innen aufgegriffen. Diese stammen vor allem aus der madagassischen Tageszeitung Midi Madagasikara. Die Zeitung ist die erste madagassische Tageszeitung (vgl. Midi Madagasikara 2024) und eine der populärsten Nachrichten-Medien des Landes. Sie gilt als politisch und religiös neutral (vgl. Deschamps und Kent o. J.).

Wirtschaftsdaten und andere quantitative Kennzahlen (z.B. der Human Development Index) wurden ebenfalls online erhoben. Hier wurde besonders auf die Seriosität der verwendeten Quellen geachtet und Zahlen etwa von Seiten der UN, der WTO, der EU und dem madagassischen Nationalen Statistikinstitut verwendet.

Weitere Primärquellen sind die Protokolle über die Treffen der zweiten Verhandlungsrunde ab 2019 und „initial text proposals“ der EU. Um Sichtweisen anderer AkteurInnen miteinzubeziehen, wurden auch Zeitungsartikel und Aussendungen privater und zivilgesellschaftlicher AkteurInnen berücksichtigt. Zu demselben Zweck wurde das zuvor erwähnte Expertinneninterview mit einer Vertreterin der madagassischen Botschaft in Brüssel durchgeführt. Das Interview und der zugehörige E-Mail-Verkehr gehören ebenfalls zu den dieser Arbeit zugrundeliegenden Primärquellen. Ein zur Kenntnis gelangtes Positionspapier der ESA-5 Staaten zur Verhandlungsrunde im März 2023 zur Vertiefung des iEPAs konnte aufgrund der Vertraulichkeit des Dokuments, wie erwähnt, nicht in die Analyse aufgenommen werden, diente aber als wertvoller Einblick in die Verhandlungsposition Madagaskars.

4.2.2 Quellenkritik

Eine wesentliche Schwierigkeit im Umgang mit den zu recherchierenden Themen ist die Zugänglichkeit von Informationen. Dies wird im Zusammenhang mit den EPAs auch von anderen SozialwissenschaftlerInnen bemängelt. Die MitarbeiterInnen des Institute of

Development Studies und des Centre for the Analysis of Regional Integration at Sussex der Universität Sussex kritisieren mangelnde Bereitschaft der EU, Daten mit Bezug auf die EPA-Verhandlungen zu veröffentlichen oder den ForscherInnen zur Verfügung zu stellen (vgl. Institute of Development Studies und Centre for the Analysis of Regional Integration at Sussex (University of Sussex) o. J.).

Diese Arbeit verwendet als Primärquellen seitens der EU lediglich öffentlich zugängliche Daten und Dokumente. Bei Publikationen der EU muss jedoch die Perspektivität der Dokumente mitgedacht werden. Berichte weisen meist eine sehr einseitige Deutung auf und erklären die Sichtweise der EU, die aber häufig zumindest implizit universalisiert dargestellt wird. Proaktiv von der EU veröffentlichte Dokumente sind außerdem meist auf ihre Außenwirkung bedacht formuliert und stellen Sachverhalte unkritisch positiv dar. Es muss auch von einer gewissen Selektivität ausgegangen werden. Sämtliche gesichteten Quellen können daher keine Garantie auf Vollständigkeit der Informationen geben, auch da viele dieser Veröffentlichungen ausschließlich über die verschiedenen und sehr zahlreichen Onlinekanäle der EU eingesehen werden können, wodurch ältere Beiträge nicht mehr abrufbar sind. Eine weitere Schwierigkeit, die sich aus den Onlinequellen ergibt, ist die fehlende Nachvollziehbarkeit vieler Beiträge (betreffend Quellen, Veröffentlichungsdatum, Autoren etc.), sodass verschiedene Stellen der EU teils sich widersprechende Informationen veröffentlichen.

Trotz dieser Schwierigkeiten ergeben die unterschiedlichen Publikationen der EU ein recht umfassendes Gesamtbild, das in Kombination mit einer kritischen Einordnung, Rückschlüsse auf Motive und Strategien der EU in Bezug auf EPAs und ihre AFT-Strategie erlaubt.

Auf Seiten Madagaskars ist die Zugänglichkeit von Informationen die größte Herausforderung. Da von staatlichen Stellen direkt keinerlei Stellungnahmen zum EPA oder den Vertiefungsverhandlungen online gefunden werden konnten, wurden drei der größten (französischsprachigen) madagassischen Tageszeitungen auf Beiträge zum EPA durchsucht. Auch dort wurden Stellungnahmen von Politikern allerdings höchstens punktuell in Artikeln und Interviews wiedergegeben.

Um dieses Defizit auszugleichen, wurde für die vorliegende Arbeit zusätzlich ein Expertinneninterview durchgeführt, das die madagassische Perspektive auf das EPA und die Verhandlungen mit der EU berücksichtigen soll.

Auch in der wissenschaftlichen Literatur zur AFT-Politik bzw. den EPAs lässt sich eine starke Gewichtung der europäischen gegenüber der madagassischen oder AKP-Perspektive allgemein beobachten, bzw. ein Bias zwischen globalem Süden und globalen Norden, der einen Großteil der verwendeten Literatur ausmacht.

Einerseits stellt dieses Ungleichgewicht in den zur Verfügung stehenden Materialien eine große Herausforderung für eine ausgewogene Analyse dar. Gleichzeitig wird eben dieses Ungleichgewicht im Vorhandensein und medialer Präsenz zwischen der Perspektive der EU und der Madagaskars selbst als Teil der Analyse aufgearbeitet und kann wertvolle Rückschlüsse auf Motivation und Strategie im Rahmen des EPAs ermöglichen.

5 Aid for Trade in der EU-Handels- und Entwicklungspolitik

Das folgende Kapitel bietet Hintergrundinformationen zur europäischen AFT-Politik. Hierzu werden zunächst die geschichtliche Entwicklung der europäischen Entwicklungspolitik und ihre Paradigmenwechsel skizziert. Im Anschluss werden die heutigen institutionellen und rechtlichen Rahmenbedingungen der Entwicklungshilfe dargestellt. Hierbei soll besonders auf die Economic Partnership Abkommen eingegangen werden, aus denen das Fallbeispiel Madagaskar als Grundlage für die spätere Analyse dieser Arbeit dient. Abschließend sollen Zahlen und Fakten zur europäischen AFT-Politik einen Überblick über deren Umfang und Partnerstaaten geben.

5.1 Historische Entwicklung

Die 1963 und 1969 verabschiedeten Yaoundé Konventionen waren geprägt von den Beziehungen der ehemaligen europäischen Imperialmächten (v.a. Frankreich und Belgien) und ihren ehemaligen afrikanischen Kolonien und bot letzteren Zugang zu europäischer Entwicklungshilfe und dem europäischen Markt. Die erste Lomé Konvention von 1975 erweiterte das Yaoundé Abkommen sowohl inhaltlich als auch geographisch. Lomé schloss alle 79 AKP-Staaten ein und gewährte ihnen nicht-reziproken Marktzugang in die EU, sowie weitreichende Mitbestimmungsrechte bei der Verwendung von Hilfsgeldern. Lomé I umfasste somit viele Forderungen von Seiten der AKP-Staaten (vgl. Brown 2000, S. 372). In den zwischen 1980 und 1990 überarbeiteten Versionen Lomé II, III und IV setzten sich zunehmend liberale Vorstellungen von Entwicklung durch. Die Zahlung von Entwicklungsgeldern wurde unter anderem an die Einhaltung von Menschenrechten geknüpft. Kernelement aber blieb nach wie vor ein präferenzieller Marktzugang für die AKP-Staaten (vgl. Hurt 2003, S. 163). In den 1990er Jahren gab es im Rahmen des General Agreement on Tariffs and Trade (GATT) und der WTO negative Urteile gegen die präferenziellen Handelsbeziehungen der EU mit den AKP-Staaten. Die Begründung lautete, dass die positive Diskriminierung der AKP-Staaten gegenüber anderen Entwicklungsländern gegen WTO-Bestimmungen verstieß. Ein Waiver bei der WTO durch die EU erlaubte ein Fortführen dieser Praxis bis 2007. Aufgrund dieser Entscheidungen verhandelten die EU und die AKP-Gruppe im Jahr 2000 das Partnerschaftsabkommen von Cotonou. Es regelt den internationalen Handel zwischen den Vertragsparteien bis 2008 und

sieht Verhandlungen über ein Nachfolgeabkommen vor (vgl. Stevens 2008, S. 212). Die sogenannten Post-Cotonou-Verhandlungen über ein neues Partnerschaftsabkommen wurden 2021 abgeschlossen (vgl. Europäische Kommission 2021a). Im Rahmen des Cotonou Abkommens

„the parties agreed to conclude new WTO-compatible trading arrangements, so-called ‘economic partnership agreements’ (EPAs), which aim at progressively removing barriers and enhancing co-operation in all areas relevant to trade. The purpose of the EPAs is to help the ACP to integrate into the world economy and to promote their sustainable development as well as poverty reduction“ (Curran, Nilsson, und Brew 2008, S. 530).

Da es bis Ende 2007 jedoch nur der Gruppe der karibischen Staaten (CARIFORUM) gelungen war, ein vollumfängliches EPA mit der EU zu verhandeln (vgl. ebd., S. 546f.), baten die übrigen AKP Staaten um eine Verlängerung des Waivers – auch das Europäische Parlament und Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs) unterstützten diese Forderung –, doch die Europäische Kommission, die einen Antrag für die Verlängerung bei der WTO einbringen hätte müssen, weigerte sich (vgl. Stevens 2008, S. 214). Bis 2014 wurden Interims-EPAs mit Staaten aus allen weiteren regionalen Gruppen abgeschlossen. Diese beschränken sich zwar auf die Liberalisierung des Warenverkehrs, sehen aber Neuverhandlungen zu umfassenden EPAs vor (Price und Nunn 2016).

Zeitgleich mit dem Ablauf des WTO-Waivers und somit dem Ende unilateraler Handelspräferenzen für die AKP-Staaten im Jahr 2007 verabschiedete die EU ihre AFT-Strategie in Anlehnung an die gleichnamige Initiative der WTO (vgl. Europäische Kommission 2021b). Ziel dieser Strategie ist es laut der EU, Entwicklung und Reduktion von Armut durch Handel und Integration in den Weltmarkt zu fördern. Neben der wirtschaftlichen Entwicklung der Partnerstaaten hat die EU in der überarbeiteten Version ihrer Strategie von 2017 vermehrt die Sustainable Development Goals (SDGs), wie sie in der Agenda 2030 der Vereinten Nationen definiert sind, in den Blick genommen. Zur Erreichung dieser Ziele setzt die EU zum einen auf verschiedene Arten von Freihandelsabkommen (FTAs), die an den jeweiligen Entwicklungsstand des Vertragspartners angepasst unterschiedlich ausformuliert werden, und die Zahlung von Hilfgeldern, deren effektiver Einsatz regelmäßig überprüft wird (vgl. Europäische Kommission, Directorate-General for International Partnerships 2021). Auch die

Verträge, die im Rahmen des (neuen) Cotonou-Abkommens mit den AKP-Staaten und -Regionen abgeschlossen wurden/werden, zählen als Teil dieser AFT-Strategie.

5.2 Institutionen, Kompetenzen und rechtlicher Rahmen

Die EU fasst in ihrer AFT-Strategie verschiedene Typen von FTAs zusammen, die sich je nach Entwicklungsstand (dieser wird anhand von WTO-Kriterien bestimmt) unterscheiden. In ihrem „EU Aid for Trade Progress Report“ von 2021 schreibt die europäische Kommission dazu:

„The EU has a number of different categories of Free Trade Agreements, each tailored to the specific requirements of each country or region. Deep and Comprehensive Free Trade Areas (DCFTAs) are offered to neighbourhood countries and deepen the economic relations between these countries and the EU. They focus on bringing their legislation closer to the EU acquis, notably in trade-related areas. The EU’s Economic Partnership Agreements (EPAs) with African, Caribbean and Pacific (ACP) States and regions have an explicit development objective. They are asymmetric trade agreements, with the ACP partners liberalising around 80% of trade over a period of 15 to 20 years, while the EU allows duty-free, quota-free access from day one. EPA partners do not pay any tariffs or duties on any of their exports to the EU. Seven Economic Partnership Agreements are in application with 32 out of 79 ACP countries. These include 14 Caribbean countries, 14 African countries and 4 Pacific countries. [...] New Generation Agreements are all those signed by the EU since 2009, which include dedicated chapters on Trade and Sustainable Development (TSD). In these chapters, the EU and its partner countries commit to respecting a number of international conventions for labour standards and environmental preservation“ (Europäische Kommission, Directorate-General for International Partnerships 2021, S. 13).

Die AFT-Politik der EU versteht sich an der Schnittstelle zwischen Handels- und Entwicklungspolitik. Wobei letztere eine geteilte Kompetenz darstellt. Das bedeutet, dass Hilfgelder sowohl aus EU-Mitteln (z.B. dem EDF) als auch von Mitgliedsstaaten direkt bereitgestellt werden (vgl. ebd.). Handelspolitik hingegen stellt eine ausschließliche EU-

Kompetenz dar. Sämtliche FTAs – inklusive der EPAs – sind somit ebenfalls alleinige EU-Kompetenz und liegen in der Zuständigkeit der DG Trade (vgl. Hurt 2012, S. 503).

Neben dem Cotonou Abkommen gibt es ein weiteres, alternatives Handelsregime zwischen der EU und den AKP Staaten:

„It is the Generalised System of Preferences (GSP), which has three ‘levels’ of tariff: the standard (which applies to all ACP other than the least developed (LDCs)); the Everything But Arms regime (EBA) covering all LDCs; and the GSP+ regime (for which countries needed to apply during 2005 – and for which no ACP state did apply)“ (Stevens 2008, S. 213).

5.3 Inhaltliche Ausrichtung und Zielsetzungen seitens der EU

Als oberstes Ziel ihrer AFT-Politik nennt die EU die Armutsreduktion. Hierzu verfolgt sie eine Drop-Down-Strategie, deren zugrundeliegende Maxime besagt, dass eine (vermehrte) Teilhabe am Weltmarkt sich in positiver wirtschaftlicher Entwicklung niederschlägt. An dieser Stelle wird auch die Bedeutung des privaten Sektors für Entwicklung betont. Staatliche bzw. Entwicklungsgelder der EU, etwa des EDF sind zudem an bestimmte inhaltliche (u.a. Nachhaltigkeit, Demokratisierung etc.) und administrative/operative (v.a. Effizienz) Bedingungen geknüpft (vgl. Price und Nunn 2016).

Die Marktliberalisierung der AKP-Staaten soll aber nicht nur bilateral mit der EU erfolgen, sondern auch durch regionale Integration. Daher sollen nach Vorstellung der EU EPAs grundsätzlich mit regionalen Zusammenschlüssen von AKP-Staaten abgeschlossen werden. Dazu hat die EU die AKP-Staaten in sechs – bzw. ab 2008 in sieben – regionale Gruppen eingeteilt. Da diese jedoch in vielen Fällen nicht den bestehenden regionalen Organisationen entsprechen, birgt diese externe Einteilung die Gefahr, Initiativen der AKP-Staaten zur regionalen Integration zu behindern. Eine weitere Herausforderung besteht darin, dass die regionalen Gruppen sich aus unterschiedlich entwickelten Ländern zusammensetzten, die nach den Grundsätzen des Cotonou Abkommens verschiedene Arten von Handelsverträgen mit der EU abschließen müssen. Dies wiederum steht im Konflikt zur regionalen Integration und der Etablierung einer regionalen Freihandelszone (vgl. Hurt 2003).

Entgegen diesen realen Herausforderungen ist das Ziel der AFT, vollumfängliche FTAs mit normativem Entwicklungsanspruch (unter anderem) in Form von regionalen EPAs zu etablieren, die (nach Übergangsfristen für die beteiligten AKP-Staaten) eine beidseitige Liberalisierung der Märkte schaffen. Die wirtschaftliche Dimension geht dabei

„beyond trade in goods to also include services and other trade-related areas, such as public procurement, investment, protection of intellectual rights, competition, as well as sustainable development provisions“ (Zamfir 2018, S. 7).

Gleichzeitig sollen im Rahmen der AFT-Strategie durch EPAs sowie durch zusätzliche bi- und multilaterale Kooperationen und Abkommen soziale und ökologische Nachhaltigkeit entsprechend der SDGs der Agenda 2030 der Vereinten Nationen gefördert werden. Auch hierbei wird der wirtschaftlichen Entwicklung (als Teilhabe am Weltmarkt) eine Schlüsselrolle zugeschrieben (vgl. Europäische Kommission, Directorate-General for International Partnerships 2021, S. 201).

Wie bereits im vorangegangenen Unterkapitel dargelegt, bietet die EU Drittstaaten entsprechend ihrem Entwicklungsstand unterschiedliche Vertragstypen. Mit den AKP-Staaten werden auf der rechtlichen Grundlage des Cotonou Abkommens sowie nach der oben geschilderten Zielsetzung EPAs verhandelt. Doch auch diese Verträge sind nicht einheitlich und unterscheiden sich inhaltlich sowie im Umfang, um länder- und regionsspezifische Charakteristika zu berücksichtigen. So werden etwa verschiedene Schwerpunkte bei der Entwicklungszusammenarbeit gesetzt und Sonderregelungen zu besonders kritischen Produktionszweigen (meist Landwirtschaft, aber auch Teile der Industrie) geschlossen (vgl. Zamfir 2018, S. 6).

5.4 Aid for Trade in Zahlen: Umfang und Partnerstaaten

Die europäische AFT-Politik umfasst neben den im Cotonou-Abkommen festgelegten EPAs mit den AKP-Staaten verschiedene Verträge mit Staaten aller Regionen. Die unterschiedlichen Vertragstypen und Schwerpunktsetzungen bei der Entwicklungs- und Handelszusammenarbeit richten sich dabei unter anderem nach dem Entwicklungsstand des jeweiligen Landes. Zur Klassifizierung wendet die EU Kriterien der WTO an und unterscheidet

zwischen „least developed countries“ (LDC), „lower middle income countries“ und „upper middle income countries“. In der Gruppe der AKP-Staaten haben bereits 32 Staaten aus allen sieben Regionen EPAs implementiert, in zwei Regionen stehen noch Ratifizierungen der EPAs durch einige Mitgliedsstaaten aus (vgl. Europäische Kommission, Directorate-General for International Partnerships 2021).

Die nachfolgende Tabelle liefert einen Überblick über die EPAs nach Region und mit dem Verhandlungsstatus der jeweiligen AKP-Staaten.

Abbildung 1: EPAs zwischen der EU und den AKP-Staaten nach Region

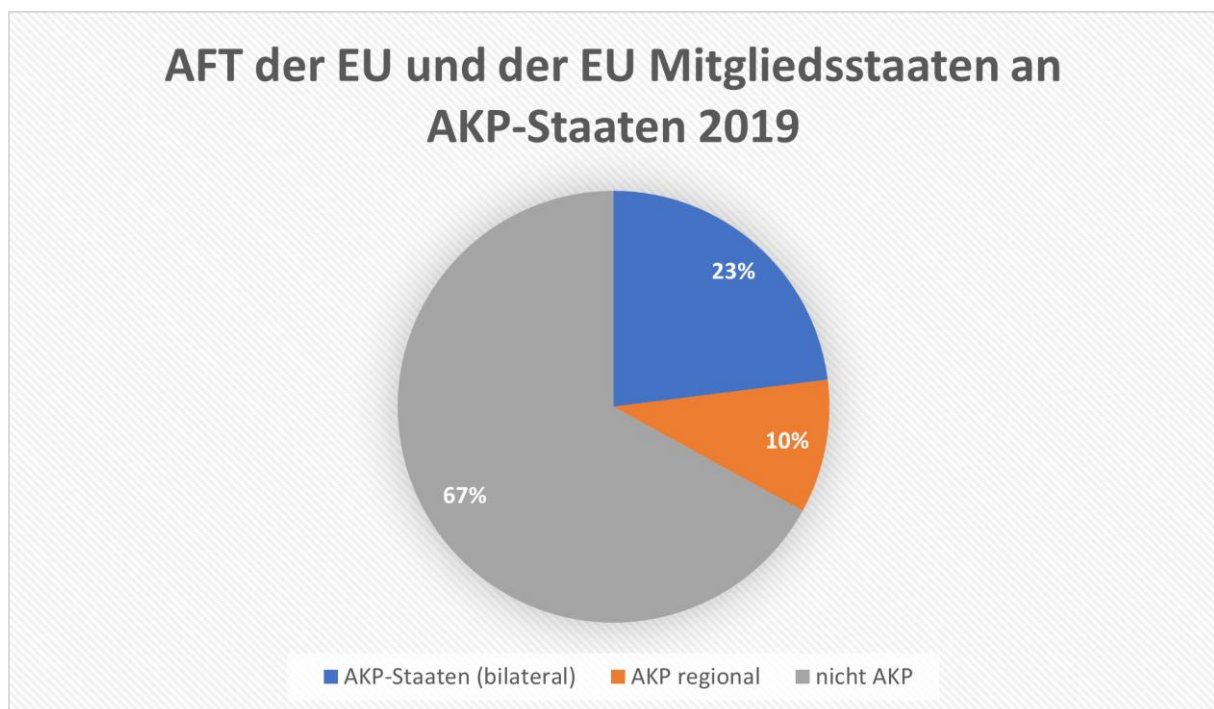
Region	Teil des EPA	Nicht Teil des EPA	Anmerkungen
EAC	Kenia Ruanda Burundi, Tansania, Uganda	Südsudan	Südsudan trat der EAC-Gruppe erst 2016 bei; EPA tritt nach Unterzeichnung aller Staaten in Kraft
ESA	Madagaskar, Mauritius, Seychellen, Simbabwe Komoren, Sambia	Äthiopien, Dschibuti, Eritrea, Malawi, Sudan	Interims-EPA in Kraft; Neuverhandlungen seit 2019
Karibik	Antigua und Barbuda, Bahamas, Barbados, Belize, Dominica, Dominikanische Republik, Grenada, Guyana, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, St. Kitts und Nevis, Suriname, Trinidad und Tobago Haiti		Einziges vollumfängliches EPA
Pazifik	Fidschi, Papua-Neuguinea, Samoa, Salomonen	Cook-Inseln, Kiribati, Marshall-Inseln, Mikronesien, Nauru, Niue, Palau, Osttimor, Tonga, Tuvalu, Vanuatu	EPA in Kraft; Tonga bekundet Beitrittsinteresse
SADC	Botswana, Eswatini, Lesotho, Mosambik, Namibia, Südafrika	Angola	Erstes vollständig in Kraft getretenes regionales EPA in Afrika
Westafrika	Benin, Burkina Faso, Kap Verde, Elfenbeinküste, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Liberia, Mali, Mauretanien, Niger, Senegal Sierra Leone, Togo	Nigeria	2016 trat für Ghana und die Elfenbeinküste ein ‚stepping stone‘ EPA in Kraft (Anwendung bis zur Implementierung des regionalen EPA)
Zentralafrika	Kamerun	Äquatorial Guinea, Demokratische Republik Kongo, Gabun, Kongo, São Tomé und Príncipe, Tschad, Zentralafrikanische Republik	Interims-EPA in Kraft

Ratifiziert / Unterschrieben / Ausstehend

Eigene Darstellung nach Europäische Kommission 2024

Auch im AFT-Bereich der Entwicklungsgelder nehmen die AKP-Staaten eine zentrale Rolle ein. Mit 38% (entspricht 17.9 Mrd. Euro) der globalen AFT waren die EU und ihre Mitgliedsstaaten 2019 die weltweit größten GeldgeberInnen. Davon gingen in diesem Jahr insgesamt 33% der europäischen Entwicklungsgelder im Rahmen des AFT an die AKP-Staaten, das entspricht 5.991 Mio. Euro.

Abbildung 2



Eigene Darstellung nach Europäische Kommission, Directorate-General for International Partnerships 2021, S. 128

Ebenso umfassend sind die wirtschaftlichen Verflechtungen. Im Jahr 2019 war die EU Abnehmerin für 20,2% der Exporte aus den AKP-Staaten und hatte einen Anteil von 21,9% an den Importen der AKP-Staaten. Die europäische Kommission berechnete ausgehend von diesen Zahlen einen Anstieg im Handel zwischen der EU und den AKP-Staaten von 32,4% über die letzten zehn Jahre (vgl. Europäische Kommission o. J.).

6 Fallbeispiel: Das EPA zwischen der EU und Madagaskar

Madagaskar stellt aus verschiedenen Gründen ein interessantes Fallbeispiel bei der Untersuchung sozialer Kräfteverhältnisse in der EU AFT-Politik dar.

Madagaskar ist unter den vier (bzw. mittlerweile fünf) Staaten der insgesamt elf Länder umfassenden ESA-Gruppe, die das Interims-EPA mit der EU überhaupt unterzeichnet haben (vgl. Europäische Kommission 2022). Da Madagaskar außerdem als LDC bereits präferenzieller Marktzugang zur EU unter dem EBA gewährt wurde (vgl. Europäische Kommission, Directorate-General for International Partnerships 2021, S. 211f.), lässt sich vermuten, dass bestimmte soziale Kräfte innerhalb Madagaskars ein gezieltes Interesse an einem Abschluss des EPAs verfolgen.

Darüber hinaus sind die Beziehungen zur EU für Madagaskar aufgrund verschiedener Aspekte von besonderer Bedeutung. Zum einen ist die EU eine von Madagaskars wichtigsten HandelspartnerInnen (vgl. World Trade Organization 2023). Zum anderen ist die EU eine der größten GeldgeberInnen im Rahmen von Entwicklungshilfegeldern an Madagaskar (vgl. European Union External Action Service 2021). Und obwohl Madagaskar Mitglied bei der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds ist, ist das EPA mit der EU der einzig bestehende Vertrag dieser Art (vgl. United States of America, Department of Commerce, International Trade Administration 2024). Diese Voraussetzungen legitimieren einerseits eine bilaterale Betrachtung des EPA als Teil der AFT-Politik, andererseits machen sie bereits ein starkes Abhängigkeitsverhältnis deutlich.

6.1 Madagaskar als LDC

Madagaskar ist ein Inselstaat im Indischen Ozean, südöstlich des afrikanischen Kontinents. Die frühere französische Kolonie erreichte ihre Unabhängigkeit im Jahr 1960. Seither hat es einer Reihe politischer Unruhen im Land gegeben, die letzten 2009. Aufgrund von Korruptionsvorwürfen gegen den damals amtierenden Präsidenten kam es zu Demonstrationen und blutigen Protesten, im Zuge derer der Bürgermeister der madagassischen Hauptstadt Antananarivo Anspruch auf das Präsidentenamt erhob. Bis 2013 herrschte daraufhin eine demokratisch nicht legitimierte Übergangsregierung, die

international nicht anerkannt und mit wirtschaftlichen Sanktionen belegt wurde. Im Jahr 2013 fanden schließlich Wahlen unter internationaler Kontrolle statt. Mittlerweile hat sich die politische Lage in der semi-präsidentiellen Republik stabilisiert (vgl. Bertelsmann Stiftung 2022).

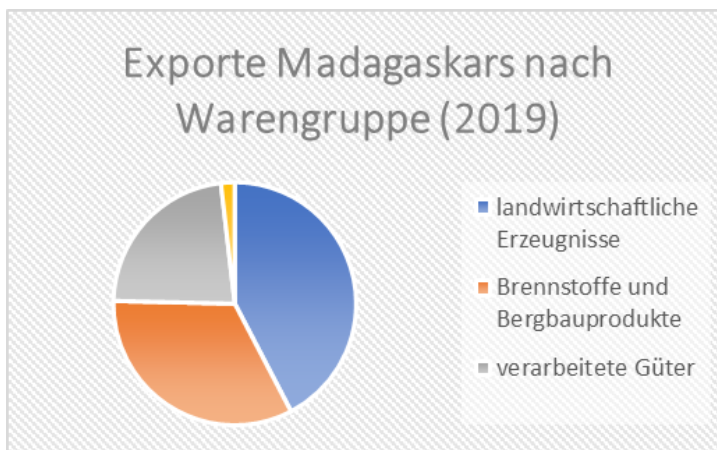
Madagaskar wird von der EU (in Anlehnung an die Kriterien der WTO und der UN) als LDC eingestuft (vgl. Europäische Kommission, Directorate-General for International Partnerships 2021, S. 212). Diese Kriterien umfassen Einkommen, Humankapital, sowie wirtschaftliche und ökologische Vulnerabilität (vgl. United Nations Office of the High Representative for the Least Developed Countries, Landlocked Developing Countries and Small Island Developing States o.J.). Auch der Human Development Index (HDI) verortet Madagaskar mit einem Wert von 0,487 auf Platz 177 (von 190) der weltweiten Rangliste¹ (vgl. United Nations Development Programme 2024).

2019 lebten 74,3% der madagassischen Bevölkerung in extremer Armut, (unter anderem) aufgrund der Corona-Pandemie ist dieser Wert auf knapp 80% gestiegen (vgl. Bertelsmann Stiftung 2022). Darüber hinaus leidet Madagaskar unter wiederkehrenden Dürren und Missernten und daraus resultierende Lebensmittelknappheiten (vgl. Mulangu 2023).

Demgegenüber ist die Arbeitslosenquote in der überwiegend jungen madagassischen Bevölkerung (mit Stand 2022 waren fast 60% der ca. 28 Millionen EinwohnerInnen unter 25 Jahre) mit 1,8% sehr niedrig. Der Großteil der madagassischen Arbeitskräfte ist in der Landwirtschaft tätig. Zusammen mit Fischerei und Forstwirtschaft beschäftigt die Branche ca. 80% der Bevölkerung, macht über ein Viertel des BIP aus und ist wichtigster Exportzweig Madagaskars (vgl. International Fund for Agricultural Development o. J.).

¹ Der HDI ist ein statistisches Mittel, das Kernelemente menschlicher Entwicklung zusammenfasst. Er umfasst die Aspekte Gesundheit, Bildung und Lebensstandard. Der Index wird in Werten zwischen 0 (schlechtester Wert) und 1 (bester Wert) angegeben.

Abbildung 3:



Eigene Darstellung nach World Trade Organization 2019

2019 hatte Madagaskar ein Bruttoinlandsprodukt von 14.105 Millionen US-Dollar und eine negative Außenhandelsbilanz von 963 Millionen US-Dollar (vgl. United Nations o. J.).

6.2 Madagaskar, EU und ESA – internationale Beziehungen

Seit der Erlangung seiner Unabhängigkeit 1960 ist Madagaskar Mitglied der UN, seit 1963 – dem Gründungsjahr – ist es ebenfalls Teil der Afrikanischen Union. Im selben Jahr trat das Land dem Internationalen Währungsfonds sowie dem GATT (bzw. seit 1995 der WTO) bei.

Madagaskar ist außerdem einer der insgesamt 21 Mitgliedsstaaten des Common Market for Eastern and Southern Africa (COMESA), dem Nachfolger der Preferential Trade (vgl. Common Market for Eastern and Southern Africa (COMESA) Secretariat o. J.).

Als AKP-Staat waren die Beziehungen Madagaskars zur EU durch verschiedene internationale Abkommen, zuletzt dem Cotonou-Abkommen, geregelt. Wie im Cotonou-Abkommen vorgesehen ist Madagaskar in Verhandlungen über ein Nachfolgeabkommen involviert.

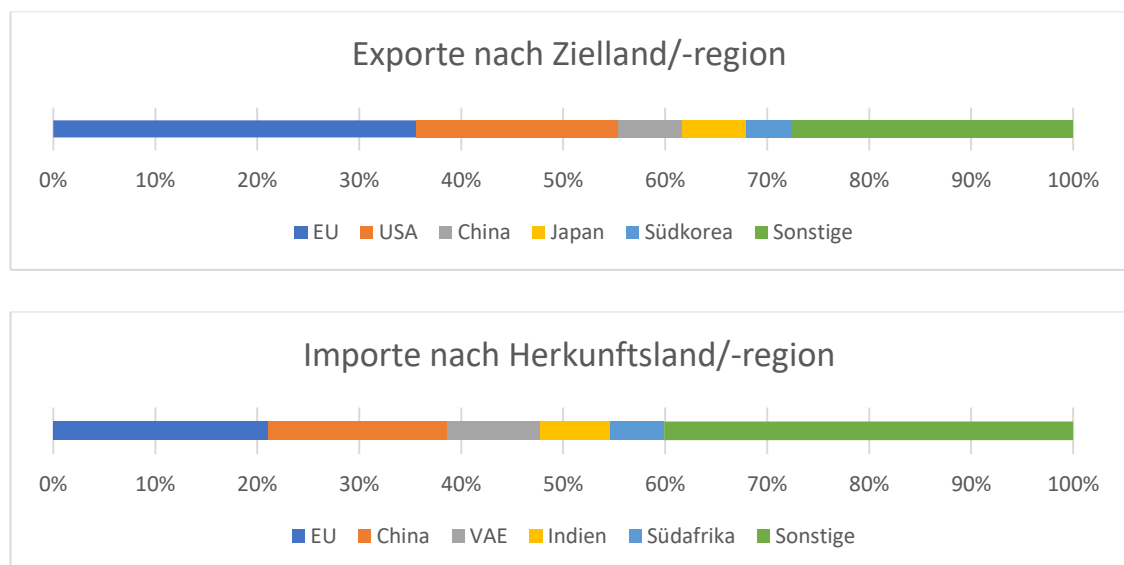
Madagaskar ist neben Äthiopien, Dschibuti, Eritrea, den Komoren, Malawi, Mauritius, Sambia, den Seychellen, Simbabwe und Sudan Teil der ESA-Gruppe. Fünf der Staaten handelten mit der EU ein gemeinsames interims-EPA aus. Dieses enthält neben allgemeinen Regeln und

Zielsetzungen auch länderspezifische Liberalisierungs- und Zollsenkungspläne sowie Ausnahmeregeln, etwa für besonders sensible Wirtschaftszweige der jeweiligen Nation.

Die EU ist für die gesamte Region, aber auch für Madagaskar selbst die anteilig größte Handelspartnerin und wichtiger Exportmarkt. Wichtigste Exportgüter Madagaskars in die EU sind Agrarprodukte und Textilien (vgl. Edmond 2019).

Die prozentual wichtigsten Handelspartner Madagaskars sind in den nachfolgenden Diagrammen aufgelistet.

Abbildungen 4 & 5:



Eigene Darstellung nach World Trade Organization 2023

6.3 EPA: Entstehung und Inhalt

Im Jahr 2002 starteten die Verhandlungen zu einem EPA, welches 2007 zwischen der EU und sechs der ESA-Staaten (den Komoren, Madagaskar, Mauritius, den Seychellen, Sambia und Simbabwe) abgeschlossen wurde. Das Abkommen wurde 2009 von vier der sechs Länder (Madagaskar, Mauritius, Sambia und Simbabwe) unterzeichnet und seit 2012 vorläufig angewendet. Knapp ein Jahr später gab das europäische Parlament seine Zustimmung. Auch

die Komoren sind mittlerweile Teil des EPA, sie haben den Vertrag 2017 unterzeichnet und seit 2019 in Anwendung. Diese fünf Staaten, die das iEPA ratifiziert haben (die Komoren, Madagaskar, Mauritius, Sambia und Simbabwe), werden auch als ESA-5 Staaten bezeichnet. Das Abkommen steht einem Beitritt aller weiteren ESA-Staaten offen (vgl. Europäische Kommission 2022; Zamfir 2018).

Das Abkommen gliedert sich in den Beschluss des Rates, die Auflistung der Vertragsparteien, die Präambel und sechs inhaltliche Kapitel. Diese umfassen: Kapitel I: Allgemeine Bestimmungen, Kapitel II: Regelung für den Warenverkehr, Kapitel III: Fischerei, Kapitel IV: Wirtschafts- und Entwicklungszusammenarbeit, Kapitel V: Für künftige Verhandlungen vorgesehene Bereiche und Kapitel VI: Streitvermeidung und -beilegung, institutionelle, allgemeine und Schlussbestimmungen. Den quantitativ größten Teil des 1176 Seiten starken Abkommens macht mit einem Umfang von 977 Seiten der Anhang II aus. Dieser beinhaltet detaillierte Liberalisierungspläne für die unterzeichnenden ESA-Staaten und stellt unter anderem in ausführlichen Tabellen die schrittweise Senkung der Importzölle von Waren aus der EU dar. Diese sind für jeden ESA-Staat und nach Warengruppen individuell aufgelistet, zielen aber alle auf eine komplette Zollfreiheit im Jahr 2022. Für jeden Staat gibt es wiederum länderspezifische Ausnahmen, die in Anhang III spezifiziert werden. Von besonderem inhaltlichen Interesse für die vorliegende Arbeit ist außerdem „Anhang IV: Entwicklungsmatrix“ (siehe dazu auch Kapitel 6.3.1.). Der Vertrag umfasst weiters zwei Protokolle und mehrere Schlussakte (vgl. INTERIMSABKOMMEN zur Festlegung eines Rahmens für ein Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen Staaten des östlichen und des südlichen Afrika einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits 2012).

6.3.1 Zielsetzungen

Die Präambel sowie das erste Kapitel des EPA umfassen Zielsetzungen und Bereiche der Zusammenarbeit. Die Ziele lassen sich in zwei Kategorien unterscheiden: formale und inhaltliche. Letztere finden sich auch in den folgenden Kapiteln II, III und IV. Hier werden die inhaltlichen Ziele zu den jeweiligen Themen (Regelung für den Wareverkehr, Fischerei, Wirtschafts- und Entwicklungszusammenarbeit) konkretisiert.

Die formalen Ziele umfassen vorrangig die Übereinstimmung mit anderen internationalen Verträgen. Besondere Erwähnung finden hierbei das Cotonou-Abkommen (vgl. ebd. S.3ff.) und das GATT (vgl. ebd. S.5). Ein weiterer Faktor sind zeitliche Verpflichtungen, zum einen zum Abschluss des Interimsabkommens, zum anderen für Neuverhandlungen über eine Vertiefung und Ausweitung desselben. Zu diesem Aspekt werden auch inhaltliche Themenfelder der Neuverhandlung formuliert. Diese umfassen unter anderem weitere Zollfragen und Handelserleichterungen, Dienstleistungshandel, Landwirtschaft, Kapitalverkehr und ein „ausgereiftes Streitbeilegungsverfahren [sowie] institutionelle Regelungen“ (ebd. S. 22).

Übergeordnete Ziele, die das Abkommen nennt, sind (ganz im Sinne des Cotonou-Abkommens) die regionale Integration sowie die Integration in den Weltmarkt der ESA-Staaten und die Armutsbekämpfung.

Dies soll unter anderem durch eine nachhaltige Entwicklung, Diversifizierung der ESA-Ökonomien, eine Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit und vor allem durch die Intensivierung der Handelsbeziehungen mit der EU erreicht werden. Letztere wird durch gegenseitige Liberalisierungen angestrebt, die verschiedene Maßnahmen im Bereich des Güter- und Warenverkehrs betreffen (siehe Kapitel 6.3.2.).

An vielen Stellen wird im Abkommen die Absicht der Zusammenarbeit in verschiedenen Wirtschaftsbereichen hervorgehoben. Spezifische Formen, das Ausmaß oder konkrete Meilensteine dieser Zusammenarbeit werden jedoch nicht genannt. Auch die zugesagten Finanzhilfen der EU werden in Höhe und Ausmaß nicht näher erläutert (vgl. ebd. S. 22).

Ein vorrangiges Themengebiet der Zusammenarbeit ist die Fischerei als zentraler Wirtschaftszweig aller ESA-Staaten. Die Zusammenarbeit zielt in diesem Bereich auf einen „Kompetenz- und Organisationsaufbau und [die] Erschließung von Exportmärkten“ (ebd. S. 14), darunter subsumieren sich Maßnahmen wie Infrastrukturausbau und gemeinsame Ausbildungsprogramme. In Kapitel IV „Wirtschafts- und Entwicklungszusammenarbeit“ werden weitere Gegenstände der Zusammenarbeit aufgelistet, unter anderem Forschung, Entwicklung, Innovation, Technologietransfer, Entwicklung der Privatwirtschaft, aber auch Umweltfragen und Gender-Mainstreaming. Der Anhang IV „Entwicklungsmatrix“ (vgl. ebd. S. 1014-1022) greift viele der genannten Punkte auf und betont besonders die Notwendigkeit einer nachhaltigen – auch explizit ökologisch nachhaltigen – Entwicklung. Dieser Abschnitt listet außerdem Maßnahmenbeispiele für die Erreichung der genannten Entwicklungsziele.

Diese sind jedoch ähnlich vage wie der Rest des Abkommens und enthalten keine klaren Aussagen etwa zu Finanzierung, Zuständigkeiten, Zeitplänen etc. (vgl. ebd.).

Des Weiteren sieht das Abkommen die Gründung eines EPA-Ausschusses aus Mitgliedern aller Vertragsparteien (auf EU-Seite Mitglieder des Rates und Vertreter der Kommission) vor, der „für die Verwaltung aller unter dieses Abkommen fallenden Angelegenheiten, einschließlich der [...] Entwicklungszusammenarbeit, und für die Durchführung aller in diesem Abkommen genannten Aufgaben“ zuständig ist (vgl. ebd. S.26). Außerdem entscheidet das Gremium über etwaige Änderungen des EPAs und wird in Streitfragen konsultiert. Kann im EPA-Ausschuss keine gemeinsame Lösung gefunden werden, wird ein Schiedsgericht angerufen. Dieses Verfahren ist ebenfalls im EPA geregelt.

6.3.2 Güter- und Warenverkehr

Die wichtigsten Regelungen des EPA zum Güter- und Warenverkehr zwischen den Vertragsparteien der ESA-Staaten einerseits und der EU andererseits umfassen verschiedene Themenbereiche. Nachfolgend werden die zentralen Maßnahmen der einzelnen Bereiche zusammengefasst.

Die vertraglichen Regelungen im Bereich „Zölle“ umfassen:

- Einen sofortigen zollfreien Marktzugang zur EU für Waren mit Ursprung in den ESA-Unterzeichnerstaaten;
- Die schrittweise Senkung und Abschaffung von Importzöllen der ESA-Staaten auf Waren aus der EU (mit Ausnahmen, etwa für sensible Wirtschaftsbereiche und kritische Infrastruktur);
- Eine beidseitig gültige Stillhalterregel, von den zuvor genannten Punkten ausgenommene Zolltarife nicht zu erhöhen;

Zu den „Nichttarifären Maßnahmen“ zählen:

- Das beidseitige Verbot mengenmäßiger Einfuhrbeschränkungen;
- Die Gleichbehandlung von aus der jeweils anderen Vertragspartei importierten Waren (etwa in Bezug auf Steuern und Regulierung)

Handelspolitische Schutzmaßnahmen bleiben unter Vorbehalten und zeitlicher Begrenzung weiterhin erlaubt. Sind solche Maßnahmen jedoch nicht im Einklang mit den im Abkommen spezifizierten Regeln oder werden von anderen Vertragsparteien als unverhältnismäßig angesehen, wird der EPA-Ausschuss angerufen.

Diese Regeln gelten jedoch nur für „Erzeugnisse mit Ursprung in“ der ESA-Region bzw. „Ursprungserzeugnisse“. In Protokoll 1 werden die Ursprungsregeln, die Waren aus den ESA-Staaten erfüllen müssen, um im Rahmen des Abkommens zollfrei in die EU exportiert werden zu können, beschrieben (vgl. ebd. S. 1023ff.).

6.3.3 Neuverhandlungen

Mit Kapitel IV des Interimsabkommens einigen sich die Vertragsparteien bereits darauf, sich erneut zu Verhandlungen zu treffen, mit dem Ziel, ein vollumfängliches EPA zu formulieren. Dieses soll das bestehende Abkommen vertiefen und um weitere Bereiche der wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit und Handelsliberalisierung erweitern. (vgl. ebd. S. 22)

Die Verhandlungen über eine Vertiefung des bestehenden EPAs starteten am 02.10.2019 in Mauritius auf Initiative der ESA-Staaten (vgl. Edmond 2019). Seitdem haben insgesamt zehn Verhandlungsrunden stattgefunden (vgl. Europäische Kommission o.J.). Delegierte der Vertragsparteien treffen sich in verschiedenen Konstellationen, um inhaltliche sowie technische Aspekte zu verhandeln. Das vierte Treffen im April 2021 war das erste in der Vertiefungsrunde, bei dessen Abschluss sich auch Vertreter auf Level hoher Beamter trafen.

Zu den meisten inhaltlichen Punkten bereiten beide Seiten schriftliche Entwürfe vor, auf deren Basis ein Kompromiss ausgehandelt wird. Diese „initial text proposals“ sind jedoch nur seitens der EU öffentlich zugänglich.

7 Analyse

In der folgenden Analyse sollen die sozialen Kräfteverhältnisse in der AFT-Politik der EU anhand des Beispiels des EPAs mit Madagaskar herausgearbeitet werden. Die Analyse gliedert sich hierzu entlang der HMPA in drei Teile. Im ersten Teil, der Kontextanalyse, wird der konkrete Vertrag in das historisch gewachsene Weltwirtschaftssystem und das spezifische Nord-Süd-Verhältnis eingebettet. Auch rechtliche Vorbedingungen und ihre Entwicklung für das EPA werden unter Einbeziehung der theoretischen Konzepte – allen voran dem neogramscianischen Hegemoniebegriff – beleuchtet. Im zweiten Teil, der Akteursanalyse, kommt besonders das theoretische Konzept der sozialen Kräfte zum Einsatz. Ziel ist es, relevante beteiligte AkteurInnen, ihre jeweiligen Interessen und Machtressourcen zu identifizieren. Der dritte Teil, die Prozessanalyse, gliedert sich in drei Unterpunkte. Untersucht werden die Entscheidungsfindungsprozesse in den Verhandlungsrunden über eine Vertiefung des EPA und der Inhalt des bestehenden Interimsabkommens. Auch die bisher absehbaren Auswirkungen und Folgen des Abkommens sollen hier skizziert werden. Die Ergebnisse werden in einem dritten Unterpunkt aus neogramscianischer Perspektive interpretiert und wiederum in Wechselwirkung zum hegemonialen Weltwirtschaftssystem betrachtet.

7.1 Kontextanalyse

Für die Kontextanalyse sollen drei relevante Achsen beleuchtet werden. Zum einen die spezifische Vulnerabilität Madagaskars als LDC mit seinen sozio-ökonomischen Besonderheiten und entwicklungspolitischen Kapazitäten und Bedürfnissen; zum anderen die historisch gewachsene institutionelle Verfasstheit der EU und ihre ebenfalls geschichtlich veränderte Strategie gegenüber den AKP-Staaten; und drittens das globale hegemoniale System einer neoliberalen Wirtschafts- und Lebensweise mit seinem spezifischen Nord-Süd-Verhältnis. Da diese Achsen sich in der Realität interdependent beeinflussen und einen komplexen Zusammenhang bilden, werden auch die Wechselwirkungen und jeweiligen Einflüsse aufeinander in jedem Unterkapitel miteinbezogen.

7.1.1 Vulnerabilität Madagaskars

Madagaskar hat als LDC mit verschiedenen sozio-ökonomischen Herausforderungen zu kämpfen. Eine wenig diversifizierte Wirtschaft, deren Wertschöpfung größtenteils auf der Landwirtschaft und dem An- bzw. Abbau und Verkauf primärer Rohstoffe basiert, macht das Land besonders anfällig für Folgen von Umweltkatastrophen und Preisschwankungen am Weltmarkt. Der EU External Action Service schreibt dazu:

“Madagascar is the 5th most vulnerable country to climate change and has faced for several years a multiplication of extreme events linked to climate variations, regularly prompting humanitarian emergencies. As agriculture is the main means of subsistence for a majority of Malagasy, poor harvests resulting from drought or floods worsen the food insecurity and malnutrition levels of a large part of the population” (vgl. European Union External Action Service 2021).

Ein Großteil der madagassischen Bevölkerung ist in der Landwirtschaft tätig. Mit einem Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt von 422 US-Dollar (das entspricht laut dem Human Development Index 2020 Platz 164 von 189) (vgl. UN World Food Programme 2023) und einem Bevölkerungsanteil von 80%, der in Armut lebt (vgl. Mulangu 2023), bedeuten Umweltkatastrophen und Ernteaufschläge nicht nur wirtschaftliche Einbußen, sondern Lebensmittelknappheiten und steigende Unterernährung. Das United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Aid ging im Jahr 2022 von 1,6 Millionen Menschen aus, die in Madagaskar auf unmittelbare humanitäre Unterstützung angewiesen waren (vgl. United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs o. J.).

Vor diesem Hintergrund kommt auch der finanziellen wie wirtschaftlichen Abhängigkeit Madagaskars von der EU (siehe Kapitel 6.2.) eine besondere Bedeutung zu. Das Land ist auf die Exporteinnahmen durch den Verkauf von Waren an die EU ebenso abhängig wie von Entwicklungshilfegeldern, die zu einem großen Teil ebenfalls aus der EU und ihren Mitgliedsstaaten stammen (vgl. z.B. BBC News 2011).

7.1.2 Die EU und ihre AKP-Politik

Als ehemalige französische Kolonie profitierte Madagaskar nach Erlangen seiner Unabhängigkeit 1960 von nicht-reziproken Handelspräferenzen der EU, die diese bis zum Abschluss des Cotonou-Abkommens allen AKP-Staaten gewährte (vgl. Brown 2000; Hurt 2003). Die entwicklungs- und handelspolitische Strategie der EU gegenüber den AKP-Staaten, wie auch die Entstehung und Entwicklung der Europäischen Union selbst waren und sind einem historischen Wandel unterworfen.

Erstere ist bereits in Kapitel 5.1. beschrieben, an dieser Stelle sollen wesentliche Punkte erneut aufgegriffen und in einem breiteren Kontext verortet werden. Eine kontinuierliche und schrittweise liberale Ausrichtung der EU-AKP-Beziehungen begann in den 1980er und 1990er Jahren mit den Überarbeitungen der Lomé Konventionen (v.a. Lomé II, III und IV). Der präferentielle Marktzugang der AKP-Staaten blieb aber weiterhin ein zentrales Merkmal. Einen veritablen Paradigmenwechsel identifizieren viele WissenschaftlerInnen mit dem Abschluss des Cotonou-Abkommens, das aufgrund negativer Urteile im Rahmen des GATT und der WTO verhandelt wurde. Die Urteile richteten sich gegen die bisherige Praxis des präferentiellen Marktzugangs, der eine positive Diskriminierung der AKP-Staaten gegenüber anderen Entwicklungsländern darstellte. Das Cotonou-Abkommen, dessen oberstes Ziel die WTO-Kompatibilität war und das regionale EPAs als neues Handelsregime vorgibt sowie die 2007 von der EU verabschiedete AFT-Strategie weisen einen deutlichen neoliberalen Kurswechsel auf. Beide stehen ganz im Zeichen der neoliberalen Freihandelsdoktrin und fordern bzw. propagieren Liberalisierungsmaßnahmen und Weltmarktintegration (vgl. Hurt 2012; Young und Peterson 2013). Bei dem damit einhergehenden Entwicklungsbegriff wird Fortschritt als Beseitigung technischer Handelshemmnisse verstanden und Entwicklung somit entpolitisiert. Durch Strukturanpassungen im Zuge der Liberalisierung beschränkt der Staat selbst seinen eigenen Handlungsspielraum in wirtschaftspolitischen Belangen. Auch dies ist Teil der neuen konstitutionalistischen Prozesse, die eine neoliberale Wirtschaftsordnung festschreiben.

Neben der wirtschaftlichen Entwicklung hat sich die EU die Armutsreduktion als oberstes Ziel ihrer Handels- und Entwicklungspolitik auf die Fahne geschrieben. Diese soll indirekt als Folge ökonomischer Entwicklung und Wirtschaftswachstum erreicht werden (auch dieser Aspekt

verdeutlicht das „technische“ Verständnis von Entwicklung) (vgl. z.B. Europäische Kommission, Directorate-General for International Partnerships 2021).

Insgesamt lässt sich feststellen, dass sich die EU-AKP-Beziehungen – rechtlich auf Basis der Cotonou-Abkommens und strategisch durch die AFT-Zielsetzung – gänzlich in einer (durch die EU) neoliberal-abgesteckten Arena abspielen.

Und auch intern hat die EU „spätestens seit Ende der 1980er Jahre [...] eine umfassende Neoliberalisierung erfahren“ (Van Apeldoorn, Drahokoupil, und Horn 2009, S. 4). Dies schlägt sich unter anderem in der institutionellen Ordnung der EU nieder. Die (Außen-)Handelspolitik etwa ist gemäß dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union alleinige EU-Kompetenz und liegt in der Verantwortung der Europäischen Kommission, deren Kompetenzen im Bereich des internationalen Handels mit dem Vertrag von Amsterdam 1999 noch erheblich ausgeweitet wurden. Dadurch wird die Handelspolitik der EU weitestgehend demokratischer Kontrolle entzogen. Ausgehend davon kann die vertragliche Verfasstheit der EU und ihrer Institutionen selbst als Ausdruck eines neuen Konstitutionalismus verstanden werden (vgl. Oberndorfer 2016).

Die Konsequenzen dessen spiegeln sich wiederum auch in der europäischen AFT-Politik. Die EPA-Verträge werden von der EU als Freihandelsabkommen eingestuft und unterliegen damit folglich der alleinigen EU-Kompetenz (DG-Trade). Dies kann auch als Begründung dafür herangezogen werden, dass die Kritik einzelner Mitgliedsstaaten an den EPAs bzw. an ihrer Durchsetzung in der Realität konsequenzlos blieb (denn die Europäische Kommission agiert unabhängig und weisungsfrei). Anders als die Handelspolitik ist die Entwicklungshilfe eine geteilte Kompetenz, ihre Zuständigkeit liegt daher sowohl bei der EU als auch bei den Mitgliedsstaaten, wobei auf EU-Ebene wiederum andere Institutionen als für die Handelsabkommen zuständig sind (wie etwa der EDF). Diese institutionelle Trennung dient der EU auch als Begründung, weshalb (finanzielle) Entwicklungshilfen im EPA nicht näher spezifiziert werden können (vgl. Europäische Kommission, Directorate-General for International Partnerships 2021).

7.1.3 Neoliberales Weltwirtschaftssystem

Wie das Beispiel der EU zeigt, wird die neoliberale Hegemonie im Sinne des neuen Konstitutionalismus in internationalen Verträgen und Organisationen festgeschrieben. Sie (co-)determiniert sowohl die inhaltliche Ausrichtung von Politiken als auch die institutionelle Verfasstheit dieser Organisationen. Das spiegelt sich (u.a.) in der EU wie auch in der WTO. Die neoliberale Doktrin beeinflusst somit die Beziehungen zwischen der EU und den AKP-Staaten sowohl direkt und materiell (auf Ebene der institutionellen Ordnung), als auch ideell durch die inhaltliche Ausrichtung und den spezifisch neoliberal geprägten Entwicklungsbegriff.

Innerhalb der hegemonialen Ordnung ist die EU einerseits selbst von Zwangselementen der neoliberalen Hegemonie betroffen. Dies zeigt sich etwa an der WTO-Beschwerden über die nicht-reziproken Handelspräferenzen für die AKP-Staaten unter früheren EU-Handelsregimen, die erst den Anstoß zur Verhandlung des Cotonou-Abkommens gaben und damit den Grundstein für die EPAs legten. Andererseits übt die EU selbst Zwang aus: Indirekt etwa durch die praktische Alternativlosigkeit der EPAs für viele AKP-Staaten, direkt z.B. durch zeitlichen Druck bei den EPA-Verhandlungen oder durch die Weigerung der Kommission den WTO-Waiver zu verlängern und inhaltlich, indem die EU ihren WTO+-Kurs durchsetzt. Dabei muss allerdings berücksichtigt werden, dass die Möglichkeiten, Einfluss auf die internationale Ordnung und damit auch das hegemoniale System zu nehmen, unterschiedlich verteilt sind. Die beteiligten Akteure wirken (in unterschiedlichem Maße) auf das hegemoniale System ein, das wiederum sie selbst und die Beziehung zueinander beeinflusst.

Denn auch andersherum wirken die Beziehungen zwischen der EU und den AKP-Staaten selbst auf das hegemoniale System ein. Im Falle der EPAs wird die neoliberale Hegemonie ausgeweitet, reproduziert und konsolidiert. EPAs als Handelsregime zwischen der EU und AKP-Staaten generell, wie auch in der inhaltlichen Ausgestaltung des EPAs zwischen der EU und Madagaskar entsprechen dem hegemonialen neoliberalen Handels- und Entwicklungsbegriff. Den EPAs liegt ein neoliberaler Entwicklungsbegriff zugrunde, der Entwicklung (primär) ökonomisch versteht und durch Instrumente wie Handelsliberalisierung, Weltmarktintegration, „unternehmensfreundliche“ Politiken, etc. verfolgt. In diesem Sinne können EPAs als Instrument des neuen Konstitutionalismus gedeutet werden, da sie neoliberale Politiken vertraglich fixieren, dadurch verrechtlichen und für zukünftige Entwicklungen festschreiben.

7.1.4 Zwischenfazit

Betrachtet man also den Kontext, in dem das EPA zwischen der EU und Madagaskar verhandelt wird und wurde, lassen sich in Bezug auf die sozialen Kräfteverhältnisse folgende Feststellungen treffen:

- Das Weltwirtschaftssystem wird von einem historischen Block geprägt, der neoliberale Marktintegration als hegemoniales Projekt vorantreibt. Diesen Block formen v.a. soziale Kräfte (Staaten, Think Thanks, internationale Organisationen etc.) des globalen Nordens. Als Teil (und wesentliche Triebkraft) dieser Allianz übt die EU einen ungleich größeren Einfluss auf das internationale System aus als Madagaskar. Ihre AFT-Strategie und die EPAs sind Teil, bzw. Mittel des hegemonialen Projekts dieses historischen Blocks. Damit hat die EU auch in den direkten Verhandlungen zu Madagaskar eine privilegierte und machtvolle Ausgangsposition inne.
- Die Verrechtlichung und vertragliche Festschreibungen neoliberaler Politiken im Sinne des neuen Konstitutionalismus, z.B. in der WTO, dem GATT und dem Cotonou-Abkommen zeichnet die Richtung zukünftiger Verhandlungen bereits vor. Dies schränkt den Verhandlungsspielraum Madagaskars gegenüber der EU weiter ein. Auch in den Prozessen des neuen Konstitutionalismus hat die EU aktiver als Madagaskar ihre Gestaltungsmacht eingebracht.
- Im direkten Gegenüber von EU und Madagaskar ist aufgrund unterschiedlicher sozio-ökonomischer Voraussetzungen ein drastisches einseitiges Abhängigkeitsverhältnis festzustellen.

Zusammenfassend kann die Bilanz gezogen werden, dass die sozialen Kräfteverhältnisse sowohl im globalen Kontext als auch in der direkten Beziehung zwischen der EU und Madagaskar klar zum Vorteil der EU gewichtet sind.

7.2 Akteursanalyse

Im Folgenden sollen relevante AkteurInnen sowohl auf Seiten der EU als auch auf Seiten Madagaskars identifiziert werden. AkteurInnen werden hier im neogramscianischen Sinne als soziale Kräfte verstanden, die sich (nach dem Verständnis von Stephen Gill) nicht (nur)

ausgehend von einem nationalstaatlichen Kontext manifestieren, sondern (auch) international wirken. An dieser Stelle setzt auch die HMPA an. Mit ihr lässt sich zum einen das weite Feld der sozialen Kräfte auf an der Aushandlung des EPA beteiligte AkteurInnen reduzieren; zum anderen trägt sie dem internationalen Verständnis von sozialen Kräften Rechnung, indem spezifische Koalitionen, Konfliktlinien und Kompromisse analysierbar werden. Die AkteurInnen werden entlang ihrer Interessen und Ziele im Sinne der HMPA verschiedenen Hegemonieprojekten zugeordnet (vgl. Buckel et al. 2014a, S. 46). Um diese Koalitionen und ihre Strategien zu analysieren, werden auch die Positionen der anderen ESA-Staaten miteinbezogen. Als weiterer Aspekt der HMPA werden im Unterkapitel 7.2.3. die unterschiedlichen Erwartungen an das EPA mit den jeweils zur Verfügung stehenden Machtressourcen in Beziehung gesetzt.

7.2.1 AkteurInnen und Interessen auf Seiten der EU

Auf Seiten der EU ist die Europäische Kommission, bzw. im Speziellen die DG Trade für die Aushandlung der EPAs verantwortlich. Trotz divergierender Interessen zwischen EU-Mitgliedsstaaten und -Institutionen, tritt diese nach außen hin als einheitliche Akteurin auf. Die Positionen der Kommission können als bereits geschlossener Kompromiss, bzw. als bereits ausgehandeltes Aggregat interner sozialer Kräfteverhältnisse verstanden werden. (siehe auch Kapitel 3.2.2.)

Eine Reihe staatlicher, aber vor allem nicht-staatlicher AkteurInnen kritisieren die EPA-Politik der EU. Im Zentrum dieser Kritik steht meist das konkrete Vorgehen der EU in den Verhandlungen, aber auch die rechtlichen Grundlagen der EPAs und deren Durchsetzung durch die EU sowie EPAs als Mittel der Entwicklungszusammenarbeit werden infrage gestellt.

“In the field of EPA negotiations, the EC has faced a broad coalition of NGOs from the North (Oxfam, Christian Aid), the South, northern parliamentarians, organizations of southern states. They stress the ethical issue and criticize EC’s forceful approach, the strategies to pressure adhesion of ACP countries, the lack of consideration to the interests of ACP countries, and highlight the disastrous effects of agreements for countries and their populations” (vgl. Merrien 2009, S. 35).

Trotz der genannten Kritikpunkte herrscht innerhalb der EU-Institutionen weitgehend Einigkeit in Bezug auf die EPAs. So wurde das Cotonou-Abkommen als Basis der EPA-Verhandlungen wie auch alle bisher abgeschlossenen EPAs und Interims-EPAs vom Europäischen Parlament unterzeichnet. Und auch der Rat erteilt seine Zustimmung, indem er als vorbereitende Institution der Kommission erst die Berechtigung zu Verhandlungen über die EPAs erteilt (vgl. Europäische Union. "Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union."; Rat der Europäischen Union. "Economic Partnership Agreements." Consilium.europa.eu.).

Die Ablehnung einzelner PolitikerInnen oder Fraktionen der EU-Mitgliedsstaaten blieb auch deshalb folgenlos, da ihnen durch die Klassifizierung der EPAs als Handelspolitik und damit alleiniger EU-Kompetenz die institutionelle Berechtigung fehlte, direkt Einfluss zu nehmen. Dass EPAs von politischen AkteurInnen innerhalb der EU – auch auf nationalstaatlicher Ebene – mehrheitlich befürwortet werden, zeigt auch der Umstand, dass entgegen der öffentlich geäußerten Kritik sämtliche bisherige EPAs sowohl im Europäischen Parlament verabschiedet als auch von allen EU-Mitgliedsstaaten ratifiziert wurden (Für das EPA zwischen der EU und den ESA-Staaten z.B. vgl. Europäische Kommission 2022).

Darüber hinaus wird trotz dieser vereinzelt Kritik an der konkreten Umsetzung der EPAs die grundsätzliche politische Strategie dahinter weder von politischen VertreterInnen der EU oder ihrer Mitgliedsstaaten noch von WirtschaftsvertreterInnen entscheidend in Frage gestellt.

Obgleich Wirtschaftsverbände den EPAs grundsätzlich positiv gegenüberstehen, lassen sich aufgrund geringer Interessen der europäischen Industrie an den AKP-Märkten in den Verhandlungen der EPAs wenig relevante Lobbyingaktivitäten beobachten (vgl. Curran, Nilsson, und Brew 2008).

Grundlegende Ablehnung gegenüber EPAs als Instrument der Handels- und Entwicklungszusammenarbeit kommt – wenn auch im öffentlichen Diskurs wenig präsent – von zivilgesellschaftlichen Organisationen. Dieser zivilgesellschaftliche Protest findet zumeist im Rahmen einer breiter angelegten Globalisierungskritik statt, wobei die EPAs vorrangig als FTAs in der Kritik stehen. An den Protesten gegen die EPAs sind auch afrikanische AkteurInnen

beteiligt, das Zentrum liegt dabei jedoch meist in Europa.² So haben etwa die Organisationen Attac, Brot für die Welt und Forum Umwelt und Entwicklung 2015 eine gemeinsame Speakers Tour im deutschsprachigen Raum zum Thema der EPAs organisiert (vgl. Attac Trägerverein e.V. o. J.).

Der Protest gegen die EPAs fand in der EU eher wenig öffentliche Aufmerksamkeit im Vergleich z. B. zu den TTIP-Protesten und blieb auch auf institutioneller Ebene unbeachtet. So kritisiert etwa Attac in einer Petition an die Abgeordneten in der Europäischen Union und Afrika, dass

„die Europäische Kommission eine Prüfung aller alternativen Vorschläge der Zivilgesellschaft abgelehnt [habe], nach denen die afrikanischen Länder ihre Handelsvorteile hätten behalten können, ohne zu einer Liberalisierung ihrer Märkte gezwungen zu werden“ (vgl. Appell von zivilgesellschaftlichen Organisationen an die Abgeordneten in der Europäischen Union und Afrika 2014).

Durch eingeschränkten Zugang zu Informationen gestaltet sich zivilgesellschaftliche Kontrolle zusätzlich schwierig. Das Institute of Development Studies und Centre for the Analysis of Regional Integration at Sussex (University of Sussex) etwa bemängeln in ihrem Report gänzlich fehlende und nicht zugänglich gemachte Informationen von Seiten der EU (vgl. Institute of Development Studies und Centre for the Analysis of Regional Integration at Sussex (University of Sussex) o. J.).

Insgesamt werden EPAs also von den Institutionen der EU stark beworben, von der überwiegenden Mehrheit ihrer Mitgliedsstaaten befürwortet und von einem Großteil der europäischen Bevölkerung zumindest stillschweigend mitgetragen. Die neoliberale Hegemonie wurde soweit verinnerlicht, dass das mit ihr einhergehende Verständnis von Entwicklung, wie es auch im Rahmen der EPAs zum Tragen kommt, nicht oder nur kaum hinterfragt wird.

Ausgehend von der vorangegangenen Schilderung der tatsächlichen Gestaltungsmacht der verschiedenen sozialen Kräfte ist die Europäische Kommission für diese Analyse die relevanteste Akteurin. Sie tritt nach außen geschlossen auf und verhandelt stellvertretend für die EU und ihre Mitgliedsstaaten. Damit suggeriert sie (trotz realer Unstimmigkeiten) die

² Für eine (maßgebliche) Beteiligung madagassischer Akteure an solchen internationalen Kampagnen oder organisierten Protest ausgehend von der madagassischen Zivilgesellschaft konnten keine Belege gefunden werden.

vollständige Befürwortung der EPAs von europäischer Seite, was ihr Verhandlungsgewicht erhöht.

Die Interessen der EU – definiert von und vertreten durch die Kommission – im Zuge der EPAs sind sowohl abstrakt/langfristig als auch konkret. Zum einen ist die Erweiterung des Marktes (bzw. Weltmarktintegration) ein zentrales Element ihres hegemonialen Projektes. Außerdem verfolgt die EU besonders in den afrikanischen Staaten das strategische Ziel, durch eigene Präsenz und vertragliche Bindungen den Einfluss Chinas in der Region zu mindern (vgl. Hurt 2012). Diese beiden Punkte helfen der EU, ihre Position am Weltmarkt und innerhalb des hegemonialen Systems auszubauen und relativ zu anderen AkteurInnen zu stärken. Zum anderen bieten die EPAs der EU ganz konkrete Vorteile, indem die schrittweise Marktliberalisierung in den AKP-Staaten EU-Exporte und Investitionen erleichtert. Auch das fördert wiederum die Wirtschaftskraft und globale Stellung der EU.

Da die EU im Vergleich zur Handelspolitik vor Cotonou keine neuen oder zusätzlichen Präferenzen gewährt (sondern im Gegenteil in der Zukunft selbst von solchen profitiert) und auch keine verbindlichen finanziellen Zusagen im Rahmen des EPAs macht, ist der Vertragsabschluss mit keinerlei unmittelbaren materiellen oder finanziellen Nachteilen für die EU verbunden.

Auf die für den Verhandlungsprozess nötigen Ressourcen soll in Kapitel 7.2.3. näher eingegangen werden.

7.2.2 Akteure und Interessen auf Seiten Madagaskars

Obwohl Madagaskar als LDC bereits unter dem EBA präferentiellen Marktzugang zur EU genießt, hat das Land – im Gegensatz zu vielen anderen AKP- und ESA-Staaten – ein Interims-EPA mit der EU abgeschlossen. In diesem Kontext müssen neben dem relativ geringen Mehrwert des EPAs gegenüber dem EBA auch die mit dem EPA verbundenen Kosten (u.a. für den Verhandlungsprozess) in eine Evaluierung einbezogen werden (vgl. Institute of Development Studies und Centre for the Analysis of Regional Integration at Sussex (University of Sussex) o. J., S. 11). Es ist also naheliegend, dass eine politische Initiative Anstoß zum Abschluss des EPA gegeben hat. Nach Einschätzung von Volatiana Andriamanalina, Economic

Counsellor in der madagassischen Botschaft Brüssel waren an dieser Initiative auch öffentliche und private Interessensgruppen beteiligt. Auch die Vertiefungsverhandlungen zu einem vollumfänglichen EPA zwischen der EU und den ESA-5 Staaten starteten auf Initiative der ESA-5 Staaten (vgl. Andriamanalina 2023a).

Das Interims-EPA wurde 2007 verhandelt, aber von Madagaskar erst im August 2009 ratifiziert. Sowohl die Verhandlungen als auch die Unterzeichnung fanden medial kein großes Interesse. Große madagassische Tageszeitungen berichteten kaum darüber und auch etwaige Reaktionen aus der Zivilgesellschaft oder der Privatwirtschaft wurden wenig referiert. Die mangelnde Berichterstattung und das Ausbleiben großer Protestbewegungen können allerdings zumindest teilweise sicherlich auf die zu diesem Zeitpunkt politisch sehr instabile Lage im Land zurückgeführt werden.

Seit Inkrafttreten des Interims-EPA dominiert eine positive Berichterstattung darüber in den madagassischen Medien. Auch PolitikerInnen äußerten sich in Interviews überwiegend positiv, verwiesen jedoch auf noch ungenutzte Potentiale der wirtschaftlichen und Entwicklungszusammenarbeit (vgl. z.B. Belalahy 2017; Navalona 2017).

Im Gegensatz zur DG Trade der EU gibt es in Madagaskar keine einzelne zentrale Stelle, die für die Verhandlungen über das vollumfängliche EPA zuständig ist. Die Verhandlungen werden geleitet vom Ministerium für Industrialisierung, Handel und Konsum, aber alle Ministerien, deren Themengebiete vom EPA berührt werden, sind ebenfalls in die Verhandlungen eingebunden (vgl. Andriamanalina 2023b).

Auch die wichtigsten VertreterInnen des madagassischen Privatsektors sowie einiger NGOs werden in den Verhandlungsprozess einbezogen. Hierzu gibt es jeweils Konsultationen vor und Berichte nach den Verhandlungsrunden (vgl. Andriamanalina 2023a).

Soziale Kräfte im Sinne von Klassen und Klassenfraktionen, die sich auf Seiten Madagaskars für ein EPA mit der EU einsetzten und auch an der Umsetzung aktiv beteiligt sind, sind vor allem politische und wirtschaftliche Eliten. Auch hier hat sich eine Koalition verschiedener AkteurInnen gebildet, die gemeinsam den Abschluss des EPAs forcieren (vgl. ebd.).

Hauptinteresse Madagaskars ist die Intensivierung des Handels mit der EU, die eine der wichtigsten HandelspartnerInnen des Landes ist. Gründe dies durch ein EPA (und nicht etwa unter dem EBA) zu verfolgen sind unter anderem flexiblere rules of origins unter dem EPA,

was die Exporte Madagaskars in die EU erleichtert und Unterstützungszusagen der EU im Rahmen der „wirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Zusammenarbeit“, die Teil des EPAs ist. In weiterer Folge erhoffen sich Politik und Privatsektor Madagaskars durch das Abkommen mit der EU eine Verbesserung der lokalen Wertschöpfungsketten, eine Diversifizierung der Wirtschaft, den Ausbau der Infrastruktur und insgesamt eine steigende Wettbewerbsfähigkeit (vgl. ebd.).

7.2.3 Interpretation: Erwartungen an das EPA und Machtressourcen

Entlang ihrer Interessen und Strategien lassen sich verschiedene soziale Kräfte in spezifischen Hegemonieprojekten zusammenfassen. Die erste Unterscheidungsachse bildet dabei die grundsätzliche Haltung zum EPA.

Ausgehend von ihren eigenen Initiativen, dem Cotonou-Abkommen und der AFT-Strategie befürwortet die EU allgemein die EPAs als Handelsregime. Prinzipiell ist der Vertrag von Cotonou wie auch alle bisherigen EPAs von den Mitgliedsstaaten ratifiziert worden und auch die EU-Institutionen haben ihr Einverständnis gegeben (im Falle des Rates durch Verhandlungsauftrag, im Falle des Parlaments durch Zustimmung).

Dadurch tritt die EU trotz Kritik einzelner Mitgliedsstaaten und zivilgesellschaftlicher AkteurInnen als einheitliche Akteurin auf. Besonders die zuständigen Abteilungen der EU-Kommission, allen voran die DG-Trade und der EEAS (EU External Action Service), engagieren sich für die Aushandlung und Umsetzung von EPAs. Allgemeine Informationen über die AFT-Strategie, Cotonou und die EPAs sowie Berichterstattungen über die konkreten Abkommen von diesen Stellen sind auf eine positive Außenwirkung abgestimmt. Das Interesse und die Kritik an EPAs sind innerhalb Europas allgemein eher gering. Aber auch auf Kritikpunkte aus Wissenschaft, Forschung oder von Seiten der AKP-Staaten wird nicht eingegangen. Aufgrund der Kompetenzverteilung und durch mangelnden normativen Druck anderer AkteurInnen, kann die verhandelnde DG-Trade als Repräsentantin der EU trotz allem nach Außen einen einheitlichen Kurs vertreten. Dieser Kurs forciert den Abschluss von vollumfänglichen EPAs mit möglichst vielen AKP-Staaten. Oberstes Ziel ist hierbei die WTO-Kompatibilität, sprich reziproke Handelsliberalisierungen. Strategisch wird dieses Ziel mit den SDGs verknüpft, allen

voran der Armutsbekämpfung. Die Vorstellung der EU, sieht die EPAs als Freihandelsabkommen mit entwicklungspolitischen Elementen, v.a. im wirtschaftlichen Bereich.

Innerhalb der Gruppe der AKP-Staaten ist das Bild keineswegs so homogen. Dass viele Staaten kein EPA abgeschlossen haben, kann nicht prinzipiell auf eine Ablehnung der EPAs zurückgeführt werden. Oft ist es schlicht die Kosten-Nutzen-Analyse, die ein EPA gegenüber anderen Alternativen (wie EBA, GSP oder GSP+) unattraktiv erscheinen lässt und/oder es fehlen Kompetenzen und Ressourcen für etwaige Verhandlungen. Einige AKP-Staaten (vor allem nicht-LDC, die ohne ein EPA ihre Handelspräferenzen verlieren würden und daher stärker unter Druck stehen, EPAs abzuschließen) üben aber auch harsche Kritik an den EPAs. Tansanias ehemaliger Präsident John Magufuli etwa nannte die EPAs „eine weitere Form des Kolonialismus“ (The Citizen 2021). Neben dieser offenen Kritik zieht das Gesamtbild, in dem lediglich 32 von 79 AKP-Staaten überhaupt EPAs abgeschlossen haben (und davon nur ein vollumfängliches) (vgl. Europäische Kommission o. J.) die EU-Darstellung der EPAs als „Mittel der Wahl“ in der Entwicklungszusammenarbeit stark in Zweifel.

Die AKP-Staaten insgesamt wie auch die regionalen Gruppierungen (mit Ausnahme vielleicht der CARIFORUM-Gruppe) stehen nicht geschlossen für EPA-Abschlüsse und auch unter denjenigen Staaten, die sich für ein Abkommen aussprechen, gibt es bezüglich des Inhaltes und der Zielsetzungen Diskrepanzen (vgl. Fritz 2017). Diese treten auch in der ESA-Gruppe zu Tage, von deren elf Mitgliedern nur fünf ein iEPA abgeschlossen haben und nun in Verhandlung über eine Vertiefung des Abkommens mit der EU beteiligt sind. Diese fünf vertreten nach Angaben von Volatiana Andriamanalina in den Verhandlungen mit der EU einen gemeinsamen inhaltlichen Kurs. Diese Annahme wird auch durch den Umstand, dass die ESA-5 Staaten ein gemeinsames Positionspapier zur Verhandlungsrunde im März 2023 verfassten, gestützt (vgl. Andriamanalina 2023a, 2023b).

Innerhalb der ESA-Gruppe gibt es folglich zwei Koalitionen, die sich entlang der grundsätzlichen Einstellung (Zustimmung oder Ablehnung) zum EPA formen. Die BefürworterInnen gehen auch auf der inhaltlichen Ebene eine Koalition ein.

Trotz heterogener Interessen und AkteurInnenkonstellationen sowohl auf Seiten der EU als auch auf Seiten Madagaskars, dominieren jeweils die BefürworterInnen des EPAs. Diese (und

BefürworterInnen der anderen ESA-5 Staaten) treffen in den direkten Verhandlungen aufeinander.

Während sich beide Vertragsparteien nach außen als VertreterInnen homogener Interessen präsentieren, gehen die jeweiligen Koalitionen mit teils sehr unterschiedlichen Interessen und Erwartungen in die Verhandlungen. Kritische Themen, bei denen Uneinigkeiten zwischen den verhandelnden Parteien bestehen, sind nach Angabe von Volatiana Andriamanalina

„die wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Handel und nachhaltige Entwicklung, öffentliches Beschaffungswesen, geistiges Eigentum, Dienstleistungen und Investitionen, da [die ESA-Staaten hier] ehrgeizige Verpflichtungen eingehen müssen, die sie nur schwer einhalten können“ (Andriamanalina 2023a).

Der grundlegendste und themenübergreifende Konflikt betrifft jedoch die Finanzierung: Während sich die EU (von Anfang an) den Abschluss von „comprehensive trade agreements“ erwartet, pochen die AKP-Staaten auf verbindliche Zusagen über „development finance“ (vgl. Institute of Development Studies und Centre for the Analysis of Regional Integration at Sussex (University of Sussex) o. J.). Die EU verweist im Zuge dessen auf die Kompetenzverteilung (EPAs als FTAs alleinige EU-Kompetenz in der Zuständigkeit der DG-Trade / (finanzielle) Entwicklungshilfe geteilte Kompetenz), wegen derer monetäre Zuwendungen nicht im EPA spezifiziert werden können. Die ESA-Staaten wiederum kritisieren die konzeptionelle Verkürzung des Entwicklungsbegriffes auf Handelsliberalisierungen, wie er von der EU u.a. im Rahmen der EPAs praktiziert wird. Sie sehen konkrete finanzielle Unterstützung im Rahmen des Vertrages als notwendig an, um das Abkommen überhaupt umsetzen und davon profitieren zu können (vgl. Andriamanalina 2023a; Europäische Kommission 2022b).

Trotz dieser unterschiedlichen Erwartungen und Grundhaltungen dominieren auf beiden Seiten der Vertragspartner AkteurInnen / soziale Kräfte, die eine Entwicklung entsprechend dem neoliberalen Entwicklungsbegriff prinzipiell befürworten und innerhalb des Rahmens der EPAs verhandeln wollen.

Neben den Erwartungen an das EPA unterscheiden sich die AkteurInnen auch maßgeblich in den ihnen zur Verfügung stehenden Machtressourcen. Die EU verfügt gegenüber Madagaskar unter anderem über mehr Ressourcen (sowohl Geld als auch Personal), mehr Expertise in den Fachbereichen des Abkommens und mehr Verhandlungserfahrung. Diese Machtressourcen

lassen sich nach der HMPA in vier analytische Kategorien einteilen. Erstens die organisatorischen Ressourcen. Diese umfassen unter anderem

„Bükratien (Zahl und Qualifizierung von Angestellten), Kontaktnetzwerke beziehungsweise Zugang zu Medien, Staatsapparaten, Eliten (soziales Kapital); finanzielle Ressourcen; Wissen/kulturelles Kapital, aber auch die Fähigkeit Gewalt anzudrohen oder anzuwenden. Diese unterschiedlichen Ressourcen sind mehr oder weniger direkte Charakteristika, Fähigkeiten oder Attribute von Akteur_innen selbst und können von ihnen vergleichsweise unkompliziert eingesetzt oder mobilisiert werden. Zu den kontingenten organisatorischen Ressourcen gehört auch der Erfindungsreichtum bezüglich des taktischen Vorgehens, zur Wahl des richtigen Zeitpunktes und des Geschicks in der Umsetzung“ (Buckel et al. 2014a, S. 49).

Die EU selbst kann als Kontaktnetzwerk verstanden werden, indem sie Zugang zu Medien, sozialem und kulturellem Kapital in 27 (bzw. vormalig 28) Staaten genießt. Innerhalb ihrer eigenen Institutionen verfügt sie außerdem über eine Vielzahl hochqualifizierter MitarbeiterInnen sowie finanziellen Ressourcen. Allein durch den Umstand, dass die ESA-Staaten lediglich auf Ressourcen aus fünf Ländern zurückgreifen können, stellt gegenüber der EU bereits einen Nachteil dar. Hinzu kommt, dass es den ESA-Staaten (besonders mit Hinblick auf die Verhandlungsgegenstände des EPAs) an eben diesen Ressourcen mangelt. So fehlt es etwa an Fachkenntnissen der jeweiligen Bereiche sowie an finanziellen und technischen Kapazitäten, was es den ESA-Staaten erschwert, Auswirkungen der Verpflichtungen im Rahmen des EPAs adäquat einzuschätzen (vgl. Andriamanalina 2023a). Aufgrund des einseitigen wirtschaftlichen und finanziellen Abhängigkeitsverhältnisses hat die EU darüber hinaus – und im Gegensatz zu Madagaskar – ein Drohpotential. Die EU setzt ihre Vormachtstellung bei der Verteilung der organisatorischen Ressourcen zudem taktisch ein, indem sie etwa enge Zeitpläne und Deadlines setzt, die den ESA-Staaten wenig Zeit für interne Beratungen lassen (vgl. ebd.).

Die zweite Kategorie beschreibt die systemischen Ressourcen, diese umfassen „die Fähigkeit von Akteur_innen, Entscheidungen zu treffen, die systemrelevante Konsequenzen haben“ (Buckel et al. 2014a, S. 50).

Bezogen auf das Fallbeispiel dieser Arbeit könnte dies etwa die Entscheidung über den Abbruch der Verhandlungen über das EPA bedeutet. Während beide Seiten grundsätzlich die

Möglichkeit haben, eine solche Entscheidung zu treffen, d.h. beide Parteien konfliktfähig sind, sind die systemrelevanten Auswirkungen sehr einseitig verteilt. Während die EU Madagaskars wichtigste Handelspartnerin ist – sowohl in Bezug auf Exporte als auch Importe – fallen diese Handelsbeziehungen auf Seiten der EU weit weniger ins Gewicht: lediglich 0,04% der europäischen Importe stammen aus Madagaskar, bei den Exporten sind es sogar nur 0,03% die nach Madagaskar gehen (eigene Berechnung, Daten von: (Europäische Kommission - Access2Markets o. J.)). Madagaskar hätte dementsprechend mit sehr viel weitreichenderen Folgen zu rechnen als die EU, sollte das Handelssystem gestört werden. Und obwohl wie oben beschrieben beide Parteien konfliktfähig sind, sind auch hier die Möglichkeiten ungleich verteilt: Madagaskar kann nur Einfluss auf das eigene EPA (bzw. auf die eigene Beteiligung am EPA zwischen der EU und den ESA-Staaten) nehmen, während die EU (zumindest theoretisch) das Potential hat, das gesamte Handelsregime (wie in Cotonou festgelegt, die EPAs und AFTs allgemein) zu ändern.

Betrachtet man also die Beziehungen und das einseitige Abhängigkeitsverhältnis zwischen Madagaskar und der EU, kann der EU folglich zweifelsohne auch eine Vormachtstellung, betreffend der systemischen Ressourcen attestiert werden.

Drittens die diskursiven, ideologische und symbolischen Ressourcen:

„Damit [ist] die Fähigkeit von Akteur_innen [gemeint], ihre Anliegen, Interessen, Vorschläge, Strategien mit akzeptierten, anerkannten Diskursen mit hohem symbolischen Kapital zu verbinden [...]. Diskursive oder symbolische Ressourcen beschreiben die Fähigkeit, die eigene Situationsanalyse, die Ziele und Strategien in einer Weise zu artikulieren, die akzeptiert ist, die durch möglichst große Gesellschaftsteile oder entscheidende Akteur_innen, soziale Kräfte oder Institutionen anerkannt ist. Wenn es Akteur_innen gelingt, ihre spezifischen politischen Projekte mit vertrauten Symbolen, dominanten Diskursen oder Massenloyalität zu verbinden, dann wird ihre Stellung im gesellschaftlichen Kräfteverhältnis gestärkt“ (Buckel et al. 2014a, S. 50).

Die EU verbindet ihren außenhandelspolitischen Kurs inklusive der EPAs diskursiv durch die AFT-Strategie mit den UN-Nachhaltigkeitszielen (vgl. Padurariu 2021). Als Teil der von allen UN-Staaten anerkannten Agenda 2030 können diese als breit akzeptierter Diskurs bezeichnet werden. Aufgrund des hohen Stellenwertes des SDGs in lokalen, nationalen und inter-

/transnationalen Politiken sowie auch in der Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft kann ihnen auch eine hohe Symbolkraft zugeschrieben werden. Insgesamt kreiert die Klassifizierung bzw. das Framing der EPAs als entwicklungspolitisches Projekt Konsens, da damit dominante Diskurse und Loyalitäten angesprochen werden. Mit ihrem Begriff von Entwicklung bewegt sich die EU innerhalb des breit akzeptierten und anerkannten (hegemonialen!) Diskurses des Neoliberalismus.

Auch Madagaskar und die restlichen ESA-5 Staaten bewegen sich mit ihren Argumentationen innerhalb akzeptierter Diskurse, können diese aber weniger für sich vereinnahmen und stoßen vor allem bei der Hegemonie des Neoliberalismus auf Widersprüche.

Bei den diskursiven, ideologischen und symbolischen Ressourcen ist demnach ebenfalls ein Ungleichgewicht zugunsten der EU zu beobachten, wenn auch weniger ausgeprägt als im Falle der organisatorischen und systemischen Ressourcen.

Die vierte Kategorie der Machtressourcen sind nach Buckel et al. die „[i]nstitutionelle[n] beziehungsweise strategische[n]-strukturelle[n] Selektivitäten“ (Buckel et al. 2014a, S. 50f.). Institutionelle Selektivitäten werden dabei als Ergebnisse früherer gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse verstanden, „die in Gesetzen, Regeln, Normen, Staatsapparaten, Verwaltungsvorschriften, Märkten oder anderen Institutionen [sowie] in Alltagspraktiken und Dispositiven“ verankert sind (ebd., S. 51). Eine hohe Übereinstimmung mit institutionellen Selektivitäten erleichtert die Durchsetzung eines Hegemonieprojektes zu einem hegemonialen Projekt. Die AkteurInnen dieses Projektes können dementsprechend die institutionellen Selektivitäten als Machtressource nutzen (vgl. ebd.).

Die hegemoniale Stellung des Neoliberalismus, welche sich auch in Alltagspraktiken und Dispositiven niederschlägt unterstützt die Verhandlungspositionen der EU. Ein Beispiel hierfür wäre die weithin verbreitete Betonung der Eigenverantwortung in Bezug auf (ökonomischen) Erfolg. Diese Form der institutionellen Selektivitäten ist als Machtressource in Form eines Potentials in der Gesellschaft verankert, auf welches die AkteurInnen ohne zusätzlichen Einsatz von Ressourcen zugreifen können, um direkt und/oder indirekt ihre Positionen zu legitimieren und zu stärken. Sowohl die EU als auch Madagaskar und die restlichen ESA-5 Staaten haben prinzipiell Zugang, um diese Machtressource z.B. diskursiv in den Verhandlungen zu nutzen. Insgesamt stützen die institutionellen Selektivitäten primär den

Standpunkt pro-EPA, den beide Verhandlungsseiten teilen, begünstigen jedoch die spezifische Auslegung der EU.

Auch von der Festschreibung neoliberalen Praktiken und Logiken in Staatsapparaten (z.B. der EU selbst), den Märkten, Gesetzen (z.B. Cotonou-Abkommen) oder internationalen Institutionen (z.B. WTO) profitiert besonders die EU und nutzt diese aktiv.

Zusammenfassend kann in allen vier von der HMPA definierten Kategorien von Machtressourcen eine Dominanz der EU gegenüber Madagaskar und den ESA-Staaten beobachtet werden. Es handelt sich somit um ein multidimensionales Kräfteverhältnis, in dem die EU ungleich mehr von eigenen und gesamtgesellschaftlichen Ressourcen profitiert. Die Machtressourcen der EU zeigen sich auch darin, dass sie eine breite Koalition sozialer Kräfte, die den EPAs ablehnend gegenüber stehen aus dem Diskurs ausschließt. Ihre Forderungen finden keinen Eingang in die Verhandlungen und Ausgestaltung der EPAs (nicht einmal eine Adaption im Sinne des *Trasformismo*) – geschweige denn eine Abkehr von EPAs als Instrument der Handels- und Entwicklungspolitik.

7.3 Prozessanalyse

Das folgende Kapitel widmet sich ausgehend von der vorangegangenen Kontext- und Akteursanalyse den Verhandlungsprozessen um das Interims-EPA und das vollumfängliche EPA.

Die AkteurInnen teilen das politische Projekt des Abschlusses eines EPAs. Konflikte ergeben sich rund um die konkrete inhaltliche Ausgestaltung des Abkommens und manifestieren sich in den Verhandlungen. Strategien zur Durchsetzung der jeweils eigenen Interessen und Einsatz der im vorangegangenen Kapitel untersuchten Machtressourcen werden im folgenden Unterkapitel analysiert, das sich den Verhandlungen um das iEPA und das vollumfängliche EPA widmet. Das iEPA als (vorläufige) Verdichtung der Kräfteverhältnisse wird im zweiten Unterpunkt genauer beleuchtet.

7.3.1 Verhandlungen zum IEPA und Vertiefung

VertreterInnen der EU und der ESA-5 Staaten treffen sich in regelmäßigen Abständen zu Verhandlungsrunden, bei denen Entwürfe diskutiert werden. In diesem Setting zeigt sich besonders das Ungleichgewicht hinsichtlich der organisatorischen Ressourcen.

Die EU hat bereits Erfahrung in der Aushandlung von EPAs und FTAs und verfügt über ausreichend Personal mit der nötigen Fachexpertise, um sich auf die Verhandlungen adäquat vorzubereiten. Darüber hinaus liegt die Verhandlungsführung zentral bei der DG-Trade als einziger aktiv an den Verhandlungen beteiligten Akteurin. Die strategischen und inhaltlichen Ziele, die sie dabei vertritt, sind als Aggregat der inner-europäischen Kräfteverhältnisse bereits weitestgehend im Vorhinein definiert und festgelegt.

Demgegenüber beklagt etwa Andriamanalina, dass es den ESA-Staaten in den meisten Themenbereichen des EPAs an Kapazitäten mangelt, um an den Verhandlungen adäquat teilzuhaben. Dazu gehören mangelnde und/oder fehlende Kenntnisse der Fachbereiche, was – gemeinsam mit fehlender Erfahrung mit Abkommen dieser Art – eine realistische Bewertung der Inhalte und ihrer Auswirkungen/Folgen erschwert. Mangelnde finanzielle Ressourcen verhindern dabei außerdem diesen Wissens- und Erfahrungs-Gap durch externes Know-How auszugleichen. Gerade in den technischen Bereichen des Abkommens hatte die EU daher ihre Unterstützung bei den Verhandlungen und den Vorbereitungen zugesagt. Diese scheint jedoch nicht die Bedürfnisse und Erwartungen der ESA-Staaten zu erfüllen (vgl. Andriamanalina 2023a).

Zum einen aus den oben genannten Gründen, zum anderen da alle fünf Staaten an den Verhandlungen beteiligt sind und auch staatenintern keine zentrale Stelle die alleinige Verantwortung für die Verhandlungen trägt, haben die ESA-5 Staaten einen erhöhten Beratungsbedarf. Die interne Abstimmung zwischen betroffenen Ministerien, die von Andriamanalina erwähnten Konsultationen mit VertreterInnen der Zivilgesellschaft und der Privatwirtschaft sowie die gemeinsame Positionsfindung mit den anderen ESA-Staaten nehmen neben den organisatorischen Ressourcen auch erhebliche Zeitressourcen in Anspruch.

Durch engbemessene Zeitpläne Druck auf die Verhandlungspartner aufzubauen und dadurch Entscheidungen zu erzwingen, wird durch die EU gezielt und strategisch eingesetzt. Sowohl

bei den im Cotonou-Abkommen³ festgesetzten Fristen, (die zum Abschluss von interims-EPAs führten, da sie für die Verhandlung von vollumfänglichen Abkommen zu kurz angesetzt waren,) (vgl. Aurre, Jaén, und Tola 2014) als auch bei den Verhandlungsrunden zur Vertiefung des bestehenden iEPAs beklagen die AKP-Staaten zu enge Zeitpläne (vgl. ebd.; Andriamanalina 2023a).

Die ESA-5 Staaten müssen vor jeder Verhandlungsrunde Abstimmungen treffen und gemeinsame Positionen beschließen. Dies wird (potentiell) durch weitere von der EU bestimmte Faktoren erschwert. Zum einen wurde die Gruppe der ESA-Staaten von der EU definiert. Die Einteilung in Gruppen, mit denen EPAs verhandelt werden (sollen) lässt bisherige Handelsbeziehungen zwischen den AKP-Staaten und Mitgliedschaften in bestehenden Gruppen (wie z.B. COMESA, SADC) außer Acht. Dies kann zu Interessenskonflikten einzelner Staaten in Bezug auf verschiedene Vertragssysteme oder zwischen Staaten führen. Zum anderen können die länderspezifischen Regelungen im iEPA bzw. EPA den Zusammenhalt und die Einigkeit zwischen den ESA-Staaten schwächen oder gefährden, indem sie – zumindest temporär – relative Vorteile einzelner Vertragsstaaten gegenüber den anderen bieten.

Die länderspezifischen Regelungen betreffend die Zolllsenkungen können zum einen als Strategie gedeutet werden, Konsens zu erzeugen, indem (scheinbar) auf die Bedürfnisse jeder Vertragspartei eingegangen wird. Zum anderen kann man darin auch eine weitere Vereinzelung und Isolierung der ESA-Staaten und damit eine Schwächung gegenüber der EU sehen, wie sie auch die Einteilung der Verhandlungsgruppen bereits bewirkt.

Die EU hat folglich verschiedene Strategien, ihre Machtressourcen (bzw. ihre Position relativer Stärke gegenüber den ESA-Staaten) taktisch einzusetzen und ihre Interessen durchzusetzen. Dies ist jedoch keinesfalls gleichzusetzen mit einer völligen Dominanz der EU in den Verhandlungen. Eine Entwicklung in den Verhandlungsrunden zum Vertiefungsabkommen, die als Beispiel für die Durchsetzungsfähigkeit der ESA-Staaten gedeutet werden kann, soll im Folgenden kurz dargestellt werden. Unter dem Titel „Economic and Development Cooperation“ wurde in der vierten Verhandlungsrunde ein Kapitel zur Unterstützung – auch finanzielle Unterstützung – durch die EU bei der Implementierung der vertieften EPAs

³ Auch die Entstehung des Cotonou-Abkommens selbst könnte unter einer weitergefassten Fragenstellung im Rahmen der HMPA als Konfliktphase innerhalb der Prozessanalyse betrachtet werden.

verhandelt. In der Zusammenfassung der EU werden vor allem Gemeinsamkeiten zu diesem Thema hervorgehoben:

„Both sides [...] agreed with the principle that beyond the economic scope, the EPA must contribute to sustainable development of the countries. The EU confirmed its readiness to mobilise support for the implementation of the deepened EPA [...] and showed alignment to a certain extent with the themes presented in the ESA5's proposal. ESA5 welcomed the presentations of the programming priorities and emphasised the need to create clear linkages between the EPA and the financial support to be provided by the EU. The EU reassured ESA5 that these linkages would be found and developed with the appropriate provisions in the text [...]“ (Europäische Kommission 2022b).

Bis die EU in der fünften Verhandlungsrunde den Titel eigenmächtig im „Means of Implementation“ änderte und die vorherigen Zusagen mit folgendem Verweis relativierte:

„[T]he EU explained the importance to align to the Post-Cotonou framework, to frame support around the existing partnership framework, and to ensure a more pragmatic and “fit for purpose” text that focuses on the specific needs for the implementation of the agreement provisions“ (Europäische Kommission 2022c).

Dies löste in den folgenden Verhandlungen harschen Widerspruch der ESA-5 Staaten aus. Ab der achten Verhandlungsrunde wird das Kapitel in sämtlichen Entwürfen der EU wieder unter dem ursprünglichen Titel „Economic Development Cooperation“ geführt, die Unterstützungszusagen der EU bleiben allerdings verhaltener als zu Beginn. Mit Verweis auf geteilte Kompetenzen in der EU werden etwa die Erwartungen an finanzielle Unterstützung gedämpft, explizit angeboten werden hingegen „technical assistance and capacity building projects“ (Europäische Kommission 2022d).

Laut Andriamanalina war genau der Aspekt der Verankerung von Wirtschafts- und Entwicklungszusammenarbeit ausschlaggebend, ein EPA zu verhandeln und nicht etwa unter dem EBA mit der EU Handel zu treiben. Dieser Themenkomplex ist zugleich eine absolute Priorität der ESA-Staaten als auch einer der inhaltlich umstrittensten (zwischen ESA und EU) (vgl. Andriamanalina 2023a). Dass die ESA-Staaten sich gerade in diesem Punkt durchsetzen konnten, ist folglich nicht zu unterschätzen.

Auch muss mitbedacht werden, dass die Verhandlungen zur Vertiefung des Abkommens auf Initiative der ESA-Staaten gestartet wurden (vgl. Navalona 2019). Dies ist zwar per se noch kein Zeichen der Durchsetzungsfähigkeit der ESA-Staaten (da sie in diesem Punkt mit den Interessen der EU übereinstimmen), unterstreicht aber die Rolle der ESA-Staaten als proaktive und gestaltende Akteure.

7.3.2 Verankerung konkreter Interessen im iEPA

Insgesamt auffallend im gesamten Gesetzestext des iEPAs ist, dass Ziele und Bereiche der Zusammenarbeit zwar umfassend formuliert werden, aber nicht in Verbindung mit konkreten Maßnahmen, Zahlen, Daten etc. gesetzt werden. Lediglich im Anhang IV werden Maßnahmenbeispiele angeführt, aber auch diese sind nicht im Detail ausgeführt oder verbindlich. Das Abkommen liest sich in diesen Bereichen eher wie eine gemeinsame Absichtserklärung als ein rechtsverbindliches Dokument. In verschiedensten Bereichen wird „Unterstützung“ versprochen, jedoch wird weder spezifiziert, von wem, noch in welcher Art diese Unterstützung gewährleistet wird. Auch ein zeitlicher Rahmen wird nicht vorgegeben (vgl. INTERIMSABKOMMEN zur Festlegung eines Rahmens für ein Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen Staaten des östlichen und des südlichen Afrika einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits 2012).

Umso konkreter und umfangreicher sind dafür die Liberalisierungspläne für die ESA-Staaten (mit genauen Zeitplänen zur Reduktion der Zolltarife für jede spezifische Warengruppe etc.). Sowohl aus der detaillierten Ausführung als auch aus der quantitativen Gewichtung (die Liberalisierungspläne machen ca. 83% der Seitenstärke des gesamten Dokumentes aus), lässt sich ein Fokus auf wirtschaftliche Liberalisierungsmaßnahmen gegenüber entwicklungspolitischen Maßnahmen ableiten. Darüber hinaus wird humanitäre Entwicklung mit keiner Silbe explizit erwähnt, sondern höchstens als Folge der wirtschaftlichen Entwicklung angedeutet (z.B. durch die Erklärung der Armutsreduktion als oberstes Ziel des Abkommens) (vgl. ebd.). Ein weiteres Beispiel, das diesen Aspekt sehr gut verdeutlicht ist die Wasserversorgung. In der Entwicklungsmatrix wird die „Wasserversorgung für die Produktion“ als Schwerpunktbereich der Infrastrukturentwicklung angegeben (vgl. ebd. S. 1014f.). Gleichzeitig haben in Madagaskar nur 27,7% der Bevölkerung Zugang zu sauberem

Trinkwasser (Stand 2018) (vgl. INSTAT Madagascar – Institut National de la Statistique). Die Wasserversorgung der Zivilgesellschaft ist nicht Teil des Abkommens.

Formal gesehen haben somit die Interessen beider Vertragsparteien Eingang in das Abkommen gefunden. Allerdings ist auffällig, dass gerade die Aspekte, von denen primär die EU profitiert bei Weitem detaillierter ausformuliert sind und vor allem die ESA-5 Staaten konkrete Verpflichtungen eingehen, während die Passagen zu Verbindlichkeiten der EU vage verfasst sind und Interpretationsspielräume offenlassen. Während der Abschluss des iEPAs per se als beidseitiger Verhandlungserfolg gewertet werden kann, baut der Inhalt eher einseitigen Handlungsdruck auf die ESA-Staaten auf.

7.3.3 Auswirkungen des iEPAs bisher

Seit Abschluss der iEPAs sind sowohl die Exporte Madagaskars in die EU als auch die Importe aus der EU nach Madagaskar gestiegen. Insgesamt hat Madagaskar im Warenaustausch mit der EU eine positive Handelsbilanz (vgl. Navalona 2019).

„Allerdings steht Madagaskar bei der Eroberung neuer Märkte, insbesondere der Europäischen Union, aufgrund der nichttarifären Handelshemmnisse und der sehr anspruchsvollen europäischen Normen vor zahlreichen Herausforderungen. Es müssen noch viele Anstrengungen unternommen werden, um unser Angebot sowohl in qualitativer als auch in quantitativer Hinsicht zu verbessern.“, zitiert die madagassische Tageszeitung *midimadagasikara* den damaligen Minister für Handel und Verbraucherschutz, Armand Tazafy (Navalona 2017).

Abgesehen von diesen strukturellen Faktoren, die madagassische Exporte in die EU erschweren, kämpft Madagaskar in Folge des iEPAs besonders mit einem hohen Haushaltsdefizit durch fehlende Staatseinnahmen aufgrund von Importsteuersenkungen und -abschaffung (vgl. Andrianaivonirina 2017). Die finanziellen Defizite können außerdem nicht (unmittelbar) ausgeglichen werden, da langwierige Verfahren zur Freigabe der von der Europäischen Union gewährten Mittel notwendig sind (vgl. Antsa 2017).

Die tendenziell positiven ökonomischen Effekte des iEPAs werden also durch nichttarifäre Handelshemmnisse und mangelnde Finanzierung erheblich eingeschränkt. Im Bereich der

humanitären Entwicklung sind außerdem kaum Verbesserungen seit dem Abschluss des iEPAs zu verzeichnen (vgl. Human Development Index).

Da zum Zeitpunkt der Untersuchung die Zollsenkungen noch nicht zur Gänze implementiert waren, ist darüber hinaus eine finale Einschätzung der wirtschaftlichen Folgen für Madagaskar nur eingeschränkt möglich. Es ist jedoch davon auszugehen, dass sich insbesondere das Haushaltsdefizit infolgedessen weiter erhöht und daher dringend erforderliche staatliche Investitionen nicht getätigt werden können. Auch weitere Staatskredite sind im Bereich des Möglichen, wobei eine Kreditvergabe z.B. durch die WTO an weitere Strukturanpassungsmaßnahmen geknüpft werden könnte.

7.3.4 Zwischenfazit: Interpretation des EPAs

Das EPA kann aufgrund seiner allgemeinen Ziele (Liberalisierung, Abbau von Handelshemmnissen, Weltmarktintegration etc.) und den darin verankerten konkreten Maßnahmen (Privatisierung, „unternehmerfreundliche Gesetze“, Rechtssicherheit privater Investitionen, Schutz von geistigem Eigentum, Abbau von bestehenden und Verpflichtung zum Verzicht auf neue Importzölle etc.) klar als neoliberal ausgerichtetes Abkommen definiert werden (vgl. INTERIMSABKOMMEN zur Festlegung eines Rahmens für ein Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen Staaten des östlichen und des südlichen Afrika einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits 2012). Als solches ist es Teil des hegemonialen Projekts, das (u.a.) durch die EU vorangetrieben wird und die Verbreitung und Festigung neoliberaler (Wirtschafts-)Praktiken forciert.

Als rechtsverbindlicher Vertrag entspricht der Abschluss des EPAs der Strategie des neuen Konstitutionalismus. Neoliberale Prinzipien werden auf Ebene des EPAs institutionalisiert und rechtlich verankert und dadurch auch für zukünftige Entwicklungen festgeschrieben.

Durch das Vorantreiben der Weltmarktintegration und Vertiefung neoliberaler Entwicklungen in den ESA-Staaten, bewirkt das EPA eine Ausweitung des Marktes. Das Recht auf Privateigentum ist im EPA verankert und dient als Basis zur Stärkung des Marktes gegenüber politischen Institutionen (vgl. ebd.).

Das im Interims-Abkommen bereits angedeutet und für das vollumfängliche EPA geplante Streitbeilegungs- oder Schlichtungsverfahren (vgl. ebd.) verschiebt ökonomische Entscheidungen der Vertragsparteien auf eine juristische Ebene und sieht technische Lösungen für mögliche Konflikte vor. Dies verdeutlicht den entpolitisierenden und entdemokratisierenden Aspekt der Strategie des neuen Konstitutionalismus.

All diese Instrumente des neuen Konstitutionalismus greifen ineinander und stabilisieren und reproduzieren in ihrem Zusammenspiel die neoliberale Hegemonie.

Weitere Teile des Abkommens bzw. Strategien sowohl der öffentlichen Kommunikation als auch der Verhandlungsführung können als *Trasformismo* interpretiert werden, zum Beispiel die Einbindung des EPAs in einen entwicklungspolitischen Diskurs. Die Entwicklungszusammenarbeit – wenn auch sehr vage – in das Abkommen zu integrieren, schafft Konsens (sowohl zwischen den Vertragsparteien als auch weitestgehend EU-intern). Potentiell gegenhegemoniale Strategien bzw. alternative Entwicklungsmodelle etwa mittels protektionistischer Handelspolitiken werden damit abgeschwächt, indem die grundlegende Forderung der ökonomischen und humanitären Entwicklung der ESA-Staaten in das bestehende hegemoniale System des Neoliberalismus integriert wird. Die Technik des *Trasformismo* dient folglich auch in diesem Fall zur Legitimation und Stabilisierung der Hegemonie des Neoliberalismus.

Die diskursive Verknüpfung neoliberaler Inhalte des Abkommens mit nachhaltiger Entwicklung durch die EU kann außerdem als gezielter Einsatz diskursiver, bzw. ideologischer und symbolischer Ressourcen zur Schaffung von Konsens gedeutet werden.

Die länderspezifischen Ausnahmeregelungen, die im iEPA formuliert sind, bilden ein weiteres Mittel zur Schaffung von Konsens.

Die strikten zeitlichen Vorgaben durch die EU im Rahmen der Verhandlungen wiederum bilden ein Zwangselement unter dem Einsatz organisatorischer Ressourcen der EU. Auch das dem EPA zugrundeliegende Prinzip der Konditionalität, bei dem entwicklungspolitische Zusammenarbeit an Liberalisierungsmaßnahmen geknüpft wird und die daraus resultierenden inhaltlichen Verpflichtungen, die die ESA-Staaten im iEPA eingehen, können als Zwangselemente gesehen werden.

Wie die vorangegangenen Beispiele bereits illustrieren, wirken im Rahmen des EPAs also Konsens- und Zwangselement der neoliberalen Hegemonie zusammen.

Dennoch darf nicht außer Acht gelassen werden, dass auch die sozialen Kräfte auf Seiten Madagaskars den Abschluss eines vollumfänglichen EPAs aktiv vorantreiben:

„[E]s [ist] das erste Mal [...], dass die Vertiefung eines EPAs auf Antrag der Länder, die das Abkommen bereits umsetzen, in Angriff genommen wird.“ Die madagassische Tageszeitung Midi Madagasikara schreibt darüber: „Es handelt sich somit um einen historischen Moment für Madagaskar“ (Navalona 2019).

8 Ergebnisdiskussion

Auf allen drei Analyse-Ebenen, im Kontext, bei den beteiligten AkteurInnen und den ihnen zur Verfügung stehenden Machtressourcen sowie in den Verhandlungsprozessen, zeigt sich ein Ungleichgewicht in den sozialen Kräfteverhältnissen zugunsten der EU. Die Untersuchung legt außerdem nahe, dass die EU ihren relativen Vorteil ebenfalls auf allen drei Ebenen strategisch nutzt, wobei gezielt Konsens- und Zwangselemente zum Einsatz kommen.

In der Kontextanalyse hat sich gezeigt, dass die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und den AKP-Staaten einem historischen Wandel unterworfen sind und auch durch weitere AkteurInnen, wie etwa der WTO, beeinflusst werden. Es wird jedoch ebenfalls deutlich, dass diese Entwicklungen maßgeblich von der EU vorangetrieben wurden und werden, wobei externe Faktoren, wie die negativen Urteile gegen die präferenziellen Handelsbeziehungen der EU mit den AKP-Staaten im Rahmen des GATT und der WTO, als Legitimierung für eine zunehmende Neoliberalisierung der Beziehungen im Interesse der EU herangezogen wurden. Dieser Umstand kann auch als Konsenselement der Durchsetzung bzw. Ausweitung der neoliberalen Hegemonie verstanden werden. Heute propagiert die EU EPAs als einziges Format der effektiven Entwicklungszusammenarbeit. Unerwähnt bleibt dabei jedoch, dass sie eben diese Alternativlosigkeit selbst herbeigeführt hat, was indirekt ein Zwangselement nach neogramscianischer Sicht darstellt.

Die Akteursanalyse zeigt, dass die EU durch ihre institutionelle Verfasstheit und der damit einhergehenden Kompetenzverteilung, ihre eigene Gestaltungsmacht im Bereich der AFT-Politik beschränkt. Dies bietet ihr zwei Vorteile. Zum einen vereinfacht die klare und alleinige Verantwortlichkeit der DG Trade für die Verhandlung von EPAs den Auftritt der EU als einheitliche Akteurin. Verbunden mit den Machtressourcen – an dieser Stelle allen voran den organisatorischen Ressourcen – erleichtert dies der EU, effizient ihre Interessen (als Aggregat intern ausverhandelter sozialer Kräfteverhältnisse) zu vertreten und durchzusetzen. Zum anderen liefert die Trennung der Kompetenzen für Außenhandel und Entwicklungshilfe der EU eine Begründung, keine verbindlichen Zusagen über Entwicklungsfinanzierung im Rahmen der EPAs treffen zu können. Gerade dieser Umstand offenbart eine scharfe Diskrepanz zwischen der Rhetorik und der Realität der EPAs.

Die Inkohärenz zwischen Handels- und Entwicklungsaspekten (bzw. zwischen economic und human development) im Gesetzestext des EPA spiegelt auch die nicht-lineare Entwicklung der

europäischen AFT-Strategie. EPAs sind als Nachfolger des Cotonou-Abkommens primär als (WTO-kompatible!) Handelsabkommen angelegt und erst im Nachhinein in die allgemeinere AFT-Strategie, welche auch dezidiert entwicklungspolitische Ziele im Sinne der UN 2030-Agenda umfasst, eingegliedert worden. Daraus, wie aus der institutionellen und rechtlichen Verfasstheit der EU-Institutionen und -Kompetenzen folgt eine klare Gewichtung auf handelspolitische Themen gegenüber entwicklungspolitischen Maßnahmen (inkl. Entwicklungsfinanzierung).

Während dies der Logik und den Interessen der EU folgt, haben die EPAs für die AKP-Staaten gegenüber Cotonou allerdings reale Herausforderungen geschaffen. Die wiederkehrende Forderung nach (v.a. finanzieller) Unterstützung zur Umsetzung und Abfederung der Konsequenzen der EPAs ihrerseits ist nachvollziehbar, aber mit der derzeitigen EU-Strategie nicht kompatibel (vgl. Institute of Development Studies und Centre for the Analysis of Regional Integration at Sussex (University of Sussex) o. J.).

In der Rhetorik und (Außen-)Kommunikation der EU – und infolgedessen auch in der Breite des öffentlichen Diskurses – werden EPAs jedoch, entgegen ihrer rechtlichen Einstufung als Handelsabkommen, als Entwicklungshilfe geframt. Die EU nutzt hier gezielt diskursive, ideologische und symbolische Ressourcen, um sowohl innerhalb der EU als auch unter den AKP-Staaten Konsens für die Praktiken der EPAs zu kreieren (siehe auch Kapitel 7.2.3.). Denn Freihandelsabkommen haben durchaus das Potential, größere Koalitionen sozialer Kräfte innerhalb Europas gegen ein hegemoniales Projekt zu mobilisieren, wie etwa die Proteste gegen das Transatlantische Freihandelsabkommen TTIP 2014 und 2015 gezeigt haben.

Die Untersuchung der EPA-Verhandlungen in der Prozessanalyse verdeutlicht weitere Zwangselemente, derer sich die EU bei der Durchsetzung ihrer Interessen gegenüber den ESA-Staaten bedient. Allen voran der zeitliche Druck durch die EU setzt die ESA-Staaten unter Zugzwang und verhindert (in Kombination mit mangelnden organisatorischen Ressourcen) eine kohärente interne Abstimmung – innerhalb und zwischen – der ESA-Staaten, was ihre Verhandlungsposition schwächt.

Ausgehend von diesen Machtasymmetrien ist es wenig verwunderlich, dass der Inhalt des iEPAs in erster Linie die konkreten Forderungen der EU widerspiegelt, während Aspekte zugunsten der ESA-Staaten vage formuliert und ohne klar definierte Maßnahmen bleiben. Auch die bisherigen Auswirkungen des Interimsabkommens zeigen seit Inkrafttreten keine

nennenswerten Verbesserungen der wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen in Madagaskar.

9 Conclusio

Die HMPA legt folglich Machtasymmetrien zwischen der EU und Madagaskar im Kontext, bei den AkteurInnen und den Prozessen des EPAs offen. Aus Perspektive der neogramscianischen Theorie lässt sich das Abkommen außerdem systemisch einordnen. Wobei sich vor allem drei neogramscianische Konzepte anhand des EPAs zwischen der EU und Madagaskar deutlich in der Praxis beobachten lassen:

1. Auf allen drei Analyseebenen zeigt sich ein Zusammenwirken von Konsens- und Zwangselementen (in) der neoliberalen Hegemonie. Die EU nutzt ihre Machtressourcen gezielt, um einerseits intern eine breite konsensuale Basis für die EPAs zu schaffen als auch VerhandlungspartnerInnen wie Madagaskar in eine (temporäre) Koalition sozialer Kräfte für die Aushandlung eines spezifischen Abkommens zu binden. Diese Koalition ist in ihren Interessenslagen – über die grundsätzliche Befürwortung eines EPAs hinaus – jedoch heterogen. Daher nutzt die EU ihre Machtressourcen auch gezielt, um Zwang auszuüben und ihre eigenen Interessen durchzusetzen.
2. Als vertragliche Festschreibung von neoliberalen Praktiken, also defacto einer Verrechtlichung dieser, beschreiben die EPAs im klassischsten Sinne eine Form des neuen Konstitutionalismus.
3. Die Rhetorik in Verbindung mit kleineren Zugeständnissen hemmt potenziell gegenhegemoniale Tendenzen, indem diese in abgeschwächter Form in das bestehende System – in diesem Fall das EPA – integriert werden und kann somit als *Trasformismo* im neogramscianischen Sinne gedeutet werden.

EXKURS: Kritik an EPAs

Die Kritik an EPAs in der Literatur lässt sich grob in 3 Stränge kategorisieren: Erstens, eine Kritik an der inhaltlichen Ausgestaltung der EPAs, zweitens, eine grundsätzliche Ablehnung der EPAs und drittens, eine Kritik am EPA-Diskurs. Viele dieser Kritikpunkte beziehen sich – teils explizit, teils eher implizit – genau auf die asymmetrischen sozialen Kräfteverhältnisse, die diese Arbeit

offengelegt hat. Daher sollen sie an dieser Stelle erneut aufgegriffen und mit den Ergebnissen der vorliegenden Arbeit in Beziehung gesetzt werden.

Kritikpunkte, die sich auf die inhaltliche Ausrichtung der EPAs beziehen, sind häufig ein mangelnder Fokus auf humanitäre Entwicklung und fehlende oder unzureichende Unterstützung für die AKP-Staaten zur Umsetzung der EPAs. Dies führt dazu, dass die AKP-Staaten ihren vertraglichen Verpflichtungen nicht nachkommen können und/oder vom Abkommen nicht profitieren. Als Querschnitt dieser beiden Punkte wird ebenfalls häufig bemängelt, dass den AKP-Staaten insgesamt zu wenig finanzielle Unterstützung gewährt wird und wirtschaftliche Zusammenarbeit (trade) und Entwicklungshilfe (aid) nicht ausreichend miteinander verknüpft werden (vgl. z.B. Andriamanalina 2023a; Ochieng 2007).

Wie in Kapitel 7 mehrfach hervorgehoben, weist der Wortlaut des EPAs zwischen der EU und den ESA-5 Staaten deutlich den viel kritisierten Fokus auf ökonomische Entwicklungsfaktoren auf und vernachlässigt demgegenüber die humanitäre Entwicklung. Ebenfalls deutlich wurden die mangelnden Verbindlichkeiten der EU in puncto Unterstützung und Finanzierung.

Die bisherigen Auswirkungen des EPAs in Madagaskar zeigen außerdem, dass sich wirtschaftliche Entwicklung nicht (notwendigerweise) in verbesserten Lebensbedingungen für die lokale Bevölkerung niederschlägt. Dieser kausale Zusammenhang wird seitens der EU im Rahmen der AfT-Strategie suggeriert (vgl. Padurariu 2021). Im Falle Madagaskars kann seit Inkrafttreten des Interim-EPAs durchaus von einer zunehmenden Liberalisierung und Integration in den Weltmarkt gesprochen werden, die Exporte des Landes haben sich in diesem Zeitraum sogar verdoppelt (vgl. Belalahy 2017). Gleichzeitig sind jedoch keine Verbesserung der Lebensbedingungen zu beobachten. (vgl. Human Development Index)

Vertreter Madagaskars sehen jedoch durchaus ein grundsätzliches entwicklungspolitisches Potential von EPAs, aber auch sie bemängeln die konzeptionelle Verkürzung auf ökonomische Entwicklung (gegenüber Humanentwicklung) und die Limitierung auf neoliberale Politiken als einzige Möglichkeit im Rahmen der EPAs. (Wohingegen die europäische industrielle Entwicklung unter Zuhilfenahme protektionistischer Wirtschaftspolitiken stattfand) (vgl. Kahler 1985). Aus Sicht Madagaskars schränkt die mangelnde Kompensation für die Umsetzung der Abkommen ihre Wirkung für die sozioökonomische Entwicklung des Landes zusätzlich ein (vgl. Andriamanalina 2023a).

Hebt man diese Betrachtung des Einzelfalls nun auf die theoretische bzw. systemische Ebene, zeigt sich, dass der hegemoniale neoliberale Entwicklungsbegriff das hegemoniale System reproduziert, dem er selbst entspringt.

In Bezug auf den Inhalt der EPAs wird in der Literatur darüber hinaus vielfach bemängelt, dass die EPAs in der Praxis der regionalen Integration schaden (vgl. z.B. Aurre, Jaén, und Tola 2014; Delputte und Williams 2016; Hurt 2012).

Das zeigt sich auch am hier behandelte Fallbeispiel Madagaskars und darüber hinaus für viele (v.a. afrikanische) AKP-Staaten. So hat keine der afrikanischen EPA-Verhandlungsgruppen in ihrer Gesamtheit ein gemeinsames EPA abgeschlossen, was zu einer Fragmentierung innerhalb der Gruppen (z.B. durch strenge rules of origin) führt. Und auch innerhalb der Staaten, die gemeinsam ein EPA verhandeln, wie z.B. die ESA-5 Staaten, wird die regionale Integration durch die unterschiedlichen Liberalisierungspläne der einzelnen Staaten gehemmt. Gravierende Effekte hat auch, dass die EU bei der Einteilung der AKP-Staaten in Verhandlungsgruppen bestehende regionale Netzwerke ignoriert. Madagaskar etwa ist eines von 21 COMESA-Mitgliedern und damit bereits Teil einer großen regionalen Freihandelszone. Die COMESA-Staaten sind jedoch verschiedenen EPA-Verhandlungsgruppen zugeordnet und da nicht alle EPAs mit der EU abschließen wird die Handelsintegration der COMESA durch die unterschiedlichen Handelsregime mit der EU faktisch ausgehebelt.

Die tatsächlichen Auswirkungen auf die regionale Integration stehen somit den Versprechungen und offiziellen Zielsetzung der EU diametral entgegen. Vor dem Cotonou-Abkommen regelte jeweils nur ein internationaler Vertrag die Handelsbeziehungen zwischen der EU und allen AKP-Staaten, die von der EU als Einheit betrachtet wurden. Auch andersherum wurde die Forderung nach einer „New Economic Order“ von den AKP-Staaten gemeinsam vertreten (vgl. Getachew 2019). Durch die EPAs erfolgte zunächst eine Zersplitterung der AKP-Staaten in Verhandlungsgruppen, in weiterer Folge kam es zu internen Spaltungen der einzelnen Gruppen. Dieser Umstand schwächt das Verhandlungsgewicht der AKP-Staaten gegenüber der EU erheblich.

Die evidente Diskrepanz zwischen erklärtem Ziel und realen Auswirkungen wird sowohl in zahlreichen wissenschaftlichen Publikationen als auch im politischen Diskurs vielfach kritisiert. Es ist folglich davon auszugehen, dass der EU diese Kritikpunkte bekannt sind. Dies legt wiederum nahe, dass die EU mit dieser Strategie weitere/andere Ziele verfolgt als die

regionale Integration. So könnte die gezielte Spaltung der AKP-Staaten als „teile-und-herrsche“-Politik gedeutet werden.

Der zweite Strang in der Literatur geht davon aus, dass EPAs (auch durch inhaltliche Anpassungen) kein geeignetes Mittel zur Entwicklungsförderungen darstellen. Das Hauptargument hierbei ist, dass die (zwangsweise) wirtschaftliche Liberalisierung der Entwicklung der AKP-Staaten grundsätzlich schadet, etwa durch Wegfallen von Zolleinnahmen und Verbot von protektionistischen Politikmaßnahmen für neue oder kritische Industriezweige. Gerade ein Rückgang der Staatseinnahmen durch die zwangsweise Liberalisierung von Importen ist für weniger entwickelte Länder besonders kritisch, da diese hohe Investitionen etwa in die öffentliche Infrastruktur und Daseinsvorsorge tätigen müss(t)en (vgl. Kasirye 2014). Diesen inneren Widerspruch fasst Thomas Fritz in seiner Publikation wie folgt zusammen:

„Die Analyse der Wirtschaftlichen Partnerschaftsabkommen (Economic Partnership Agreements - EPAs) verdeutlicht, wie weit Anspruch und Wirklichkeit der EU-Handelspolitik auseinanderklaffen. Die entwicklungspolitischen Bekenntnisse und Verpflichtungen zu regionaler Integration, Armutsbekämpfung und wirtschaftlicher Entwicklung werden durch die Abkommen nahezu systematisch konterkariert. Das größte Erschrecken lösen dabei die erpresserischen Verhandlungsmethoden der EU-Kommission aus, die – nicht weniger bestürzend – wiederholt die Zustimmung des Europäischen Parlaments und der Bundesregierung erhielten“ (Fritz 2017, S. 25).

Auch am Fallbeispiel des EPAs mit Madagaskar zeigen sich diese inhaltlichen Widersprüche sowie seitens der EU der gezielte Einsatz ihrer Machtressourcen, um Druck und Zwänge im neogramscianischen Sinne auf die Verhandlungspartner aufzubauen und letztendlich ihre Interessen bzw. ihr Hegemonieprojekt durchzusetzen.

Es soll aber an dieser Stelle erneut hervorgehoben werden, dass Madagaskar sich proaktiv für den Abschluss eines EPAs entschieden hat (obwohl dem Staat als LDC automatisch präferentieller Marktzugang unter dem EBA gewährt worden wäre), in EPAs ein Potential für die eigene Entwicklung sieht und daher die Verhandlungen über eine Vertiefung des Interims-EPAs selbst angestoßen hat.

Eine dritte Richtung der Kritik zielt auf die Rhetorik der EPAs. Dabei wird besonders der Partnerschaftsbegriff angefochten, der eine gleichgestellte Begegnung suggeriert und damit

über bestehende Ungleichheiten, Machtasymmetrien und Abhängigkeitsverhältnisse hinwegtäuscht. Auch der Entwicklungsbegriff ist umstritten und wird häufig in seiner strikt ökonomistischen Auslegung kritisiert (vgl. z.B. Delputte und Williams 2016; Price und Nunn 2016).

Das Ungleichgewicht im sozialen Kräfteverhältnis zwischen der EU und Madagaskar, das diese Analyse herausgearbeitet hat, untermauert die Kritik an der Partnerschaftsrhetorik durch die EU. Gleichzeitig wird das Wording bzw. Framing der EU als gezielter Einsatz ihrer diskursiven, ideologische und symbolischen Ressourcen verstanden. Mit dieser Strategie nutzt die EU die ideologische Einbettung der EPAs in den Entwicklungsdiskurs sowie den Euphemismus der Partnerschaft als Konsenselemente (sowohl EU-intern als auch extern). Der vorherrschende Entwicklungsbegriff im Sinne einer (neo)liberalen Wirtschaftsentwicklung, die an Faktoren wie BIP-Wachstum, Weltmarktintegration, Liberalisierung, Privatisierung etc. festgemacht wird, bestimmt weitestgehend unhinterfragt den breiten Diskurs sowie das politische Handeln der EU.

Wie auch diese Beispiele aus der bestehenden Literatur zeigen, bietet die Untersuchung der europäischen Aid for Trade Politik ein weites Feld für zukünftige Forschungsarbeiten. Außerdem ist eine herrschaftskritische Betrachtung der AFT-Politik notwendig, denn: „Der edle Wettstreit der Argumente grenzt zumindest im Bereich der Ökonomie an Fiktion, weil es hier um den unedlen Wettstreit der Interessen geht“ (vgl. Thurnher 2014, S. 36f.). Anknüpfungspunkte, die diese Arbeit bietet und die weiterer Vertiefung bedürfen, sind unter anderem ein Ausbau der Verknüpfung von Empirie und herrschaftskritischer Theorie. Dies kann insbesondere neuen Erkenntnisgewinn bringen, wenn die Effekte der EPAs zukünftig deutlicher zu Tage treten (etwa wenn die Zoll-Senkungen auf Importe aus der EU in den AKP-Staaten abgeschlossen sind). Außerdem sollten vermehrt die Perspektiven der AKP-Staaten selbst Eingang in die Forschung finden. Denn dabei handelt es sich weitestgehend um einen blinden Fleck in der bisherigen Literatur. Dieser einseitige Blickwinkel birgt die Gefahr der Reproduktion hegemonialer Denkmuster, paternalistischer Bevormundung und Verfestigung neoimperialer Sichtweisen. Darüber hinaus sollten weitere AKP-Staaten in die Untersuchungen miteinbezogen werden, um der Heterogenität „des globalen Südens“

Rechnung zu tragen und ein differenziertes Bild auf Interessen, Bedürfnisse, Machtressourcen etc. zu ermöglichen. Dies könnte auch zu der Frage führen, ob eine einheitliche Strategie der EU für ihre Beziehungen zu 79 Staaten als zielführend angesehen werden kann.

10Literaturverzeichnis

- Andriamanalina, Volatiana. 2023a. „Leitfadengestütztes Experteninterview Mit Frau Volatiana Andriamanalina, Wirtschaftsberaterin ‚Handel, Investitionen Und Privatsektor‘ Der Madagassischen Botschaft in Brüssel“.
- Andriamanalina, Volatiana. 2023b. „RE: Request for information regarding EPA for Master thesis“.
- Andrianaivonirina, Anny. 2017. „105e réunion ACP à Bruxelles : « Pour profiter de ce partenariat ACP, il faudra diversifier notre économie » dixit Armand Tazafy, ministre du Commerce et de la Consommation“. *Midi Madagasikara*. <https://midi-madagasikara.mg/2017/05/13/105e-reunion-acp-a-bruxelles-pour-profiter-de-ce-partenariat-acp-il-faudra-diversifier-notre-economie-dixit-armand-tazafy-ministre-du-commerce-et-de-la-consommation/> (15. Februar 2023).
- Antsa, R. 2017. „Dialogue politique : Quatre conventions conclues avec l’Union Européenne“. *Midi Madagasikara*. <https://midi-madagasikara.mg/2017/04/28/dialogue-politique-quatre-conventions-conclues-avec-lunion-europeenne/> (15. Februar 2023).
- „Appell von zivilgesellschaftlichen Organisationen an die Abgeordneten in der Europäischen Union und Afrika“. 2014. https://www.attac.de/fileadmin/user_upload/Kampagnen/ttip/EPA_EU-Westafrika_Appell.pdf (15. Juni 2024).
- Asian Development Bank. 2017. *Aid for Trade in Asia and the Pacific: Promoting Connectivity for Inclusive Development*. Manila: Asian Development Bank Institute. <http://ebookcentral.proquest.com/lib/univie/detail.action?docID=5214655> (25. Juli 2022).
- Attac Trägerverein e.V. „Speakers Tour durch Deutschland zum Thema Economic Partnership Agreements (EPAs)“. <https://www.attac.de/kampagnen/handelsabkommen/aktionen/epas-tour> (15. Juni 2024).
- Aurre, Eduardo Bidaurratzaga, Artur Artur Colom Jaén, und Elena Martínez Tola. 2014. „Are EU’s Economic Partnership Agreements developmental? an assessment of the southern African Region“. *Revista de Economía Mundial* 38. <https://www.proquest.com/docview/2151417648/abstract/7CC25D62E77847F0PQ/1> (12. Juli 2022).
- BBC News. 2011. „Madagascar Country Profile“. <https://www.bbc.com/news/world-africa-13861843> (9. Juni 2024).
- Belalahy, José. 2017. „Exportations vers l’Europe : Hausse de 74% depuis la signature de l’APE“. *Midi Madagasikara*. <https://midi-madagasikara.mg/2017/10/03/exportations-vers-leurope-hausse-de-74-depuis-la-signature-de-lape/> (15. Februar 2023).
- Benziane, Yakoub, Siong Hook Law, Anitha Rosland, und Muhammad Daaniyall Abd Rahman. 2022. „Aid for Trade Initiative 16 Years on: Lessons Learnt from the Empirical Literature and Recommendations for Future Directions“. *Journal of International Trade Law and Policy* 21(1): 79–104. doi:10.1108/JITLP-05-2021-0025.
- Bertessmann Stiftung. 2022. *BTI 2022 Country Report - Madagascar*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung. <https://bti-project.org/en/reports/country-report?isocode=MDG&cHash=47059a29d1391cc2ff6e3f6987212aaf> (6. Januar 2023).

- Bieling, Hans-Jürgen. 2018. „Jenseits der (neo-)liberal-kosmopolitischen Hegemonie? Die »Doppelkrise« der transatlantischen Globalisierungspolitik“. *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 25(2): 164–80. doi:10.5771/0946-7165-2018-2-164.
- Bourguignon, François, und Mark Sundberg. 2007. „Aid Effectiveness—Opening the Black Box“. *American Economic Review* 97(2): 316–21. doi:10.1257/aer.97.2.316.
- Brand, Ulrich, Mathias Krams, Valerie Lenikus, und Etienne Schneider. 2022. „Contours of historical-materialist policy analysis“. *Critical Policy Studies* 16(3): 279–96. doi:10.1080/19460171.2021.1947864.
- Brenner, Neil, Jamie Peck, und Nik Theodore. 2014. „New Constitutionalism and Variegated Neo-Liberalization“. In *New Constitutionalism and World Order*, hrsg. Stephen Gill und A. Claire Cutler. Cambridge: Cambridge University Press, 126–42. doi:10.1017/CBO9781107284142.012.
- Brown, William. 2000. „Restructuring North-South Relations: ACP-EU Development Co-Operation in a Liberal International Order“. *Review of African political economy* 27(85): 367–83.
- Buckel, Sonja, Fabian Georgi, John Kannankulam, und Jens Wissel. 2014a. „Historisch-materialistische Politikanalyse. Die Operationalisierung materialistischer Staatstheorie für die empirische Forschung“. In *Kämpfe um Migrationspolitik. Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung*, hrsg. Staatsprojekt Europa. Bielefeld: Transcript Verlag.
- Buckel, Sonja, Fabian Georgi, John Kannankulam, und Jens Wissel. 2014b. „Staat, Europa und Migrationskontrollen: Theoretische Grundlagen einer materialistischen Perspektive“. In *Kämpfe um Migrationspolitik, Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung*, hrsg. Staatsprojekt Europa. Transcript Verlag, 21–42. <http://www.jstor.org/stable/j.ctv1fxgk5.5> (30. November 2022).
- Burnside, Craig, und David Dollar. 2022. „Aid, Policies, and Growth“. *The American Economic Review* 90(4): 847–68.
- Calì, Massimiliano, und Dirk Willem te Velde. 2011. „Does Aid for Trade Really Improve Trade Performance?“ *World Development* 39(5): 725–40. doi:10.1016/j.worlddev.2010.09.018.
- Cameron, Hugo, und Dominique Njinkeu. 2008. „Introduction: Aid for Trade and Development“. In *Aid for Trade and Development*, hrsg. Hugo Cameron, Dominique Njinkeu, und International Lawyers and Economists Against Poverty. New York: Cambridge University Press. <https://web-s-ebscohost-com.uaccess.univie.ac.at/ehost/ebookviewer/ebook/bmxlymtfxzlyMDQxNF9fQU41?sid=4347a8aa-0441-421c-a5f4-bd5d6e01ff6a@redis&vid=0&format=EB&rid=1> (21. Juli 2022).
- Carbone, Maurizio, und Jan Orbie. 2014. „Beyond Economic Partnership Agreements: The European Union and the Trade–Development Nexus“. *Contemporary Politics* 20(1): 1–9. doi:10.1080/13569775.2014.882570.
- Christopher D. Wraight. 2011. *The Ethics of Trade and Aid : Development, Charity or Waste?* London: Continuum. <https://search.ebscohost.com/login.aspx?direct=true&db=nlebk&AN=1717483&site=ehost-live> (25. Juli 2022).
- Common Market for Eastern and Southern Africa (COMESA) Secretariat. „Overview of COMESA“. <https://www.comesa.int/overview-of-comesa/> (1. Juni 2024).

- Cox, Robert W., hrsg. 1996. „Gramsci, hegemony, and international relations: an essay in method (1983)“. In *Approaches to World Order*, Cambridge Studies in International Relations, Cambridge: Cambridge University Press, 124–43. doi:10.1017/CBO9780511607905.008.
- Cox, Robert W. 2011. „Soziale Kräfte, Staaten und Weltordnungen“. In *Gramsci global. Neogramscianische Perspektiven in der Internationalen Politischen Ökonomie*, hrsg. Benjamin Opratko und Oliver Prausmüller. Hamburg: Argument, 39–86.
- Cox, Robert W. 2022. „3 The Way Ahead: Toward a New Ontology of World Order“. In *Critical Theory and World Politics*, Lynne Rienner Publishers, 45–60. doi:10.1515/9781588269577-005.
- Curran, Louise, Lars Nilsson, und Douglas Brew. 2008. „The Economic Partnership Agreements: Rationale, Misperceptions and Non-Trade Aspects“. *Development Policy Review* 26(5): 529–53. doi:10.1111/j.1467-7679.2008.00422.x.
- David Harvey. 2007. *A Brief History of Neoliberalism*. Oxford: Oxford University Press.
<https://search.ebscohost.com/login.aspx?direct=true&db=nlebk&AN=192206&site=ehost-live> (20. November 2022).
- Delputte, Sarah, und Yentyl Williams. 2016. „Equal Partnership between Unequal Regions? Assessing Deliberative Parliamentary Debate in ACP-EU Relations“. *Third World Thematics: A TWQ Journal* 1(4): 490–507. doi:10.1080/23802014.2016.1309257.
- Deschamps, Hubert Jules, und Raymond K. Kent. „Madagascar“. *Britannica*.
<https://www.britannica.com/place/Madagascar/Daily-life-and-social-customs> (27. Mai 2024).
- Edmond, R. 2019. „Union Européenne AFOA : Vers la mise en place d’un accord de partenariat économique complet“. *Midi Madagasikara*. <https://midi-madagasikara.mg/2019/10/10/union-europeenne-afoa-vers-la-mise-en-place-dun-accord-de-partenariat-economique-complet/> (15. Februar 2023).
- Europäische Kommission. 2021a. „Aid for Trade: European Union Provider with €17.9 Billion“. *European Commission - European Commission*.
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_21_5641 (31. Juli 2022).
- Europäische Kommission. 2021b. „Neues Partnerschaftsabkommen zwischen der EU und den afrikanischen, karibischen und pazifischen“. *European Commission - European Commission*.
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_1552 (31. Juli 2022).
- Europäische Kommission. 2022a. „EU Trade Relations with Eastern and Southern Africa (ESA)“. https://policy.trade.ec.europa.eu/eu-trade-relationships-country-and-region/countries-and-regions/eastern-and-southern-africa-esa_en (26. Januar 2023).
- Europäische Kommission. 2022b. *Report on the 4th Round of Negotiations between the European Union and Five Eastern and Southern Africa (ESA) Countries for the Deepening of the Currently Implemented Economic Partnership Agreement, 13-16 April 2021*.
file:///C:/Users/lara_/Downloads/_ESA%20EPA%20deepening%20negotiations%20-%20Report%20-%204th%20Round_.pdf (29. Juni 2024).
- Europäische Kommission. 2022c. *Report on the 5th Round of Negotiations between the European Union and Five Eastern and Southern Africa (ESA) Countries for the Deepening of the Currently Implemented Economic Partnership Agreement, 19-23 July 2021*.

file:///C:/Users/lara_/Downloads/_ESA%20EPA%20deepening%20negotiations%20-%20Report%20-%205th%20Round_.pdf.

Europäische Kommission. 2022d. *Report on the 8th Round of Negotiations between the European Union and Five Eastern and Southern Africa (ESA) Countries for the Deepening of the Currently Implemented Economic Partnership Agreement, 30 May -3 June 2022.*

file:///C:/Users/lara_/Downloads/_ESA%20EPA%20deepening%20negotiations%20-%20Public%20report%20-%208th%20Round_.pdf.

Europäische Kommission. 2024. „EU Trade by Country/Region“.

https://policy.trade.ec.europa.eu/eu-trade-relationships-country-and-region/countries-and-regions_en (30. Juni 2024).

Europäische Kommission. „Access2Markets Statistiken“. <https://trade.ec.europa.eu/access-to-markets/de/statistics> (16. Juni 2024a).

Europäische Kommission. „Economic Partnerships“. https://policy.trade.ec.europa.eu/development-and-sustainability/economic-partnerships_en (31. Juli 2022b).

Europäische Kommission. „EU-Eastern and Southern Africa Agreement: Documents“.

https://policy.trade.ec.europa.eu/eu-trade-relationships-country-and-region/countries-and-regions/eastern-and-southern-africa-esa/eu-eastern-and-southern-africa-agreement-documents_en (20. Februar 2023c).

Europäische Kommission, Directorate-General for International Partnerships. 2021. *EU Aid for Trade Progress Report 2021: Review of Progress on the Implementation of the Updated EU Aid for Trade Strategy of 2017*. Luxemburg: Publications Office of the European Union.

<https://data.europa.eu/doi/10.2841/018990> (13. Juli 2022).

European Union External Action Service. 2021. „The European Union and Madagascar | EEAS“.

https://www.eeas.europa.eu/madagascar/european-union-and-madagascar_en?s=106 (9. Juli 2023).

Fink, Arlene. 2005. *Conducting Research Literature Reviews: From the Internet to Paper*. 2. Auflage. Thousand Oaks, London, New Delhi: SAGE Publications, Inc.

Fritz, Thomas. 2017. *Die EU-Handelspolitik und der Globale Süden*. hrsg. Forum Umwelt und Entwicklung, Stiftung Asienhaus, FDCL e.V., Attac Deutschland, und PowerShift – Verein für eine ökologisch-solidarische Energie- & Weltwirtschaft e. V. Berlin.

Galvan, Jose L., und Melisa C. Galvan. 2017. *Writing Literature Reviews: A Guide for Students of the Social and Behavioral Sciences*. Oxford, UNITED KINGDOM: Taylor & Francis Group.

<http://ebookcentral.proquest.com/lib/univie/detail.action?docID=4838070> (26. Mai 2024).

Getachew, Adom. 2019. *Worldmaking after Empire - The Rise and Fall of Self-determination*.

Princeton & Oxford: Princeton University Press.

Gill, Stephen. 2014. „Market Civilization, New Constitutionalism and World Order“. In *New Constitutionalism and World Order*, hrsg. Stephen Gill und A. Claire Cutler. Cambridge:

Cambridge University Press, 29–44. doi:10.1017/CBO9781107284142.004.

Goodison, Paul. 2009. *Situating the EPA Negotiations Issues and Unresolved Debates in Africa-EU Trade Relations*. Uppsala: Nordiska Afrikainstitutet.

<http://urn.kb.se/resolve?urn=urn:nbn:se:nai:diva-50> urn:nbn:se:nai:diva-50 (12. Juli 2022).

- Grumiller, Jan, Werner Raza, Cornelia Staritz, und Bernhard Tröster. 2018. *The Economic and Social Effects of the Economic Partnership Agreements on Selected African Countries*. Wien.
- Helfferich, Cornelia. 2010. *Die Qualität qualitativer Daten, Manual für die Durchführung qualitativer Interviews*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Herkenrath, Mark. 2011. *Die Globalisierung der sozialen Bewegungen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. doi:10.1007/978-3-531-93118-0.
- Hühne, Philipp, Birgit Meyer, und Peter Nunnenkamp. 2014. „Who Benefits from Aid for Trade? Comparing the Effects on Recipient versus Donor Exports“. *The Journal of Development Studies* 50(9): 1275–88. doi:10.1080/00220388.2014.903246.
- Hurt, Stephen R. 2003. „Co-operation and Coercion? The Cotonou Agreement between the European Union and ACP States and the End of the Lomé Convention“. *Third World Quarterly* 24(1): 161–76.
- Hurt, Stephen R. 2012. „The EU—sadc Economic Partnership Agreement Negotiations: ‚locking in‘ the neoliberal development model in southern Africa?“ *Third World Quarterly* 33(3): 495–510.
- Institute of Development Studies, und Centre for the Analysis of Regional Integration at Sussex (University of Sussex). *EPA Review Report*. https://assets.publishing.service.gov.uk/media/57a08af5ed915d622c0009eb/EPA_review_final_draft.pdf (11. März 2023).
- INTERIMSABKOMMEN zur Festlegung eines Rahmens für ein Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen Staaten des östlichen und des südlichen Afrika einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits. 2012. [https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:22012A0424\(01\)&qid=1688901024670](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:22012A0424(01)&qid=1688901024670) (9. Juli 2023).
- International Fund for Agricultural Development. „Madagascar“. IFAD. <https://www.ifad.org/en/web/operations/w/country/madagascar> (30. Juni 2024).
- Jesson, Jill, Lydia Matheson, und Fiona M. Lacey. 2011. *Doing Your Literature Review: Traditional and Systematic Techniques*. London, Thousand Oaks, New Delhi, Singapore: SAGE.
- Kahler, Miles. 1985. „European Protectionism in Theory and Practice“. *World Politics* 37(4): 475–502. doi:10.2307/2010341.
- Kasirye, Samuel. 2014. „10 Years of the Stop EPAY Movement: The Future of Trade Activism“. Gehalten auf der Free Trade at the Crossroads: Examining the Past Lessons for the Future, Conference Organised by Rosa Luxemburg Stiftung, Brüssel. https://th.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Ausland/Afrika/Kasirye_-_10_years_of_the_Stop_EPA_Movement.pdf (17. Juni 2024).
- Kim, Chanyou, Joo Eun Chae, und Jinhwan Oh. 2020. „Effectiveness of Aid-for-Trade: Are There Strings Attached? Empirical Evidence and the Case of Vietnam“. *Post-Communist Economies* 32(1): 113–24. doi:10.1080/14631377.2019.1640993.
- Kim, Kunhyui. 2021. „Aid Effectiveness of Aid for Trade: An Empirical Analysis on the Extensive and Intensive Margins of Aid Recipients“. *European Journal of Sustainable Development* 10(3): 127. doi:10.14207/ejsd.2021.v10n3p127.

- Krapohl, Sebastian, und Sophie Van Huut. 2020. „A Missed Opportunity for Regionalism: The Disparate Behaviour of African Countries in the EPA-Negotiations with the EU“. *Journal of European Integration* 42(4): 565–82. doi:10.1080/07036337.2019.1666117.
- Lee, Yujin, und Jinhwan Oh. 2022. „Is Aid-for-Trade Working? Evidence from Southeast Asian Countries“. *Asia Pacific Management Review* 27(2): 137–44. doi:10.1016/j.apmr.2021.06.003.
- Lemi, Adugna. 2018. „Aid for Trade and Africa’s Trade Performance: Evidence from Bilateral Trade Flows with China and OECD Countries“. *Journal of African Trade* 4(1–2): 37–60. doi:10.1016/j.joat.2017.12.001.
- Mayring, Philipp. 2010. *Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken*. 11., aktualisierte und überarbeitete Auflage. Weinheim: Beltz.
- Mayring, Philipp, und Thomas Fenzl. 2019. „Qualitative Inhaltsanalyse“. In *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*, hrsg. Nina Baur und Jörg Blasius. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 633–48. doi:10.1007/978-3-658-21308-4_42.
- Merrien, Francois-Xavier. 2009. „Economic Partnership Agreements Between the EU and the African, Caribbean and Pacific Group of Countries: New Governance or New Dependency?“ *the perspective of the world review* 1(1): 29–52.
- Meyn, Mareike. 2008. „Economic Partnership Agreements: A ‘Historic Step’ Towards a ‘Partnership of Equals’?“ *Development Policy Review* 26(5): 515–28. doi:10.1111/j.1467-7679.2008.00421.x.
- „Midi Madagasikara“. 2024. *Midi Madagasikara*. <https://midi-madagasikara.mg/> (28. Mai 2024).
- Morvaridi, Behrooz, und Caroline Hughes. 2018. „South–South Cooperation and Neoliberal Hegemony in a Post-Aid World“. *Development and Change* 49(3): 867–92. doi:10.1111/dech.12405.
- Mshomba, Richard Elias. 2009. *Africa and the World Trade Organization*. Cambridge: Cambridge University Press. <https://search.ebscohost.com/login.aspx?direct=true&db=nlebk&AN=312755&site=ehost-live> (25. Juli 2022).
- Mulangu, Francis. 2023. *Poverty & Equity Brief, Africa Eastern & Southern, Madagascar*. World Bank Group. https://databankfiles.worldbank.org/public/ddpext_download/poverty/987B9C90-CB9F-4D93-AE8C-750588BF00QA/current/Global_POVEQ_MDG.pdf (9. Juni 2024).
- Nathoo, Rajiv, Ruhul Salim, Vinaye Ancharaz, und Mahfuz Kabir. 2021. „Does aid for trade diversify sub-Saharan Africa’s exports at the intensive and extensive margins?“ *Applied Economics* 53(55): 6412–25. doi:10.1080/00036846.2021.1940084.
- Navalona, R. 2017. „PADEIR : Appui de l’Union européenne pour booster les exportations“. *Midi Madagasikara*. <https://midi-madagasikara.mg/2017/04/07/padeir-appui-de-lunion-europeenne-pour-booster-les-exportations/> (15. Februar 2023).
- Navalona, R. 2019. „UE-AfoA : Extension du champ d’application de l’APE“. *Midi Madagasikara*. <https://midi-madagasikara.mg/2019/10/04/ue-afoa-extension-du-champ-dapplication-de-lape/> (15. Februar 2023).

- Newell, Peter. 2019. „*Transformismo* or Transformation? The Global Political Economy of Energy Transitions“. *Review of International Political Economy* 26(1): 25–48. doi:10.1080/09692290.2018.1511448.
- Oberndorfer, Lukas. 2016. „Der neue Konstitutionalismus in der Europäischen Union und seine autoritäre Re-Konfiguration“. In *Europäische Staatlichkeit: Zwischen Krise und Integration*, hrsg. Hans-Jürgen Bieling und Martin Große Hüttmann. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 177–200. doi:10.1007/978-3-658-03790-1_9.
- Ochieng, Cosmas Milton Obote. 2007. „The EU–ACP Economic Partnership Agreements and the ‘Development Question’: Constraints and Opportunities Posed by Article XXIV and Special and Differential Treatment Provisions of the WTO“. *Journal of International Economic Law* 10(2): 363–95. doi:10.1093/jiel/jgm009.
- OECD und World Trade Organization. 2013. *Aid for Trade in Action*. OECD. doi:10.1787/9789264201453-en.
- Opratko, Benjamin, und Oliver Prausmüller. 2011. „Neogramscianische Perspektiven in der IPÖ: Eine Einführung“. In *Gramsci global. Neogramscianische Persepektiven in der Internationalen Politischen Ökonomie*, hrsg. Benjamin Opratko und Oliver Prausmüller. Hamburg: Argument, 11–38.
- Padurariu, Amelia. 2021. „Entwicklungspolitik: ein allgemeiner Überblick“ hrsg. Europäisches Parlament. *Kurzdarstellungen über die Europäische Union - 2021*: 6.
- Pettersson, Jan, und Lars Johansson. 2013. „Aid, Aid for Trade, and Bilateral Trade: An Empirical Study“. *The Journal of International Trade & Economic Development* 22(6): 866–94. doi:10.1080/09638199.2011.613998.
- Price, Sophia, und Alex Nunn. 2016. „Managing Neo-Liberalisation through the Sustainable Development Agenda: The EU-ACP Trade Relationship and World Market Expansion“. *Third World Thematics: A TWQ Journal* 1(4): 454–69. doi:10.1080/23802014.2016.1287528.
- Stevens, Christopher. 2008. „Economic Partnership Agreements: What Can We Learn?“ *New Political Economy* 13(2): 211–23. doi:10.1080/13563460802018562.
- United Nations. „UN data - Madagascar“. <http://data.un.org/en/iso/mg.html> (9. Januar 2023).
- United Nations Development Programme. 2024. „Madagascar“. *Human Development Reports*. <https://hdr.undp.org/data-center/specific-country-data> (9. Juni 2024).
- United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs. „Madagascar | Global Humanitarian Overview“. <http://gho-2022-site.docksal.site/madagascar> (9. Juli 2023).
- United Nations Office of the High Representative for the Least Developed Countries, Landlocked Developing Countries and Small Island Developing States. o.J. „Least Developed Countries Category“. <https://www.un.org/ohrls/content/ldc-category> (9. Juni 2024).
- United Nations World Food Programme. „Madagascar | World Food Programme“. <https://www.wfp.org/countries/madagascar> (9. Juli 2023).
- United States of America, Department of Commerce, International Trade Administration. 2024. „Madagascar - Country Commercial Guide, Trade Agreements“.

- <https://www.trade.gov/country-commercial-guides/madagascar-trade-agreements> (9. Juni 2024).
- Van Apeldoorn, Bastiaan, Jan Drahokoupil, und Laura Horn, hrsg. 2009. *Contradictions and Limits of Neoliberal European Governance*. London: Palgrave Macmillan UK.
doi:10.1057/9780230228757.
- Vijil, Mariana, und Laurent Wagner. 2012. „Does Aid for Trade Enhance Export Performance? Investigating the Infrastructure Channel“. *The World Economy* 35(7): 838–68.
doi:10.1111/j.1467-9701.2012.01437.x.
- World Trade Organization. 2019. „Trade profile Madagascar“. https://www.wto.org/english/res_e/statis_e/daily_update_e/trade_profiles/MG_e.pdf (26. Oktober 2022).
- World Trade Organization. 2023. *Trade Profiles 2023*.
https://www.wto.org/english/res_e/booksp_e/trade_profiles23_e.pdf (8. Juni 2024).
- Young, Alasdair R, und John Peterson. 2013. „‘We Care about You, but ...’: The Politics of EU Trade Policy and Development“. *Cambridge Review of International Affairs* 26(3): 497–518.
doi:10.1080/09557571.2012.734782.
- Zamfir, Ionel. 2018. *An Overview of the EU-ACP Countries’ Economic Partnership Agreements. Building a New Trade Relationship*. European Parliamentary Research Service.
- Ziai, Aram. 2017. „Post-development 25 years after The Development Dictionary“. *Third World Quarterly* 38(12): 2547–58. doi:10.1080/01436597.2017.1383853.